

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung

1/2026

ZUKUNFTSAUSSICHTEN AUS DER VERGANGENHEIT EINE REVUE AUS MEHR ALS 30 JAHREN RUNDBRIEF

**Flashback:
Alles TTIP oder was?**
Der Widerstand gegen
das transatlantische
Freihandelsabkommen
› Seite 6

**Steht die Kommerzialisierung
des Wassers bevor?**
Im Spannungsfeld von Gemein-
wohl, Wirtschaftsinteressen und
Klimawandel
› Seite 26

**Kitsch, Klischees und
Weltpolitik**
Deutsche Pazifik-Politik und
mediale Berichterstattung zur
Anerkennung Niues
› Seite 54

Marktmacht und ihre Folgen
Kartellrechtliche
Reformperspektiven
für Agrar-Lieferketten
› Seite 67

ISSN 1864-0982

RUNDBRIEF 1/2026

ZUKUNFTSAUSSICHTEN AUS DER VERGANGENHEIT

SCHWERPUNKT

Weltgemeinschaft hat globale Herausforderung für Umwelt und Entwicklung noch nicht angenommen 2
„Gipfel der Schadensbegrenzung“ von Jochen Flasbarth
Kommentar: Tom Kurz

Alles TTIP oder was? 6
Der Europäische Widerstand gegen das transatlantische Freihandelsabkommen gewinnt an Tragweite von *Nelly Grotefendt*
Kommentar: Wolfgang Obenland

Eine genutzte Möglichkeit 10
Der Dialog der Zivilgesellschaft mit den G8 im Jahr der russischen Präsidentschaft von *Ella Pamfilova*

G8 in Russland und die Beteiligung von NGOs 11
Russlands Reaktion auf internationalen Druck von *Jens Siegert*
Kommentar: Jürgen Maier

Vom „Summit Fever“ zum „Summit Blues“ 14
Was hat der Gipfel in Südafrika bewirkt? von *Stefan Cramer*
Kommentar: Marie-Luise Abshagen

Kampf um Rohstoffe 18
Das Great Game des 21. Jahrhunderts von *Barbara Unmüßig*
Kommentar: Josephine Koch

Bergbau in der Tiefsee 22
Unbekannte Tiefen, grüne Wirtschaft und eine erneute Ausbeutung des Globalen Südens von *Kai Kaschinski*
Kommentar: Kai Kaschinski

Steht die Kommerzialisierung des Wassers bevor? 26
Tendenzen und Entwicklungen in Politik und Zivilgesellschaft von *Dr. Durmuş Ünlü*
Kommentar: Dr. Durmuş Ünlü

CO₂-Abscheidung und -Lagerung 30
Ein Beitrag zum Klimaschutz? von *Manfred Treber* und *Renate Duckat*
Kommentar: Laszlo Maraz

Das „dirty dozen“ vor dem Aus 34
Verhandlungen über Giftstoffe können Fortschritte bringen von *Ralf Ahrends*
Kommentar: Tom Kurz

Frauen und Umwelt 38
Was läuft derzeit in internationalen Prozessen? von *Minu Hemmati*
Kommentar: Tom Kurz

Der (Minimal-) Konsens von Monterrey 42

Ein Kurzbericht über die letzte Vorbereitungstagung (PrepCom 4) zur UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (New York, 14.– 27.1.2002) von *Jens Martens* und *Peter Eisenblätter*
Kommentar: Wolfgang Obenland

Land Grabbing: Globaler Widerstand formiert sich 46
Weltweit vernetzen sich Menschen, um gemeinsam gegen den Ausverkauf von Land zu kämpfen von *Evelyn Bahn*
Kommentar: Josephine Koch

Eine Konferenz über die Zukunft 50
Warum machen wir die Schöne Neue Welt von *Marijana Todorovic*
Kommentar: Jürgen Maier

NEUES AUS DEM FORUM

Kitsch, Klischees und Weltpolitik 54
Deutsche Pazifik-Politik und mediale Berichterstattung zur Anerkennung Niues
Oliver Hasenkamp

Sicherheit für wen? 57
Die Nationale Maritime Konferenz und die blinden Flecken der maritimen Politik
Johanna Zschornack

Kohle ist Kohle 59
Warum Australien deshalb handeln muss
Moritz Leiner

Von Mythen und Fakten 62
Ein Warnruf zur aktuellen Energiepolitik
Kai Schlegelmilch

Versprechen gebrochen 64
Wenn Geopolitik unsere Handelspolitik diktiert, rutschen wir weiter nach rechts
Theresa Kofler und *Ludwig Essig*

Marktmacht und ihre Folgen 67
Neue Studie bietet Kartellrechtliche Reformperspektiven für Agrar-Lieferketten
Ulrich Müller

Weggegangen, Platz gefangen 70
Eine Niederlage im UN-Sicherheitsrat und was sie über den Zustand der deutschen Außenpolitik verrät
Wolfgang Obenland

Publikationen aus dem Forum 73



Forum Umwelt
und Entwicklung

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e.V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint nach der Sommerpause 2026.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Telefon: 030/678 17 75 920, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de **VERANTWORTLICH:** Marie-Luise Abshagen und Wolfgang Obenland **REDAKTION:** Nina Hrkalic und Wolfgang Obenland **MITARBEIT:** Sara Phung **LAYOUT:** STUDIO114.de | Michael Chudoba **TITELBILD:** Wolfgang Obenland **DRUCKEREI:** Knotenpunkt Offsetdruck GmbH **REDAKTIONSSCHLUSS:** 05. Juni 2026

Die Texte werden mit der Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International veröffentlicht.

Die dargestellten Inhalte und Positionen liegen in der Verantwortung der jeweiligen Autor:innen und geben nicht zwingend Standpunkte des Forums, seiner Mitglieder oder Förderer wieder.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir sind die Neuen! Und gleichzeitig auch nicht. Nach über 30 Jahren als Geschäftsführer des Forum Umwelt & Entwicklung ist Jürgen Maier nun in den Ruhestand gegangen. Die Leitung des Forums haben wir übernommen: Marie-Luise Abshagen und Wolfgang Obenland. Treue Leser:innen sowie engagierte Menschen in den deutschen NGOs werden uns kennen. Von SDGs, über Chemikalienpolitik, Tiefseebergbau und Entwicklungsfinanzierung bis zu Technologiekritik und Menschenrechten – wir haben in den letzten Jahren so gut wie alle Themen des Forums begleitet, bearbeitet und mit und für unsere Mitglieder geformt. Der besonderen Aufgabe, unser Netzwerk und die Verbände in diesen herausfordernden Zeiten zusammenzuhalten und die unbedingte Verbundenheit von Umwelt- und Entwicklung zu bestärken, stellen wir uns gerne.

Mit dieser „Jubiläumsausgabe“ des Rundbriefs wollen wir Vergangenheit und Zukunft verbinden. Sie bietet Reflektion über Erreichtes, genauso wie die Anerkennung veränderter politischer Realitäten und der Notwendigkeit neuer Strategien. Dafür haben wir Artikel aus drei Jahrzehnten Rundbrief ausgewählt und in dieser Ausgabe nicht nur neu abgedruckt, sondern mit persönlichen Kommentaren aus dem Forums-Team und von AG-Koordinator:innen versehen. Unsere Fragestellung war dabei nicht nur, ob sich das jeweilige Thema mittlerweile anders darstellt, sondern auch, was wir daraus lernen können für unsere Arbeit heute.

Unser Dank gilt all den unzähligen Autor:innen, die in den letzten 30 Jahren unseren Rundbrief mit schlauem, kritischem und unersetzlichem Wissen bereichert haben. Der Rundbrief war und ist für uns einer der wichtigsten Debattenorte für internationale Politik und bleibt einzigartig in seinem Anspruch, Umwelt- und Entwicklungsakteuren und unseren Mitgliedern einen Platz zu geben, ihre Gedanken und Analysen zu teilen.

Insbesondere auch mit unseren Schwerpunkten haben wir immer versucht, aktuelle, neu aufkommende oder im Alltäglichen schwer greifbare Themen darzustellen. Daran halten wir fest und haben bereits einige spannende Fragestellungen für die nächsten Ausgaben überlegt. Bleiben Sie gespannt.

Nach 30 Jahren politisch stets klarer, teils auch kontroverser und widerspenstiger Beiträge von Jürgen Maier danken wir ihm für alles, was er für die Umwelt- und Entwicklungsszene und die Rio-Prozesse für Nachhaltigkeit geleistet hat.

Wir freuen uns darauf, unsere Erfahrungen, Meinungen, Kreativität und Kraft in die Verwirklichung einer besseren Welt für alle Menschen zu stecken. Gemeinsam Seite an Seite mit Ihnen und Euch, liebe Leser:innen und geschätzte Mitglieder.

Es grüßen solidarisch

The image shows a handwritten signature in blue ink. The signature is stylized and appears to be a combination of the names Marie-Luise Abshagen and Wolfgang Obenland. The name 'WOLFGANG OBEKLAND' is written in a more legible, blocky font to the right of the stylized signature.

Marie-Luise Abshagen und Wolfgang Obenland



© UN Photo/Eskinder Debebe

aus Rundbrief 3/2002

WELTGEMEINSCHAFT HAT GLOBALE HERAUSFORDERUNG FÜR UMWELT UND ENTWICKLUNG NOCH NICHT ANGENOMMEN

„Gipfel der Schadensbegrenzung“

Begeisterung am Abend bei Delegierten und Beobachtern nach einem langen Verhandlungstag: Es war gelungen, Versuche der USA abzuschmettern, das in Rio vor 10 Jahren verabschiedete Umweltvorsorgeprinzip in Frage zu stellen. Irgendwie hält die Weltgemeinschaft doch zusammen, wenn es darauf ankommt.

Wenn man am nächsten Morgen bei einer Tasse Kaffee mit etwas Abstand über die Freude des Vorabends nachdachte, kam einem dies nicht selten grotesk vor. Ist es wirklich ein Grund zum Jubeln, wenn Rückschritte verhindert werden, wenn es gelingt, Selbstverständlichkeiten der Vergangenheit in die Zukunft zu retten? Dies soll keine Überheblichkeit gegenüber denjenigen sein, die hart verhandelt haben und am Ende zu Recht froh und stolz waren, eine negative Entwicklung verhindert zu haben. Wie ein roter Faden zog sich das Abwehren von Verschlechterungen und die Freude über kleine Fortschritte durch die Konferenz. Das grundlegendste Problem stellte aus Sicht der NGOs das Verhältnis WTO und multilaterale Umweltabkommen dar. Fassungslos musste man feststellen, dass der Versuch unternommen wurde, der WTO ausgerechnet auf dem Nachhaltigkeitsgipfel eine Vorrangstellung einzuräumen. Erleichterung, als diese verhindert wurde. Ernüchterung, wenn man sich bewusst macht, dass das nur deshalb gelingen konnte, weil nun am Ende gar nichts zum Verhältnis von WTO und Umweltabkommen gesagt wird und es de facto also bei der bisherigen Dominanz des Handelsabkommens bleibt.

Was aber um alles in der Welt ist eigentlich der Maßstab für verantwortungsbewusstes Handeln der Staatengemeinschaft? Die Denkweise der Rückschrittlichsten, die Logik eines aus dem Konsensprinzips rührenden Minimaldenkens? Es ist wahr: Ohne das engagierte und harte Ringen der Verhandler einiger Delegationen, gewiss auch der deutschen, ohne das kenntnisreiche und kraftvolle Auftreten einiger NGO-Vertreter, in Deutschland vor allem aus dem bewährten und eingespielten Netzwerk des Forums Umwelt und Entwicklung, hätte Johannesburg ein echtes Rollback bringen können. Es ist aber auch wahr, dass Weltkonferenzen à la Johannesburg den Herausforderungen für unsere globale Welt nicht gerecht werden können.

Rückschritte verhindert

Der NABU zieht vor diesem Hintergrund eine ernüchternde Bilanz zum Abschluss der Beratungen auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Statt einen energischen Schritt hin zu einer zukunftsfähigen Gestaltung der Welt zu gehen, haben sich die Verantwortlichen überwiegend damit befasst, Rückschritte zu verhindern. Es wurde weit weniger erreicht als notwendig – dennoch mehr, als im Vorfeld des Gipfels durch die Blockadehaltung der USA und der langwierigen Vorverhandlungen zu befürchten war. Immerhin konnten den Blockadestaaten einige wenige mehr oder weniger konkrete Ziele inklusive Zeitplan abgerungen werden. Damit wiederum hatten all jene, die den Vorbereitungsprozess für Johannesburg verfolgt hatten, kaum noch gerechnet hatte: Abbau der Überfischung, Zugang zu sauberem Trinkwas-

ser, Minimierung der Nutzung gefährlicher Chemikalien und besserer Artenschutz. Jedoch wurde die Zustimmung etwa der OPEC-Staaten und der USA für konkrete Vereinbarungen um den hohen Preis der inhaltlichen Abschwächung erkaufte.

Erneuerbare Energien – Dinosaurier blockieren

Desaströs ist das Scheitern einer klaren weltweiten Strategie für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu bewerten, wie es vor allem von der EU gefordert wurde. Es ist beim Weltgipfel wieder einmal deutlich geworden, dass gegen die Fundamentalopposition der USA und der OPEC-Staaten der dringend notwendige Ausbau der erneuerbaren Energien nicht durchgesetzt werden kann. Dabei war das EU-Ziel einer Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien von 13,8 auf 15 Prozent bis zum Jahr 2015 sicherlich alles andere als ehrgeizig. Auch die Argumentation aus EU-Kreisen, dass diese 15 Prozent ja im Jahr 2015 von einem absolut gesehen deutlich höheren Primärenergieverbrauch ausgehen werden, ist da wenig überzeugend. Jedem sollte klar sein, dass damit natürlich auch die 85 Prozent aus nicht-nachhaltiger Primären Energienutzung absolut gesehen sehr viel mehr ausmachen werden als heute.

Die Initiative von Bundeskanzler Gerhard Schröder, zu einer internationalen Konferenz für erneuerbare Energien einzuladen, war auch angesichts der an dieser Stelle festgefahrenen Verhandlungssituation besonders wichtig. Die Zusage Deutschlands, in den nächsten Jahren eine halbe Milliarde Euro für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in den Entwicklungsländern zu stellen, ist zudem ein Zeichen hoher Glaubwürdigkeit in dieser Frage. Und schließlich hat dieser Vorstoß den Weg geebnet, am Ende der Konferenz eine multilaterale Initiative der EU und zahlreicher anderer Staaten auf den Weg zu bringen – eben außerhalb des Systems der UN-Konferenz den Ausbau der erneuerbaren Energieträger voranzutreiben. Eine gute und kluge Strategie, denn am Ende werden Staaten wie die USA sehen, dass sie auf diese Weise nicht nur bei wichtigen weltpolitischen Themen außen vor sind, sondern dass dies auch zu einem technologischen Defizit führen wird.

Klimaschutz – Fortschritte außerhalb der offiziellen Dokumente des Gipfels

Als Erfolg am Rande des Weltgipfels kann die Zusage Kanadas und Russlands bezeichnet werden, das Kyoto-Protokoll zu unterzeichnen. Damit könnte der globale Klimaschutz verbindlich trotz des enormen Widerstands der USA in Kraft gesetzt werden. Bei aller Skepsis über die Funktion und die Bedeutung des Weltgipfels, wird man nicht abstreiten können, dass die Entscheidung dieser Länder zugunsten des Kyoto-Protokolls durch die hohe Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit sicherlich beflügelt worden ist.

Biologische Vielfalt – Artensterben soll weitergehen, aber langsamer

Der Schutz der natürlichen Ressourcen und der biologischen Vielfalt war eines der fünf Schwerpunktthemen des UN-Gipfels. Johannesburg war angetreten, die Beschlüsse von Rio auch im Bereich der biologischen Vielfalt mit konkreten Zielen und Zeitrahmen umzusetzen. Das war dringend geboten, da das Artensterben unvermindert anhält. Seit Rio wurden beispielsweise 7 Prozent des Tropenwaldes abgeholzt. In absoluten Zahlen wurden in den 90er Jahren sogar mehr Wald vernichtet als in den 80er Jahren. In den letzten 20 Jahren sind 1/3 der Mangroven bestände der Welt vernichtet worden. Die Korallenriffe siechen dahin.

Vor diesem Hintergrund ist auch zum Schutz der biologischen Vielfalt weniger erreicht worden als notwendig gewesen wäre, um das Artensterben wirklich wirksam aufzuhalten. Allerdings konnte den USA und anderen Blockadestaaten ein konkretes umweltpolitisches Ziel und ein Zeitrahmen für besseren Artenschutzabgerungen werden. Bis 2010 soll es eine gegenüber heute signifikant geringere Verlustrate an biologischer Vielfalt geben. Zudem wurde der faire und gleiche Anteil an der Nutzung

der biologischen Ressourcen – mit Zustimmung der USA – in das Dokument aufgenommen. Damit wird nun allgemein anerkannt, dass ein wirksamer Naturschutz nur gelingen kann, wenn gerade die Entwicklungsländer einen Vorteil davon haben, wenn aus „ihrem“ Naturreichtum wirtschaftliche Vorteile – etwa für pharmazeutische Produkte – gewonnen werden. Mit diesen Fortschritten könnte tatsächlich eine Ratifizierung der Biodiversitätskonvention durch die USA in Zukunft als Folgeergebnis möglich sein.

Regierungsseitig lobend hervorgehoben wurde auch das Ziel, die Fischbestände bis 2015 auf einem nachhaltig nutzbaren Niveau zu erhalten oder wie der anzuheben – mit dem Zusatz – „wenn möglich“. Weicher kann man ein Ziel wohl kaum formulieren. Insofern sollte der Wert einer solchen Festlegung nicht überbewertet werden. Richtig ist aber, dass nun die Chance besteht, auf der Basis dieser Aussage konkrete Pläne und Programme zum Schutz der Fischbestände zu entwickeln.

Ein anderes Ziel wurde dagegen völlig gekippt, nämlich den Verlust der natürlichen Ressourcen bis 2015 zu stoppen, obwohl auch bereits in Den Haag bei der letzten Vertragsstaatenkonferenz der Biodi-

Kommentar

IMMER WENIGER ERREICHT, ALS NOTWENDIG WÄRE

„(...) Es ist weniger erreicht worden, als notwendig gewesen wäre, um (...) wirklich wirksam“ zu werden. Diesen Satz kann man auch heute noch getrost in jeden Rückblick auf Weltkonferenzen einbauen. Im Rückblick auf den Gipfel von Johannesburg 2002 schrieb Jochen Flashbarth dies in Bezug auf den Schutz der biologischen Vielfalt. Ähnlich wurde es auch im Rundbrief 2/2023 formuliert, der sich mit dem neuen Kunming-Montreal Globalen Biodiversitätsrahmenabkommen befasste.

Zehn Jahre nach dem Gipfel für nachhaltige Entwicklung in Rio 1992 schien Ernüchterung eingetreten zu sein und es wurde sich zum Teil nach den Erfolgen alter Zeiten gesehnt. Lesen wir alte Artikel, wird schnell deutlich, dass die einstigen Meilensteine und Durchbrüche zum Teil weniger optimistisch gesehen werden müssen, zum anderen auch anerkannt werden muss, dass diese immer gegen Abschwächung durch Regierungen verteidigt werden mussten.

Bei allem, was noch zu tun ist, bei allen Misserfolgen sollten wir nicht vergessen, dass in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl von multilateralen Umweltabkommen beschlossen wurde, die nicht ohne Wirkung blieben. Die Stockholm-Konvention verbietet international bestimmte persistente organische Schadstoffe, das Pariser Klimaabkommen hat zumindest ein Ziel gesetzt und Klimaschutz hoch auf der politischen Agenda verankert und das Hohe-See-Abkommen ist gerade erst rechtskräftig geworden und setzt sich zum Ziel, bis 2030 30 Prozent der Hohen See unter Schutz zu stellen. Ich würde sagen, da geht das Spiel weiter: Konferenzen, Kritik, Hoffnungsschimmer und ein Verteidigen vor Verwässerungen. Und scheinbar können wir uns getrost auf die Blockadehaltung der USA verlassen.



Tom Kurz

Der Autor ist Referent für Internationale Chemikalien- und Plastikpolitik beim Forum Umwelt & Entwicklung.

» Was benötigt wird, ist ein verändertes institutionelles Kräfteverhältnis zwischen dem mächtigen WTO-Regime, das durch die faktische ökonomische Globalisierung laufend gestärkt wird, und den multilateralen ökologischen, aber auch sozialen Rahmensetzungen.

versitätskonvention unter den 180 Teilnehmerstaaten Einigkeit herrschte. Für diesen Bereich blieb es in Johannesburg bei einer allgemeinen Absichtserklärung.

Die Konvention zur Biologischen Vielfalt ist mit dem Ergebnis von Johannesburg jedenfalls weiterhin – und vielleicht jetzt noch mehr – zum Schlüssel für Erfolge gegen Naturzerstörung und Artensterben geworden. Es gilt deshalb nun mit großer Kraft diese Konvention voranzutreiben. Die nächste Vertragsstaatenkonferenz in Kuala Lumpur wird – auch mit den dort anstehenden Themen wie etwa einem weltweiten Schutzgebietssystem – zu einer der zentralen Veranstaltungen der nächsten Jahre.

Agrarsubventionen – EU geht mit schlechtem Beispiel voran

Beim Thema Agrarsubventionen sind am Ende keine Fortschritte erzielt worden. Die von den Entwicklungsländern dringend und zu Recht erwartete Aussage der Industriestaaten, ihre wettbewerbsverzerrenden und auch umweltschädlichen Agrarsubventionen drastisch zu reduzieren, wurden enttäuscht. Erheblichen Anteil daran hat auch die EU, genauer der uneinheitliche Kurs, den die EU-Mitgliedstaaten in dieser Frage verfolgen. Frankreich hat sich hier mit seiner agrarprotektionistischen Haltung durchsetzen können und damit eine aktive Rolle der EU verhindert. Die Unfähigkeit der EU, in Sachen Agrarsubventionen eine positive Führungsrolle zu übernehmen, hat den inzwischen doch erheblichen politischen Wandel in der europäischen Union deutlich zum Vorschein treten lassen. Zwar gab es in vielen Einzelpunkten noch eine engagierte EU-Haltung, das große Zugpferd waren die Europäer in Johannesburg aber nicht mehr.

Ausblick

Schon während der Konferenz in Johannesburg hat die Diskussion darüber begonnen, wie der Prozess

der nachhaltigen Entwicklung international weitergeführt werden soll. Für die großen umfassenden Weltgipfel spricht die Tatsache, dass die Themen Umwelt und Entwicklung nach jahrelangem Stillstand wieder einmal ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit gerückt wurden. Gleichwohl gehöre ich zu denen, die eher die Grenzen solcher umfassenden Erdgipfel sehen. Was benötigt wird, ist ein verändertes institutionelles Kräfteverhältnis zwischen dem mächtigen WTO-Regime, das durch die faktische ökonomische Globalisierung laufend gestärkt wird, und den multilateralen ökologischen, aber auch sozialen Rahmensetzungen. Solange dies nicht gelingt, wird auch der nächste Weltgipfel nur eine Fußnote der Geschichte werden. Um weitreichende institutionelle Veränderungen auf internationaler Ebene zu erreichen, ist bald die Aufnahme intensiver kontinuierlicher Konsultationen im Rahmen der UN erforderlich. Dazu könnte der Vorschlag des Nationalen Nachhaltigkeitsrates, eine Weltkommission für die nachhaltige Gestaltung der Globalisierung einzurichten – nach dem Vorbild der Nord-Süd-Kommission und der Brundland-Kommission – einen wichtigen Beitrag leisten.



Jochen Flasbarth

Der Autor war Präsident des Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU).



Maksym Kaharlytskyi / unsplash & Sara Phung

Aus Rundbrief 1/2015

ALLES TTIP ODER WAS?

Der Europäische Widerstand gegen das transatlantische Freihandelsabkommen gewinnt an Tragweite

Anfang Februar trafen sich in Brüssel erneut amerikanische und europäische Verhandler:innen des Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP). Die Verhandlungen gingen somit in die achte Runde, aber ein Ende scheint nicht in Sicht. Der ursprünglich angesetzte Zeitplan, das Abkommen im Jahre 2015 zu verabschieden, scheint in weite Ferne gerückt. Und das gibt der aktiven Zivilgesellschaft Zeit, sich in ganz

Europa und auf der anderen Seite des Atlantiks zu organisieren. Denn der Widerstand gegen TTIP ist längst kein deutsches Phänomen mehr, das vom Rest Europas nur ungläubig beäugt wird.

Nur zu gerne wurde der Protest gegen das derzeit verhandelte Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA als Eigenheit der dickköpfig und emotional getriebenen deutschen Zivilgesellschaft inszeniert. Zu gerne würden die EU-Kommission und andere TTIP-Befürworter weiter an diesem

Bild festhalten, doch langsam bröckelt es und gibt den Blick auf eine transatlantische Protestbewegung frei. Parallel zur achten offiziellen Verhandlungsrunde trafen sich in Brüssel die europäische TTIP-kritische Zivilgesellschaft und ihre amerikanischen Verbündeten zum Austausch. An den über 180 Teilnehmer:innen aus 26 Ländern lässt sich der wachsende Erfolg der TTIP-kritischen Bewegung ablesen. Die Länderberichte, die das Treffen eröffneten, illustrierten diesen Erfolg.

Auch im Osten rührt sich was

Obwohl die kritische Debatte noch nicht in allen Ländern angekommen ist, nimmt sie doch auch in den Ländern mit Zivilgesellschaft, die bisher wenig aktiv in globalisierungskritischen Fragen war, langsam an Fahrt auf. Slowenien, Kroatien, Rumänien und selbst Ungarn sowie Bulgarien verzeichnen rasch wachsende Kampagnenbündnisse gegen TTIP. Nicht zuletzt zeigen dies auch die rasant zunehmende Anzahl der Stimmen, welche die selbstorganisierte europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“ in diesen Ländern derzeit sammelt. Auf der Agenda dieser Länder stehen unter anderem genmanipuliertes Saatgut und Rohstoffe sowie das Streben nach Gerechtigkeit und Demokratie, das sich durch die gesamteuropäische Debatte zieht.

Recht still war es bisher um die Nordlichter Europas, doch allmählich regt sich insbesondere in Finnland der Widerstand. Hier hat ein aus 15 Organisationen bestehendes, noch kleines Netzwerk, in den sozialen Medien eine rege Debatte losgetreten, der derzeit auch die traditionellen Medien ergriffen hat. Im Süden Europas geraten die TTIP-Befürworter:innen wie etwa in Spanien immer mehr in Bedrängnis. Die schnell wachsende Podemos-Bewegung – übersetzt „Wir können“ – und die regionalistischen Parteien greifen die amtierende Regierung immer mehr an. Es wird zunehmend wahrscheinlicher, dass Spanien in den anstehenden Wahlen ein ähnliches Szenario wie Griechenland ereilt und Konservative wie Sozialisten sich in der Opposition wiederfinden werden. Griechenlands neue Regierung hat durch seine klare Ablehnung gegenüber TTIP in den letzten Wochen eine wichtige Signalwirkung für ganz Europa generiert. Inwieweit das eine griechische Bewegung beflügelt, bleibt abzuwarten, bisher gibt es kein landesweites Bündnis.

Im Westen immer was Neues

In Großbritannien mausert sich die Bewegung gegen TTIP langsam zu einem zentralen Streitthema. Der befürchtete Privatisierungsdruck auf den National Health Service, die nationale Gesundheitsversorgung, mobilisiert neben der Zivilgesellschaft nun auch die Parteien jenseits von Konservativen und Labour. Letztere baden sich bisher noch im TTIP-Optimismus, aber von Links über Grün bis hin zu den schottischen Nationalisten rütteln die übrigen Parteien, durch TTIP aufgeweckt, am Zwei-

Parteien-System der Insel. Dass das Thema auch bei den Aktivist:innen angekommen ist, zeigte nicht zuletzt die Aktion vor dem Gebäude der Europäischen Kommission. Am Mittwoch der Verhandlungswoche war das TTIP-Abkommen in Gestalt eines lebensgroßen Trojanischen Pferdes auf der Protestaktion in Erscheinung getreten. Rund 200 Aktivist:innen aus Großbritannien reisten eigens für diese Aktion an.

Auch in kleineren Ländern wie etwa Belgien tut sich etwas. Durch den öffentlichen Druck der Zivilgesellschaft hat die Regionalregierung von Wallonien verlauten lassen, sie werde TTIP nicht ratifizieren. Belgien befindet sich ähnlich wie Deutschland, wo neben dem Bundestag auch der Bundesrat dem Abkommen zustimmen muss, in der Situation, dass die Regionen wie eben Wallonien oder auch Flandern der Ratifizierung zustimmen müssen. Frankreich zeigt mit seinem Beispiel von Dutzenden von „TTIP-freien Zonen“, wie Städten und Regionen sich erfolgreich in den Widerstand einbringen können. Der Senat ließ in der Verhandlungswoche verlauten, dass er das umstrittene Investor-Staat-Klagerecht aus TTIP und anderen Abkommen streichen will.

Anhaltende Proteste in Europa

Warum also gibt es anhaltenden, ja sogar massiv wachsenden Widerstand der Anti-TTIP-Bewegung? Keines der vorgebrachten Argumente der TTIP-Verteidiger und der Kommission konnte das wachsende Misstrauen und den Protest in Europa beruhigen. Vielmehr scheint es so, als ob die Kommission mit ihren Transparenz-Offensiven der letzten Wochen, die eigentlich dazu gedacht waren den Kritiker:innen den Wind aus den Segeln zu nehmen, von einem Fettnäpfchen ins andere trete. Zum einen sind die kürzlich veröffentlichten Dokumente unzulänglich und bestehen größtenteils aus schon bekannten Unterlagen und Positionspapieren, die nicht verhandlungsrelevant sind. Das führte nur dazu, dass sich Kritiker:innen eher nicht ernst genommen fühlten in ihren Forderungen nach mehr Transparenz. Zum anderen bleibt die Kommission bei zentralen Themen uneinsichtig. So waren alle Augen im Januar nach Brüssel gerichtet, da endlich die im Sommer durchgeführte Konsultation der Kommission zu ISDS (dem Investor-Staat-Klage-Recht) veröffentlicht wurde. Umfrageergebnisse zeigen, dass sich 97% der Befragten ablehnend dem Mechanismus gegenüber geäußert hatten. Die Kommission wiederum zieht daraus aber nicht die einzig mögliche Schlussfolgerung: Kein ISDS in den Freihandelsabkommen. Ihre anhaltende, positive Haltung gegenüber ISDS hat den Widerstand weiter befeuert.

Blick über den Tellerrand

Der Widerstand gegen TTIP ist kein rein europäisches Phänomen, auch in den USA hat sich längst ein Anti-TTIP-Aktivismus gebildet. Deren Unterstützer bangen derzeit um die anstehende Entscheidung zu

dem so genannten Fast-Track-Verfahren. Fast-Track würde es dem US-Präsidenten ermöglichen, das Abkommen im Alleingang fertig zu verhandeln. Der US-Kongress, Sitz des US-Senats und Abgeordnetenhauses, hätte im entscheidenden Moment nur noch die Möglichkeit, das Abkommen abzulehnen oder anzunehmen – die Mitglieder des Senats verzichten somit auf ihr Recht der Einzelabstimmung über die Feinheiten des Abkommens. Die Situation wäre dann interessanterweise ähnlich wie in Europa. Denn hier haben beispielsweise Bundestag

und Bundesrat nur die finale Entscheidungsmacht über das Abkommen und können nicht in einzelnen Punkten des Abkommens mitreden. (Bisher haben sie paradoxerweise aber auch nicht mehr Beteiligung eingefordert.)

Die amerikanische NGO Institute for Agriculture and Trade Policy aus Washington warnt eindringlich davor, dass sich Mitglieder des US-Kongresses durch Fast-Track ihrer Verantwortung entziehen. Handelsabkommen betreffen eine breite Palette von Gesetzen und Programmen, die sich beispielsweise

Kommentar

TTIP – WAR DA WAS?

Nelly Grotefendts Artikel über den damals noch zunehmenden und im Ergebnis erfolgreichen Widerstand gegen das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen TTIP kann einen ganz nostalgisch werden lassen. Das waren noch Zeiten: Nelly noch im Forum; eine handelspolitische Szene mit enormem Mobilisierungspotenzial; eine politische Öffentlichkeit, die sich gegen ökonomische Ungerechtigkeit zur Wehr setzt.

Zugleich kann es einen aber auch gruseln. Denn was damals als TTIP schlecht gewesen wäre, wiederholt sich heute unter noch schlechteren politischen Vorzeichen in Form diverser Deals zwischen einem kaum noch höflich zu beschreibenden US-Präsidenten und einer EU-Kommission, die entweder nicht willens oder nicht in der Lage ist, sich den unverschämten und übergriffigen Forderungen aus Washington effektiv zu widersetzen. Dabei geht es beileibe nicht nur um irgendwelche Zölle oder den Ausgleich von Bilanzungleichgewichten. Vielmehr erzwingen Trump und seine Regierung Vorzugsbehandlung für bestimmte Unternehmensinteressen (vor allem von Big Tech und fossile Industrien), fordern die verstärkte Beibehaltung klimaschädlicher Wachstumspfade, drohen unverhohlen mit dem Entzug militärischer Unterstützung und fordern im Endeffekt mehr Rassismus und imperiale Ausbeutung. Bei seinen „Verhandlungspartnern“ kann man zugleich den Eindruck gewinnen, dass sie zum Entgegenkommen schon gerne bereit wären – denn nicht überall gibt es hier Interessengegensätze – wenn der Mann in Washington nicht immer so maßlos übertreiben würde.

Eigentlich erstaunlich, dass sich dagegen nicht ähnlich schlagkräftiger Protest erhebt wie noch zu TTIP-Zeiten. Warum das so ist, ist nicht einfach

zu beantworten. Ein Grund liegt aber sicher darin, dass sich die handelspolitische Szene seit 2015 verändert hat und geschrumpft ist. Handelspolitische Expert:innen werden selten – zumindest in der umwelt- und entwicklungspolitischen Szene. Das ist auch eine Folge der kleiner werdenden finanziellen Spielräume, die Organisationen zwingen, sich aufs (Spenden generierende) Kerngeschäft zu konzentrieren. Die Kommunikationsexpert:innen scheinen – vermutlich zurecht – vielerorts der Meinung zu sein, dass sich strukturelle Probleme wie eben die Handelspolitik hier weniger eignen als Themen mit Emotionalisierungspotenzial – von Hunger und Armut bis hin zum Tierwohl. Geld ist aber nur eine Quelle für erfolgreiche zivilgesellschaftliche Arbeit. Eine Rückbesinnung darauf, was die TTIP-Proteste möglich und so erfolgreich gemacht hat, wäre überfällig.

Das gilt umso mehr, als sich der Blick auf Handelspolitik jenseits der Zivilgesellschaft dramatisch verändert hat. Abkommen wie das zwischen der EU und dem Mercosur oder Indien werden heute verstärkt als geopolitische Instrumente gesehen. Der Preis dafür ist allerdings hoch: Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen, aber auch die Zementierung ökonomischer Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse werden absehbar die Folgen sein – und das auch innerhalb der EU. Grund genug für Protest. Vielleicht sollten ‚wir‘ es einfach mal wieder versuchen.



Wolfgang Obenland

Der Autor ist kommissarischer Leiter des Forum Umwelt & Entwicklung und leitet dort den Arbeitsbereich zu internationaler Finanz- und Wirtschaftspolitik.

» Handelsabkommen betreffen eine breite Palette von Gesetzen und Programmen, die sich beispielsweise auf Lebensmittelsicherheit, Pestizide, genmanipulierte Organismen sowie Patente auf Saatgut beziehen. Sie untergraben somit die Bemühungen von nationalen Initiativen.

auf Lebensmittelsicherheit, Pestizide, genmanipulierte Organismen sowie Patente auf Saatgut beziehen. Sie untergraben somit die Bemühungen von nationalen Initiativen. Hierzu zählt beispielsweise das „farm to school“-Programm. Das Programm sorgt dafür, dass das Schulessen bevorzugt von lokalen Erzeuger:innen geliefert wird und somit lokale Unternehmen gestärkt werden und die Lebensmittel aus einer sicheren und nahen Umgebung stammen. Diese bewusste Bevorzugung von lokalen Anbieter:innen würde unter TTIP wegfallen, weil es sich um eine Diskriminierung der ausländischen Marktteilnehmer:innen, wie etwa großen deutschen Lebensmittelunternehmen, handeln würde.

Gemeinsamer Widerstand am 18. April!

Der wachsende Widerstand auf beiden Seiten des Atlantiks zeigt klar und deutlich, dass sich Bürger:innen und Bürger nicht so einfach beruhigen lassen. Die Bewegung wächst und zeigt der globalen Bevölkerung, dass es gute Gründe gibt, nicht alles mit einem Schulterzucken hinzunehmen.

Die nächste Möglichkeit sich gemeinsam gegen Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA zu engagieren steht schon vor der Tür. Angelehnt an den europäischen Aktionstag im Oktober vergangenen Jahres wird am 18. April der globale Aktionstag gegen Freihandel stattfinden. Weltweit werden wir mit kreativen und dezentralen Aktionen den Widerstand gegen Freihandelsabkommen, die ohne unsere Zustimmung verhandelt werden, auf den Straßen sichtbar machen. Denn transatlantische Partnerschaft geht anders – TTIP ist unfairHandelbar!



Nelly Grotefendt

Die Autorin war Referentin für Handelspolitik beim Forum Umwelt & Entwicklung.

EINE GENUTZTE MÖGLICHKEIT

Der Dialog der Zivilgesellschaft mit den G8 im Jahr der russischen Präsidentschaft

Traditionell werden im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten zu einem Gipfeltreffen der Führer der G8-Länder Beratungen mit der Zivilgesellschaft durchgeführt. Hauptaufgabe dieser Treffen ist es, die Meinung öffentlicher Vereinigungen zu den Schwerpunktthemen herauszufinden, die auf dem Gipfel besprochen werden.

Russland hatte im Jahr 2006 zum ersten Mal den Vorsitz bei den G8. 40 russische NGOs wollten in Zusammenarbeit mit ihren ausländischen Kollegen (insgesamt waren an dem Prozess mehr als zweitausend NGOs aus der ganzen Welt beteiligt) einen neuen Mechanismus schaffen, über den die Öffentlichkeit auf die G8 einwirken könnte. Daher initiierten sie das Projekt „Civil G8-2006“.

Civil G8-2006

Das Beste, was in den vergangenen Jahren aus der Zusammenarbeit mit den G8 entstanden war, zu erhalten und zu versuchen, diese Zusammenarbeit auf eine neue Ebene zu bringen – das war die Aufgabe, die sich die NGOs beim Start des „Civil G8-2006“-Projektes stellten. Der Präsident der Russischen Föderation W. Putin brachte seine Bereitschaft zum Ausdruck, den Dialog mit der russischen und internationalen Öffentlichkeit in der Zeit der russischen G8-Präsidentschaft weiterzuentwickeln.

Die G8-Präsidentschaft Russlands bot eine große Chance für die russische Zivilgesellschaft, von sich reden zu machen. Und diese Chance wurde genutzt. Als besonders wertvoll für die russischen NGOs erwies sich die Unterstützung durch die ausländischen Kollegen. Eine besondere Rolle in diesem Prozess spielten die Vertreter der NGOs aus den G8-Ländern sowie die global vernetzten NGOs wie Greenpeace, WWF, Amnesty International, Human Rights Watch, Oxfam, der Internationale Frauenrat, CIVICUS, SocialWatch, der Internationale Verbraucherverband, Action Aid, Transparency International und Globale Bildungskampagne.

Im Rahmen des Projektes, gemeinsam mit den ausländischen Kollegen, erfüllten wir auch das Versprechen, das wir Ende 2005 gegeben hatten: Wir

bemühten uns, die maximale Kontinuität, Konsequenz, Transparenz und Offenheit des Beratungsprozesses zu gewährleisten. Für die Initiatoren des „Civil G8-2006“ war es von prinzipieller Wichtigkeit, dass die Empfehlungen und Positionen den offiziellen Strukturen der G8 nur im Namen der Organisationen, die an dem Projekt teilnahmen, ausgesprochen wurden. Wir lehnten das Monopolrecht – von wem auch immer – ab, die gesamte Zivilgesellschaft zu vertreten. Die Teilnahme an den Beratungen der „Civil G8-2006“ beschränkte in keiner Weise die Rechte der einzelnen Organisationen, den G8-Regierungen eigene Vorschläge zu unterbreiten und dabei die traditionellen Mechanismen der Zusammenarbeit mit den Behörden zu nutzen. Wir strebten die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Kräften an, setzten uns zu niemandem in Opposition und stellten keine Alternative zu gesellschaftlichen Initiativen dar.

Im Rahmen des Projekts „Civil G8- 2006“ wurden folgende Hauptveranstaltungen durchgeführt:

1. Runder Tisch der Internationalen NGO-Experten im Bereich der Energiesicherheit, der Bildung und des Gesundheitswesens;
2. Internationales Forum für Nichtregierungsorganisationen – Schlüsselmoment des Forums war das in der Geschichte der G8 beispiellose Treffen eines breiten Spektrums von Vertretern internationaler NGOs mit G8-Sherpas aller Länder;
3. Treffen der Experten und Vertreter internationaler Nichtregierungsorganisationen mit den Sherpas aller G8-Länder im „engeren Kreis“ mit der Öffentlichkeit;
4. Im Juli 2006 fand in Moskau die Schlüsselveranstaltung des Projekts statt, das Internationale Forum der Nichtregierungsorganisationen „Civil G8-2006“. Über 600 Vertreter von NGOs aus aller

Welt nahmen daran teil. Zu einem Präzedenzfall für die Geschichte der G8 wurde die Teilnahme des Staatsoberhauptes des G8-Vorsitz führenden Landes, des russischen Präsidenten W. Putin. Am selben Tag traf sich der russische Präsident im Rahmen der „Civil G8-2006“ auch mit den Führern der globalen internationalen NGOs;

5. Der internationale Runde Tisch der NGOs „Forum Partnerschaft mit Afrika und Agenda für die Entwicklung Afrikas“;
6. Die Abschlusskonferenz der NGOs „Umsetzung der Agenda des G8-Gipfels im Jahr 2006“. Obwohl die russische G8-Präsidentschaft zu Ende ist, sind wir bereit, auch weiterhin aktiv die Positionen der gesellschaftlichen Organisationen zu den Problemen zu vertreten, die von den G8 besprochen werden. In diesem Jahr werden wir unseren Kollegen aus Deutschland helfen. Es

ist von großer Bedeutung, dass die Zusammenfassung der Ergebnisse des Projekts „Civil G8-2006“ und die informelle „Stabsübergabe“ auf der Abschlusskonferenz (2. Dezember 2006) in Anwesenheit der Assistenten der russischen und deutschen Sherpas stattfanden. Für uns ist es von ausschließlicher Wichtigkeit, dass die Vertreter der staatlichen Strukturen uns anhören. Genau dies ist die praktische Umsetzung des Prinzips der Kontinuität. Ella Pamfilowa Die Autorin ist Koordinatorin der Nationalen Arbeitsgruppe für das Projekt „Civil G8-2006“



Ella Pamfilowa

Die Autorin war Koordinatorin der Nationalen Arbeitsgruppe für das Projekt „Civil G8-2006“ in Russland.

G8 IN RUSSLAND UND DIE BETEILIGUNG VON NGOS

Russlands Reaktion auf internationalen Druck

Ende 2005, direkt vor der erstmaligen Übernahme des G8-Vorsitzes für 2006 hatte die russische Staatsführung in den anderen G8-Staaten eine ganz schlechte Presse. Das neue, ausdrücklich auch gegen den Einfluss ausländischer NGOs auf die russische Innenpolitik gerichtete NGO-Gesetz, das zudem die russischen NGOs unter strenge staatliche Kontrolle stellt, wurde im Westen weitgehend als undemokratisch und eines G8-Mitglieds unwürdig kritisiert. Russland reagierte mit einer intensiven Beteiligung der Zivilgesellschaft am G8-Prozess.

Aus dem US-Kongress waren im Zusammenhang mit den Vorwürfen gar Forderungen zu hören, Russland den G8-Vorsitz wieder zu entziehen oder zumindest den für Juni 2006 in St. Petersburg geplanten Gipfel zu boykottieren. Obwohl es wohl nie in Frage stand, dass all die hohen und mächtigen Herren und die eine Dame in Russlands „nördliche Hauptstadt“ kommen würden, war der Kreml doch unter erheblichen öffentlichen Druck geraten. Dabei sollte die volle G8-Mitgliedschaft ein leuchtendes Zeichen der triumphalen Rückkehr des wirtschaftlich und machtpolitisch wiedererstarkten Russland auf die Weltbühne werden. Trotz oder eben gerade wegen des neuerwachten russischen Selbstbewusstseins braucht die russische Elite die Anerkennung des eben noch seinen

„Sieg im Kalten Krieg“ genießenden Westens. Nun, kurz vor dem Triumph, schmerzte die Kritik an der illiberalen russischen Innenpolitik besonders, die aus russischer Sicht kaum mehr als ein letzter Vorwand notorischer Russlandhasser war, den Eintritt in die erlauchte Runde in letzter Minute noch zu torpedieren.

Civil-G8-Prozess

So wurde der sogenannte Civil-G8-Prozess erdacht. Wenn sich innerhalb Russlands fast jede Form demokratischer Beteiligung simulieren und manipulieren ließ, warum sollte das dann auf internationaler Ebene nicht auch möglich sein? Die systematische Beteiligung von russischen und ausländischen NGOs am Rande der G8-Beratungen sollte zeigen, dass

HERRSCHAFTSSICHERUNG DURCH PARTIZIPATION

1985 fand in Bonn der erste G7-Gipfel in der BRD statt – damals hieß er noch „Weltwirtschaftsgipfel“. Das war das Selbstverständnis der Herrscher der westlichen Welt: die Weltwirtschaft, das sind wir. Ich habe damals einen Gegengipfel, das „Tribunal der Betroffenen“, und eine Demo mitorganisiert. An einen Dialog mit diesen Herrschern war damals nicht zu denken. 1992 in München, beim nächsten G7 im nunmehr vereinigten Deutschland, hatte sich zwar der Name in »Wirtschaftsgipfel« etwas relativiert, aber nicht die Distanz zwischen den Herrschern und ihren Kritikern. Als Organisator von „The Other Economic Summit“ hatte ich damals eines dieser klobigen, laptopgroßen Funktelefone dabei und konnte damit diverse Polizeiabsperrungen ungefragt passieren, aber das war wohl eher ein Missverständnis: vermutlich dachte man bei der Polizei, mit so einem Gerät könne ich nur »einer von uns« sein. Erst 1999, beim Kölner G7, gab es ein erstes Gespräch des deutschen G7-Sherpas Klaus Gretschmann mit Vertretern von nunmehr „Nichtregierungsorganisationen“ genannten Gruppen. Aber das war es auch schon.

Alles das änderte sich grundlegend mit der Übernahme der mittlerweile zu G8 mutierten Präsidentschaft durch Russland im Jahr 2006. Präsident Putin setzte völlig neue Maßstäbe in Sachen NGO-Partizipation. Den Auftakt bildete eine öffentliche Konferenz in Moskau, auf dem alle neun Sherpas (inclusive des EU-Sherpas, der nur Beobachterstatus hatte und bei den G nicht mitgezählt wird) der Öffentlichkeit Rede und Antwort auf alle möglichen Fragen stehen mussten. So mancher kam dabei leicht ins Schwitzen, weil er so viel Transparenz nicht gewöhnt war. Eine Konferenz in Moskau und St. Petersburg folgte auf die andere. Ich war eines der zahlreichen NGO-Mitglieder des „International Civil Society Advisory Committee for the Russian G8 Presidency“. Den Höhepunkt bildete eine dreistündige live im Fernsehen übertragene Debatte von 25 internationalen NGO-Vertretern mit Wladimir Putin himself über alle möglichen und unmöglichen Fragen, die er ohne jeden Sprechzettel bestand. Die Vertreter internationaler NGOs lud er hinterher in seine Datscha ein, mich also leider nicht.

Ende 2006 spazierten Michael Frein vom Forums-Leitungskreis und ich dann zum deutschen Sherpa Bernd Pfaffenbach und erklärten, dass die deutsche G8-Präsidentschaft 2007 unmöglich hinter die neuen russischen Partizipationsstandards zurückfallen

könne. Das musste auch Pfaffenbach einräumen, und so begannen wir ebenfalls diverse Tagungen und ein öffentliches Sherpa-Dialogforum mit allen G8-Sherpas in der Bonner Beethovenhalle zu organisieren. Alles ein totales Novum für eine streckenweise sichtlich nervöse deutsche Ministerialbürokratie. Zu einem öffentlichen Dialogforum von Kanzler Schröder mit 25 internationalen NGOs kam es aber nicht, das war ihm wohl zu heiß.

Aber auch für das Forum Umwelt & Entwicklung war das durchaus ein Balanceakt – zwischen Dialog mit der Regierung und teilweise militantem Widerstand gegen ihre Gipfeltreffen liegen Welten, und die deutsche Zivilgesellschaft deckte nun mal diese Bandbreite ab. Im autonomen Spektrum kursierten bereits Protestaufrufe gegen das Bonner Sherpa-Dialogforum. Um unvorhersehbare Zwischenfälle zu vermeiden, meldete ich daher eine Demonstration gegen das Sherpa-Dialogforum vor der Beethovenhalle sicherheitshalber gleich selbst an.

Damit waren die neuen Partizipationsstandards gesetzt. 2008 war Japan dran, und sie kopierten 1:1 zwar nicht das russische, aber wenigstens das deutsche Programm, und fortan kam außer den USA keine Regierung mehr an diesem Partizipationslevel vorbei. Auch viele G20-Präsidentschaften übernahmen zumindest Teile davon. Für das Forum war die Civil 20-Konferenz 2017 in Hamburg und einem öffentlichen Dialog von vier NGO-Leuten mit Kanzlerin Merkel ein Highlight.

Heute sind die „zivilgesellschaftlichen Dialogprozesse“ im mittlerweile wieder auf G7 geschrumpften westlichen Format und im globalen G20-Format geradezu inflationär angewachsen. Man dialogisiert nicht nur mit kritischen NGOs, so es die überhaupt noch gibt, sondern mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Wissenschaftsakademien, den Thinktanks, der Jugend, den Frauenorganisationen, den Stadtverwaltungen, ja selbst mit den Rechnungshöfen und den Obersten Gerichtshöfen... alles das läuft heutzutage unter „Zivilgesellschaft“. Außer 1-Minute-Soundbytes mit den ewig gleichen Floskeln kommt da nichts mehr rüber, alles ist bis ins Detail durchgeplant. Überraschungen oder gar echte Diskurse finden schon lange nicht mehr statt.

Die Krönung ist allerdings, dass inzwischen schon Aufrufe aus dem Kreis der „zivilgesellschaftlichen Dialogpartner“ kursieren, in denen zur Rettung von G7 und G20 vor der Abrissbirne von Do-

nald Trump aufgerufen wird. Diese Dialoge seien doch so wichtig, weil dort über die elementaren Menschheitsfragen verhandelt werde, und das gehe nur in einem multilateralen Format usw. – über so viel Realitätsverlust kann ich mir nur noch an den Kopf greifen.

Schon vor dem allerersten Dialog mit Gertschmann 1999 gab es Stimmen, die davor warnten, mit solchen Dialogen werde der Protest von der Regierung vereinnahmt, das legitimiere die elitären Gipfel und werde am Ende den Herrschenden mehr nüt-

zen als den Kritikern. Die Wahrheit ist natürlich, dass solche Diskussionen und Dialoge ergebnisoffen sind – wer besser aufgestellt ist und die besseren Argumente hat, gewinnt. Wenn der Dialog zum Selbstzweck wird, dient er allerdings definitiv nur noch der Herrschaftssicherung.



Jürgen Maier

Der Autor ist ehemaliger Geschäftsführer des Forum Umwelt & Entwicklung.

die Kritik aus dem Westen am neuen NGO-Gesetz unbegründet war. Zur Koordinatorin der Kreml-Initiative (das war der Civil-G8-Prozess trotz aller gegenteiligen Versicherungen) wurde Ella Pamfilowa ernannt, die Vorsitzende eines sperrig „Rat zur Unterstützung der Förderung der Institute von Zivilgesellschaft und Menschenrechten beim Präsidenten der Russischen Föderation“ genannten Gremiums. Diesem Rat, einem Beratungsgremium des russischen Präsidenten, gehören auch einige Vertreter kremlkritischer NGOs wie der Moskauer Helsinki Gruppe oder der Sozial-Ökologischen Union an. Im engeren Organisationskomitee von Civil G8 waren sie sogar in der Mehrheit. Das Gleiche galt für einen internationalen Beirat, dem auch ich angehörte.

Die Kreml-PR-Maschinen mühten sich redlich und auch Präsident Putin setzte seinen nicht unerheblichen Charme für die Sache ein. Dazu diene insbesondere sein etwa dreistündiger Auftritt auf der Civil- G8-Konferenz Anfang Juni in Moskau. Putin stand den rund 500 versammelten NGO-VertreterInnen aus aller Welt Rede und Antwort und machte dabei einen weitgehend weltoffenen, Kritik und Anregungen gegenüber aufgeschlossenen Eindruck. Aufgrund einer Reihe von Gesprächen mit nicht russlanderfahrenen TeilnehmerInnen nach der Konferenz, gelang diese Vorstellung durchaus überzeugend.

NGOs entwickelten Forderungen

Doch die fein ausgedachten Putin-Feierlichkeiten entwickelten gleichzeitig ein wohl von den Initiatoren nicht geplantes Eigenleben. Russische und ausländische NGO-VertreterInnen nahmen das Angebot, Einfluss auf die G8-Verhandlungen zu nehmen ernst und entwickelten weitgehende Forderungen. Die russische Staatsführung konnte diese Forderungen und deren Legitimität angesichts der propagierten Offenheit zumindest öffentlich nicht infrage stellen. Einige russische NGOs nutzten wiederum ihre Mitarbeit im Civil-G8-Prozess, den systematischen Delegitimierungsversuchen von Seiten des Staates zumindest ein wenig entgegenzuwirken. Es wird so künftig auch im Land schwieriger sein, ihre

Arbeit als „oppositionell“, „feindlich“ oder gar „vom Westen gesteuert“ zu denunzieren, wie das leider in letzter Zeit wieder üblich geworden ist.

Die kreml-initiierte NGO-Beteiligung während des russischen G8-Vorsitzes hatte also ein durchaus zweischneidiges Ergebnis. Auf der einen Seite konnte die russische Staatsführung tatsächlich den internationalen Druck wegen ihrer zunehmend autoritären Innenpolitik zumindest im Jahr des Vorsitzes abmildern. Im Gegenzug musste aber die Mitarbeit von NGOs zugelassen werden, die in Russland der Kremlpolitik kritisch gegenüberstehen. Wer dabei mehr gewonnen oder verloren hat, ist kaum zu beurteilen. Außerdem wurde dem deutschen G8- Vorsitz ein Standard an NGO-Beteiligung hinterlassen, den zu unterschreiten zusätzlichen und dort sicher wenig gewünschten politischen Ärger zur Folge haben dürfte. Jens Siegert Der Autor arbeitet für die Heinrich-Böll-Stiftung in Moskau.



Jens Siegert

Der Autor arbeitete für die Heinrich-Böll-Stiftung in Moskau.



Road Ahead / unsplash

Aus Rundbrief 3/2002

VOM „SUMMIT FEVER“ ZUM „SUMMIT BLUES“

Was hat der Gipfel in Südafrika bewirkt?

Noch reiben sich die südafrikanischen Nichtregierungsorganisationen verwundert die Augen: Der Gipfel ist schon vorbei? Dabei hatten sie sich so lange und intensiv darauf vorbereitet. Und dann war alles ganz plötzlich vorbei. Der „Summit Blues“ geht um.

Die Kopfschmerzen der angespannten Tage weichen einem dumpfen Druck, das „Summit Fever“ klingt langsam ab. Aber noch sind die Papiere nicht geordnet, die nicht verteilten Broschüren sind noch nicht eingestampft, die durchgeschwitzten T-Shirts nicht gewaschen. Die rasch gedruckten Sticker „no more (shameful) summits“ kleben noch an den Mützen. In dieser Situation eine Bilanz ziehen zu wollen ist gefährlich. Denn die Mythen des Gipfels sind noch nicht formuliert, Stimmungen überwiegen noch, die Debatte unter den Kolleginnen und Kollegen beginnt erst. Erst müssen die offiziellen Ergebnisse mit den persönlichen Er-

lebnissen verglichen werden. Einige Beobachtungen wurden aber schon während des Gipfels formuliert, verdichten sich schon jetzt. Heftig debattiert wird die Frage: Erfolg oder Misserfolg?

Wo liegt die Messlatte?

Bereits zu einem frühen Zeitpunkt der Gipfel-Vorbereitungen hatte die Heinrich-Böll-Stiftung südafrikanische NRO-Aktivisten nach Brasilien zu einem Erfahrungsaustausch mit brasilianischen Akteuren von der Rio-Konferenz 1992 eingeladen. Das Ergebnis war für die Südafrikaner verblüffend: während sie engagiert die historische Chance zur Umsteu-

erung, zur Veränderung der politischen Rahmenbedingungen für Umwelt- und Entwicklungsfragen sahen, sprachen die Rio-Leute von der tiefen Ernüchterung nach dem Gipfel, dem geringen Fortschritt in der Arbeit, aber auch den gewaltigen Anstrengungen, die der Gipfel verursacht hatte. Manche hatten über zwei Jahre auf dieses Ziel hingearbeitet, andere Arbeitsfelder dadurch vernachlässigt. Sie selbst sahen daher für sich keine besondere Rolle auf dem geplanten Johannesburg-Gipfel. Zu diesem Dämpfer kam rasch die Erkenntnis, dass südafrikanische NROs durch die langen Jahre der Isolation während der Apartheid fast keine Erfahrung mit internationaler Gipfel-Diplomatie sammeln konnten. Niemand wusste, wie eine Veranstaltung dieser Dimension zu bewerkstelligen sei. Zu Beginn des Jahres brach zudem der politische Vorbereitungsprozess unter einer Offensive der Gewerkschaften vollends zusammen. Die Planungen zerfaserten in vielfältige, getrennte Prozesse, an zahlreichen, weit voneinander entfernten Standorten mit höchst unterschiedlichen Agenden. Eine gemeinsame Stimme der Zivilgesellschaft rückte in weite Ferne. Selbst die Finanzierung des Parallel-Gipfels der Zivilgesellschaft geriet ins Trudeln. Einige Konflikte wurden sogar vor den südafrikanischen Gerichten ausgetragen.

Damit wurde die Messlatte für Erfolg oder Misserfolg tiefer und tiefer gelegt. Die südafrikanischen Akteure fokussierten nun stärker auf die eigene Organisation oder die eigenen Themenbereiche. Vielen geriet aus dem Blickfeld, dass es sich um ein internationales Ereignis handeln würde. Der Konsens war nun: wir freuen uns, dass ihr kommt, wir werden die Gelegenheit nutzen, um euch kennen zu lernen und die internationale Medienpräsenz für unsere Ziele nutzen.

Ein Gipfel in Afrika...

Mittlerweile ist der Gipfel vorbei, der Staub beginnt sich zu legen. Die Abschlusserklärungen sind gelesen, die Einschätzungen der offiziellen Ergebnisse formuliert. Sie schwanken je nach Standort zwischen „Durchbruch“ und „Verschlechterungen abgewehrt“ und „blanker Rückschritt“. Bei den NROs insgesamt überwiegt die Enttäuschung. Nach dem ersten Schock über die geringen Ergebnisse des offiziellen Gipfels aber kehrt Realismus in die Szene ein. Trotz allen Widrigkeiten und Hemmnissen herrscht das Gefühl vor, das zahlreiche T-Shirts schmückte „I survived the WSSD“: Irgendwie haben wir es doch geschafft. Denn es war der erste Gipfel dieser Größenordnung auf afrikanischem Boden. Allein diese Tatsache wird hoch eingeschätzt. Noch frisch sind die Fernsehbilder in den Köpfen der Menschen, als noch vor wenigen Wochen die Präsidenten Mbeki und Obasanjo noch in die nördliche Bergwelt von Kananaski in Kanada reisen mussten, um stellvertretend für ihre Völker und ihren Kontinent mit den Mächtigen dieser Erde zu verhandeln. Diesmal kam die Welt „nach Afrika“ zu Besuch, auch wenn die

Zahl der Delegierten durchaus etwas höher hätte liegen können. Auf früheren Gipfeln war die Gruppe der afrikanischen Vertreter:innen oft nicht größer als die eines einzelnen Industrielandes.

... mit afrikanischen Themen

Hier auf dem Gipfel in Johannesburg aber überwogen die Afrikaner, afrikanische Themen standen im Vordergrund. Für die südafrikanischen Aktivisten war dies ein besonderer Erfolg: noch nie waren politische Themen des Gastlandes derartig im Vordergrund wie auf diesem Gipfel. Die Landlosen-Bewegung Südafrikas und die Anti-Privatisierungs-Gruppen waren noch kein Jahr alt und dominierten trotzdem mit ihren roten T-Shirts das Bild des Großen Solidaritätsmarsch vom schwarzen Township Alexandra zu den Glaspalästen Sandtons, in denen der offizielle Teil des Gipfels stattfand.

Schmerzlich dagegen war die Erkenntnis, dass genau dieser Basis-Bezug der südafrikanischen NROs im weltweiten Konzert der zivilgesellschaftlichen Akteure wenig wahrgenommen wurde. Der Verhandlungserfolg bei Wasser und Abwasser war vielen Nord-NROs nur einen Halbsatz wert, wortreich dagegen die Klage über den verfehlten Kompromiss bei den erneuerbaren Energien. Energiefragen gelten immer noch als Nord-Themen. Deutlich wurde von den Südafrikanern die Dominanz der Nord-NROs in den Wandelgängen des Konferenz-zentrums registriert. Da sie sich stärker mit eigenen Veranstaltungen und den eigenen Themenbereichen beschäftigten, waren die Einflussmöglichkeiten südafrikanischer NROs auf den offiziellen Verhandlungsprozess eher gering. Einige Gruppen hatten auch schon im Vorfeld deutliche Warnungen der südafrikanischen Regierung erhalten, sich nicht zu deutlich auf die Seite der Globalisierungskritiker und -gegner zu stellen.

Wie wird es weiter gehen?

Der Vorbereitungsprozess für Johannesburg hat tiefe Spuren in der südafrikanischen NRO-Landschaft hinterlassen. Die erste Erfahrung mit einem Weltgipfel hat viele Akteure gestärkt. Die logistischen Erfahrungen werden bei weiteren Projekten dieser Größenordnung eingesetzt werden können. Bei allen praktischen Schwierigkeiten hat doch ein breites Bündnis die Aufnahmeprüfung in den internationalen Club bestanden. Die zahlreichen Foren, Begegnungen und Versammlungen haben viele internationale Akteure zum ersten Mal in direkten Kontakt mit südafrikanischen Organisationen und ihren VertreterInnen gebracht. Nicht selten herrschten dabei zunächst tiefe Vorurteile gegenüber dem schwarzen Kontinent, nicht nur aus dem Norden sondern auch aus anderen Ländern und Regionen des Südens. Diese konnten in Johannesburg rasch abgebaut werden.

Dennoch ist die südafrikanische NRO-Landschaft auch beschädigt worden. Tiefe Gräben haben

sich aufgetan zwischen den Lagern, Freundschaften sind zerbrochen. Bis vor kurzem waren die meisten Akteure vor allem im Spektrum der „Service Delivery NGOs“ noch der Meinung, dass die gegenwärtige Regierung eigentlich doch aus ihren Vertretern bestünde. Man kennt sich noch aus den gemeinsamen Tagen des Kampfes gegen die Apartheid. Von daher war kritische Kooperation die Devise. Eine „neue Politik“ nach dem Ende der Apartheid müsse erst einmal gemeinsam durchgesetzt werden.

Mit dem abrupten Ende der politischen Debatten zu GEAR, dem makro-ökonomischen Wirtschafts-

programm der südafrikanischen Regierung, und zu NEPAD, dem Pendant für den afrikanischen Kontinent, hatten sich schon vor dem Gipfel die Widersprüche im NRO-Lager verschärft. Viele Gruppe, die sich mit der verarmenden Landbevölkerung beschäftigen und diejenigen, die mit „environmental justice“ eine gerechtere Verteilung der natürlichen Ressourcen Südafrikas fordern, können keine Fortschritte mehr erkennen. Sie stellen fest, dass Südafrikas Arme immer ärmer werden. Exemplarisch wird dies deutlich am Widerstand in den schwarzen Townships gegen die Auswirkungen der Privatisie-

Kommentar

VON DER AFRIKANISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT LERNEN

Aus der insgesamt sehr lesenswerten Ausgabe zu Rio+10 im Jahr 2002 habe ich den Text von Stefan Cramer, einem damaligen Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Johannesburg, ausgewählt. Er skizziert eine südafrikanische Zivilgesellschaft, die ihren Weg beim ersten Weltgipfel überhaupt in Afrika, noch finden musste. Organisationen sind verstreut im Land, das zumal gerade erst die rassistische Apartheid beendet hatte. Eine Kontaktaufnahme mit der brasilianischen Zivilgesellschaft im Vorfeld, um Erfahrungen zum Rio-Gipfel 1992 auszutauschen, fällt ernüchternd aus. Die brasilianischen Vertreter:innen berichten von Enttäuschung angesichts fehlender Umsetzung und zeigten wenig Interesse, sich zehn Jahre später in Südafrika erneut zu engagieren.

Die südafrikanische Zivilgesellschaft war beim Gipfel in Johannesburg mit logistischen Schwierigkeiten, Vorurteilen von weißen Gästen und inneren Konflikten konfrontiert. Cramer schreibt von Brüchen mit der südafrikanischen Regierung, dessen Vertreter:innen zuvor im Kampf gegen die Apartheid aus den eigenen Reihen stammten, jetzt aber in politischen Ämtern bei Umweltgerechtigkeit und Armutsbekämpfung keine Fortschritte erzielten. Der Gipfel zwang eine Verschiebung von Perspektiven, alte Organisationen und Bündnisse brachen auf, neue entstanden.

Dieser Blick auf die disruptiven Nebenwirkungen des riesigen Gipfels wirken bei mir nach. Nicht selten diskutieren wir im Forum die Frage, ob die zunehmende Professionalisierung von Zivilgesellschaft in Deutschland aber vor allem auch in der internationalen Arena hilfreich ist. Sie verschafft

uns einerseits Legitimation und Expertise, kann aber auch störend sein, weil sie uns in starren Prozessen ausharren lässt, die Bindung zum betroffenen Menschen schwächen kann und NGO-Arbeit dann doch mehr ein Job als eine Berufung ist. Beides ist wahr, und Cramers Text lässt mich einerseits aufatmen, in der Gewissheit, dass wir einen UN-Gipfel in Deutschland aufgrund unseres hohen Organisationsgrads deutlich unproblematischer als 2002 die südafrikanischen Kolleg:innen begleitet können.

Andererseits stellt sich mir die Frage, ob wir von den „chaotischeren“ Zeiten nicht mitnehmen sollten, dass wir uns wieder wappnen müssen für mehr Widerspruch untereinander. Sei es durch Konkurrenz in den politischen Strategien, die zwangsläufig angesichts des Angriffsnarrativs gegen NGOs entstehen wird, sei es aufgrund schwindender Mittel und neuer, konzentrierter Schwerpunktsetzung unserer Arbeit. Vielleicht lohnt sich hierzu einmal ein „Klassentreffen“ der Rio- und SDG-Szene der letzten 24 Jahre, um verlorenen geglaubte Gewissheiten und Langfristigkeiten zu reflektieren.

Ach, und der zweite Grund für meine Wahl des Textes, den mir Stefan Cramer hoffentlich nicht übel nehmen wird. In einem Punkt stehen wir, denke ich, anders dar. Der Blick auf die südafrikanische Zivilgesellschaft bei einem südafrikanischen Gipfel würde heute im Rundbrief von einer südafrikanischen Stimme geschrieben.



Marie-Luise Abshagen

Die Autorin ist kommissarische Leiterin des Forum Umwelt & Entwicklung.

» Überall im Lande entstehen sogenannten Crisis Committees, die nichts mehr mit den Parteien und Akteuren zu tun haben wollen, die noch vor acht Jahren die Apartheid niedergezwungen haben. Hier entstehen neue Politikformen der Bürgerbeteiligung, die sich der zentralen Steuerung durch Gewerkschaften und ANC entziehen.

rung kommunaler Dienstleistungen. Überall im Lande entstehen sogenannten Crisis Committees, die nichts mehr mit den Parteien und Akteuren zu tun haben wollen, die noch vor acht Jahren die Apartheid niedergezwungen haben. Hier entstehen neue Politikformen der Bürgerbeteiligung, die sich der zentralen Steuerung durch Gewerkschaften und ANC entziehen. Die Zukunft der südafrikanischen NROs wird hier entschieden. Widerstand gegen eine neo-liberale Wirtschaftspolitik der südafrikanischen Regierung oder kritische Kooperation? Entlang dieser Fragen entstehen zur Zeit neue Diskurse, Debatten und Organisationen. Diese Fragen stehen bereits seit ein bis zwei Jahren im Vordergrund. Der Gipfel hat diese Prozesse allerdings erheblich beschleunigt. Der Mangel an parlamentarischer Opposition zwingt die Zivilgesellschaft Südafrikas in eine besondere Rolle. Sie formiert sich dabei neu. Alte Bündnisse sind am Zerbrechen, neue Organisationsformen entstehen. Ein historisch notwendiger Prozess der politischen Differenzierung setzt ein.

Diese Debatte hat gerade erst begonnen. Jetzt ist der Gipfel vorbei, die gemeinsame Gastgeberrolle für einen Weltgipfel war bis zuletzt das einigende Element. Doch der Burgfrieden, der den Gipfel prägte, täuscht. Gerade rufen die Gewerkschaften zum Generalstreik gegen die Privatisierungspolitik der Regierung auf, die sie doch mitträgt. Das Ergebnis bleibt spannend.



Stefan Cramer

Der Autor war Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Johannesburg.



Nathan Cima / unsplash

Aus Rundbrief 4/2007

KAMPF UM ROHSTOFFE

Das Great Game des 21. Jahrhunderts

Die weltweite Suche nach wertvollen Rohstoffen aller Art ist nicht Neues. Sie hat aber eine neue Dimension erreicht: Die Suche und Ausbeutung von Rohstoffen findet heute auch in den entlegensten Winkeln der Erde statt, weil vielerorts leichter zugängliche Ressourcen erschlossen bzw. erschöpft sind und die gestiegenen Rohstoffpreise auch aufwändigere Erschließung ökonomisch durchaus wettbewerbsfähig machen.

Ausserdem haben die Industrieländer, die seit Jahrhunderten ein Privileg auf die Ausbeutung von Rohstoffen genießen, neue „Wettbewerber“ bekommen. Insbesondere die Schwellenländer treten als neue Akteure im weltweiten Run auf Erdöl, Erdgas, mineralische und landwirtschaftliche Rohstoffe auf. Der Wettbewerb um die ökonomisch lukrativen Erdölquellen in Afrika und rund um das Kaspische Meer ist längst in vollem Gange. Erdöl, Coltan, Edelhölzer oder Kupfer, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, bedienen nach wie vor die Nachfrage einer globalen wohlhabenden Minderheit.

Die geopolitische Diversifizierung des Nachschubs steht längst auf der Tagesordnung von Regierungen und multinationalen Konzernen. Das trifft vor allem für die Erdöl- und Erdgasquellen und ihre Transportrouten zu. In Afrika, Lateinamerika,

am Persischen Golf oder rund ums Kaspische Meer stecken Regierungen und die Erdölkonzerne mit Milliardensummen für Exploration, Konzessionen und Erschließung ihre Claims ab. China betrachtet seine Nachbarländer in Ost- und Südostasien längst als unmittelbare Rohstofflieferanten für seine (exportorientierte) Ökonomie und kauft sich überall auf der Welt und wo immer möglich in langfristige Konzessionen aller Arten von Rohstoffen ein.

Wege aus der fossilen Falle?

Endlich ist der globale Klimawandel und seine katastrophalen Folgen für Mensch und Natur zurück auf der politischen internationalen Agenda und in den meisten Ländern in der öffentlichen Debatte. Nur, machen wir uns nichts vor: Der Weg aus der globalen fossilen Falle hat noch nicht mit den notwendigen und drastischen Schritten begonnen. Weltweit wer-

den knapp 80 Prozent der gesamten Primärenergie durch Verbrennung fossiler Brennstoffe gewonnen. Der Löwenanteil liegt bei Erdöl, gefolgt von Kohle und Erdgas. Und die weltweite Nachfrage nach Öl und Gas wird nicht so schnell nachlassen – nicht durch die Industrieländer. Und der rasante wirtschaftliche Aufstieg Chinas und Indiens wird den Druck auf die Ausbeutung von Öl, Gas und Kohle und den Hunger nach natürlichen Ressourcen wie Mineralien oder Holz weltweit befeuern. Auch Afrika mit seinem großen Reichtum an natürlichen Ressourcen ist nun als letzter Kontinent im Visier derjenigen, die nach neuen Rohstoffquellen suchen.

Die derzeitigen globalen Investitionsmuster sind hier alles andere als Hoffnung dafür, dass die globale Rohstoffausbeutung der fossilen Ressourcen nachlassen könnte. Der derzeitige Trend läuft weiterhin in Richtung einer kohlenstoffintensiven Infrastruktur. Den Prognosen der Internationalen Energieagentur (IEA) zu Folge sollen allein zwischen 2004 und 2030 sage und schreibe 20 Billionen US-Dollar (!) in die Deckung der globalen Energienachfrage fließen. Der jüngste Human Development Report hält dazu fest, dass der größte Teil dieser Summe für die weitere Ausbeutung fossiler Ressourcen gedacht ist und damit jenseits jeglicher sozialer und ökologischer Nachhaltigkeitskriterien liegt.

Ohne globale Trendumkehr bei diesen Investitionen – sie müssen zuvörderst in eine weltweite und umfassende Energierevolution fließen – werden wir mitnichten das Klimaproblem in den Griff bekommen. Die Einbettung und Verknüpfung des Ressourcenthemas mit dem Klima- und Energiethe-ma muss für alle politisch Handelnden selbstverständlich werden.

Herausforderungen im Rohstoffsektor

Jenseits des dringlichen und massiven Rückbaus der fossilen Energieträger im gegenwärtigen globalen Energiemix ist es eine weitere drängende und politisch zu bearbeitende Frage, unter welchen ökonomischen, politischen, sozialen und ökologischen Bedingungen Ressourcen genutzt und abgebaut werden und als Quelle für die ökonomische Entwicklung der exportierenden Länder dienen können.

Im 21. Jahrhundert steht gerade der Rohstoffsektor vor mannigfaltigen Herausforderungen, die eng miteinander verknüpft sind: Klimawandel, gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen (Handels- und Investitionsströme, Peak Oil, hohe Rohstoffpreise), soziale und ökologische Folgekosten der Ausbeutung von Ressourcen (Vertreibung, Verseuchung der Böden) sowie Menschenrechtsverletzungen, Korruption und Konflikte.

Soziale Ungleichgewichte und Umweltschäden

Trotz ihres Reichtums an natürlichen Ressourcen nimmt die Armut in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu. Viele Untersuchungen der letzten Jahre kommen zu ernüchternden Befunden:

Länder, für die der Export von Erdöl und Erdgas volkswirtschaftlich bedeutend ist, gehören gleichzeitig zu den hochverschuldeten armen Ländern und rangieren auf den untersten Rängen des „Human Development Index“ des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Hohe private Gewinne und staatliche Einnahmen haben vielfach keinerlei armutsreduzierende Wirkung. Der Rohstoffsektor ist vielfach technologieintensiv und wenig beschäftigungswirksam. Makroökonomische Ungleichgewichte werden erhöht und die Abhängigkeit von schwankenden Rohstoffpreisen vertieft. Deviseneinnahmen verschwinden häufig in schwarzen Kassen einiger weniger. Die Korruption im Erdölsektor ist beinahe schon Legende. In Angola – so Schätzungen – finden sich bis zu 30 Prozent der Öleinnahmen unverbucht in dunklen Kanälen.

Kurz- und langfristige Umweltschäden sind ein weiteres gravierendes Problem. Tiefe Eingriffe in die Natur (Wasserverschmutzung durch Schwermetalle oder Erdöl, der Verlust biologischer Vielfalt usw.) zerstören die Lebensgrundlagen lokaler Bevölkerungen und verschärfen ihrerseits die Armut.

Rohstoffpolitik nachhaltig gestalten

Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen als zentraler Bestandteil unseres Wohlstands- und Entwicklungsmodells muss durch eine Dekarbonisierung und eine weniger materialintensive Lebens- und Produktionsweise massiv reduziert werden. Gleichzeitig wäre es jedoch eine Illusion zu glauben, dass dies schnell, gerecht und vollends demokratisch geschehe. Deshalb ist es konsequent, dass immer mehr NGOs, manche multilaterale Organisation und Regierungen sowie einige Wirtschaftsunternehmen darüber nachdenken, wie Rohstoffpolitik ökologisch und sozial nachhaltiger, fair und transparent gestaltet werden kann. Dafür entscheidend wird sein, Einfluss darauf zu nehmen, wie die Kontrakte zur Ressourcenausbeutung verhandelt werden und wie die wirtschaftlichen Erträge aus der Nutzung umverteilt werden. Ob Ressourcennutzung Armut beseitigen hilft und ob sie demokratische Teilhabe befördert und Konflikte verhindert oder im Gegenteil politische Instabilität, Krieg und Unsicherheit befördert, ist eine Frage der politischen Machtverhältnisse, die es zugunsten demokratischerer Prozesse zu beeinflussen gilt.

Wir wissen alle: Korruption in großem Maßstab von der Vergabe der Konzessionen bis hin zur Verwaltung und Verteilung der Renteneinnahmen ist nicht die Ausnahme, sondern leider die Regel. Für viele rohstoffreiche Länder des Südens entscheiden sich in diesem Sektor Kernfragen der Demokratie. Angesichts begrenzter Ressourcen und wachsender Nachfrage geht es um „Haben und Nichthaben“ und darum, wie sich Rohstoffausbeutung mit Ökologie, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit überhaupt in Einklang bringen lässt. Afrika: Der letzte „Emerging

Continent“. Dies gilt aktuell und ganz besonders für die Länder Subsahara-Afrikas. Afrika will endlich Teil der Welt-Ökonomie sein. Es hat viele Ressourcen und ist der letzte „Emerging Continent“.

Rentenökonomien haben Afrika lange und ausschließlich charakterisiert. Die Folgen waren und sind politische Instabilität, Armut und Kriege, die die afrikanischen Bürger tragen. Ob die neuen In-

vestitionen in die Rohstofferschließung und Infrastruktur, wie sie derzeit zahlreiche afrikanische Länder erleben, diesen Ländern oder gar dem ganzen Kontinent einen Sprung auf der ökonomischen Leiter, in der Armutsbeseitigung und in einer friedlichen und demokratischen Entwicklung bescheren werden, ist die große politische Herausforderung für alle involvierten Akteure.

Kommentar

ROHSTOFFPOLITIK IN DER GEOPOLITISCHEN ZEITENWENDE

Der Wiederabdruck des Textes von Barbara Unmüßig aus dem Jahr 2007 ist keine nostalgische Übung, sondern eine politische Anklage. Die damaligen Warnungen wurden ignoriert – und genau das hat uns in die heutige Sackgasse geführt. Statt Abhängigkeiten abzubauen, hat Deutschland seinen Rohstoffhunger weiter gesteigert. Statt Ressourcen zu schonen, entstanden neue Technologien und Konsumversprechen. Während China zentrale Teile der Lieferketten für Seltene Erden, Batteriemetalle und Solartechnologien kontrolliert, vertraute Europa zwei Jahrzehnte auf billige Weltmärkte, statt seine Versorgungsprobleme zu lösen.

Das Ergebnis: eine historisch beispiellose Übernutzung der Natur, neue Abhängigkeiten und geopolitische Verwundbarkeit. Rohstoffe sind längst keine neutralen Handelsgüter mehr – sie sind geopolitische Machtmittel.

Statt diese absehbare Krise für eine grundlegende Umsteuerung zu nutzen, wurde vor allem ein technischer Austausch organisiert: Verbrenner gegen Elektroauto, Öl gegen Lithium, Kohle gegen Kupfer – während Gas als angebliche Brückentechnologie verlängert wird.

Diese Politik reduziert weder ökologische Zerstörung noch globale Ausbeutungsstrukturen oder geopolitische Risiken – sie verschärft sie. Auch mehr Bergbau in Deutschland und Europa wird daran wenig ändern. Heimische Vorkommen können den geschaffenen Bedarf nicht decken.

Besonders deutlich zeigt sich dieser Irrweg im Verkehrssektor. Eine echte Verkehrswende würde bedeuten: weniger Autoverkehr, kleinere und leichtere Fahrzeuge sowie einen massiven Ausbau von Bahn,

Tram und Bussystemen. Stattdessen wird das autozentrierte Mobilitätsmodell fortgeschrieben – nun elektrisch, aber materialintensiver denn je. Millionen Elektroautos lösen weder Platz-, Energie- noch Rohstoffprobleme, sondern verschärfen sie.

Eine echte Verkehrswende, verbunden mit einer ambitionierten Kreislaufwirtschaft, würde Umwelt, Menschen und Wirtschaft zugutekommen. Doch solange Kreislaufwirtschaft nur ein nachgeschaltetes Korrektiv eines enormen Konsumsystems bleibt, kann sie ihr Potenzial nicht entfalten. Sie muss zum Instrument struktureller Ressourcensuffizienz werden: mit verbindlichen Standards für Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Wiederverwendung sowie einem Ende der Subventionierung von Überproduktion. Öffentliche Beschaffung, Industriepolitik und Regulierung müssen sich daran ausrichten.

Im Kern geht es um eine politisch unbequeme Wahrheit: Rohstoffpolitik ist heute Überlebenspolitik. Ohne eine absolute Reduktion des metallischen wie fossilen Rohstoffverbrauchs lassen sich ökologische, soziale und wirtschaftliche Krisen nicht lösen. Resilienz entsteht nicht durch neue Lieferverträge, sondern durch strukturelle Entlastung: weniger Verbrauch, weniger Abhängigkeit, weniger Zerstörung.

Die entscheidende Frage lautet daher nicht, woher die nächsten Tonnen Lithium oder Kupfer kommen – sondern wie wir lernen, mit weniger auszukommen und daraus Innovation zu machen.



Josephine Koch

Die Autorin ist Referentin für Rohstoff- und Ressourcenpolitik beim Forum Umwelt & Entwicklung.

» Politische und ökologische Verantwortung müssen vor allem die alten und neuen Investoren der Rohstofferschließung und -ausbeutung übernehmen.

Was ist zu tun ?

Generell gilt, dass:

- » Regierungen in Entwicklungsländern endlich politische Verantwortung übernehmen. Sie müssen ihren Bürgern Rechenschaft ablegen, wo die wirtschaftlichen Gewinne aus der Ressourcenausbeutung bleiben und wie sie für soziale Entwicklung und Armutsabbau eingesetzt werden. Demokratische Kontrolle ist bitter nötig, damit politische Macht nicht der Absicherung der wirtschaftlichen Eigeninteressen dient, wie dies leider in vielen Ländern nach wie vor der Fall ist. Bis heute ist es in vielen Ländern lebensgefährlich, sich für mehr Transparenz und Demokratie einzusetzen. Zivilgesellschaftliche Akteure arbeiten häufig unter sehr schwierigen und gefährlichen Bedingungen; sie brauchen unsere Solidarität und Unterstützung.
- » Politische und ökologische Verantwortung müssen vor allem die alten und neuen Investoren der Rohstofferschließung und -ausbeutung übernehmen. Es ist daher eine der wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre, dass sich die traditionellen Rohstoffnachfrager (vor allem Europa; Japan und die USA) und neue Akteure wie China oder Indien mit den Rohstoffexporteuren auf gemeinsame ökologische und soziale Regeln und Standards sowie auf mehr Transparenz und Verantwortung bei Investitionen in den Ressourcensektor verständigen. Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) und die internationale Kampagne „Publish What You Pay“ sind hier erste Ansätze, die es zu unterstützen und auszubauen gilt.
- » Multinational agierende Erdöl- und Erdgasunternehmen, Bergbau- und Holzfirmen und vor allem die privaten und öffentlichen Finanzinstitutionen sowie die staatlichen Exportkreditagenturen brauchen politische Vorgaben und klare ökologische und Transparenzregeln. Hinter jedem korrupten Deal im Ressourcensektor steht Geld, in der Regel eben eine Bank. Auch hier reichen die vielen positiven Ansätze der Entwicklung freiwilliger Standards unter Privatbanken nicht aus.

Schließlich brauchen wir eine viel breitere zivilgesellschaftliche Debatte, um politische Lösungen rund um die Ressourcenprobleme voranzutreiben. Die zivilgesellschaftlichen Perspektiven für eine verbesserte ökologische, verteilungsgerechte und transparente Ressourcenpolitik müssen gestärkt und politische Lösungsvorschläge in die öffentliche Debatte eingebracht werden. Die rund um den G8-Gipfel in Deutschland sichtbaren Vernetzungsansätze deutscher und internationaler NGOs jedenfalls sind noch ausbaufähig.



Barbara Unmüßig

Die Autorin war Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung.



GEOMAR (CC BY 4.0) <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Aus Rundbrief 1/2025

BERGBAU IN DER TIEFSEE

Unbekannte Tiefen, grüne Wirtschaft und eine erneute Ausbeutung des Globalen Südens

Am 21. Januar 1982 passierte ein gerade erst Ende November 1981 eingereichter Gesetzentwurf zur „Änderung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Tiefseebergbaus“ mit fraktionsübergreifender Zustimmung und ohne jede Debatte den Bundestag. Die Bundesregierung wurde damit ermächtigt, zwischenstaatliche Abkommen mit anderen interessierten Industrieländern zu schließen, um noch vor Inkrafttreten des heute gültigen UN-Seerechtsübereinkommens (United Nations Convention on the Law of the Sea, UNCLOS) gemeinsam mit ihren Verbündeten vollendete Tatsachen auf Hoher See zu schaffen. Multinationale Unternehmungen zur Ausbeutung der Tiefseerohstoffe sollten gestartet werden, deren Ansprüche auch noch nach Abschluss des Übereinkommens Bestand haben würden.

Politisch an Bedeutung haben die Tiefseemineralien im Rahmen der sich in den 1970er Jahren anbahnenden Rohstoffkrisen gewonnen. Die Fortschritte in der maritimen Technologie und der Ozeanforschung waren wie die Preissteigerungen für Rohstoffe auf dem Weltmarkt ausschlaggebend für das wirtschaftliche Engagement von Unternehmen in der Tiefsee. Nationale und internationale Konsortien testeten Fördermethoden und gewannen jeweils einige hundert Tonnen Manganknollen. Eines dieser Konsortien war die Ocean Management Incorporated (OMI), die 1978 und 1979 erfolgreich Förderversuche in bis zu 5.000 m Tiefe durchführte. Die Arbeitsgemeinschaft meerestechnisch gewinnbare Rohstoffe (AMR) mit Unternehmen aus Deutschland (Metallgesellschaft AG (heute GEA Group AG), Preussag, Salzgitter AG) arbeitete dabei zusammen mit INCO Limited (Kanada), SEDCO Incorporated (USA) und der DOMCO-Gruppe (Japan). Obwohl sich Industriestaaten wie Deutschland durch den Abbau von Tiefseemineralien eine stärkere Unabhängigkeit von den Rohstoffmärkten versprachen, blieben die Vorhaben jedoch in der Testphase stecken, da sie zunächst als noch zu kostenintensiv analysiert wurden und die rechtlichen Verhältnisse vor Inkrafttreten von UNCLOS als ungeklärt betrachtet wurden.

Tiefseeressourcen werden wieder interessant

Heute, nach Inkrafttreten von UNCLOS, vergibt die auf Basis des Übereinkommens eingerichtete Internationale Meeresbodenbehörde (IMB) die Lizenzen für die Förderung mineralischer Ressourcen auf und im Meeresboden der Area, dem Gebiet jenseits der den Küstenstaaten zur Nutzung überlassenen und in der Regel 200 Seemeilen weit reichenden Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ), und reglementiert zugleich detailliert die Nutzungsbedingungen. Erst seit kurzer Zeit werden die hart verhandelten Vorgaben für den Tiefseebergbau nun aber auch wieder für konkrete wirtschaftliche Vorhaben relevant. Gut 30 Jahre nach den ersten Testversuchen rücken die mineralischen Ressourcen der Tiefsee wieder in den Blick. Gerne wird in diesem Zusammenhang Jules Verne zitiert mit dem Ausspruch von Kapitän Nemo aus „Zwanzigtausend Meilen unter dem Meer“: „... in den Ozeanen existieren Vorkommen von Zink, Eisen, Silber und Gold, die man wahrscheinlich recht einfach gewinnen kann...“ Nautilus Minerals Inc. lautet denn auch der Name des Unternehmens, welches international am weitesten mit seinen Vorbereitungen fortgeschritten ist und nach mehrmaligen Verschiebungen, den Start seines ersten Projektes in den Gewässern Papua Neuguineas für 2017 angekündigt hat. Nautilus will dort die mineralischen Ablagerungen sogenannter Schwarzer Raucher abbauen. Ein Phänomen, das erst 1977 in der Tiefsee entdeckt wurde und in dessen Ablagerungen sich unter anderem ungewöhnlich hohe Anteile von Gold finden lassen.

Deutschlands Förderfläche ist so groß wie Norddeutschland

In Deutschland und der EU haben sich die Anstrengungen zur Förderung des Tiefseebergbaus im Zuge dieser weltweiten Entwicklung ebenfalls wieder verstärkt. 2006 erwarb die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) im Auftrag der Bundesregierung eine erste Lizenz für Manganknollen bei der Internationalen Meeresbodenbehörde im Rahmen von UNCLOS. 75.000 Quadratkilometer stehen Deutschland nun im Pazifik zunächst einmal zur Erkundung zur Verfügung. Ein 17. Bundesland mit einer Fläche größer als Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern zusammen. 2013 wurde von der BGR ein weiteres Lizenzgebiet von 10.000 Quadratkilometern im Indik bei der IMB erworben.

Global sind derzeit drei Gruppen von Tiefseemineralien von Interesse. Neben den zunächst untersuchten Manganknollen auf den Tiefseeebenen in 3.500 bis 6.500m Tiefe, sind dies die Sulfiderze in 1.000 bis 4.000m Tiefe rund um die Schwarzen Raucher und die Erzkrusten an den Seebergen in 1.000 bis 2.500m Tiefe, den Hotspots der Artenvielfalt auf hoher See. Den Vorbehalten gegen Eingriffe in die sensiblen Ökosysteme stellen die Akteure Beteuerungen entgegen und versprechen verantwortliches Handeln. Der gesamte Diskurs um den Tiefseebergbau klingt seitens der Befürworter wie ein Positionspapier von NGOs. Nautilus Minerals, dessen Hauptanteilseigner die drei Bergbauunternehmen Mawarid Mining LLC (Oman, 28%), Metalloinvest Holding (Cyprus) Limited (Russland, 20,75%) und Anglo American plc (Großbritannien/Südafrika, 5,95 %) sind, hat die Kampagne „nautilus cares“ aufgelegt. Die Kampagne preist die hohen Umweltschutzstandards, den Einsatz des Unternehmens für Arbeitssicherheit und ökonomische Vorteile für die lokalen Bevölkerungen an.

Tiefseeressourcen als Schlüssel zur Grünen Wirtschaft

Im Allgemeinen wird besonders hervorgehoben die Bedeutung der Vorkommen in der Tiefsee für den hohen Metallbedarf der Grünen Ökonomie und eine alternative Energieproduktion sowie für eine global gerechte Verteilung von Rohstoffen, die sich am europäischen Lebensstandard und Ressourcenverbrauch orientiert. Außerdem werden verschiedene Vorteile gegenüber dem Mineralienabbau an Land behauptet. Die Förderung auf See soll keine Vertreibungen nach sich ziehen und die Eingriffstiefe in die Natur weniger weitreichend sein, unter anderem da weniger Abraum entstehen soll und die Fördereinrichtungen mobil sind. Ausgeklammert werden in der Regel die sozialen und ökologischen Probleme, die bei der Verhüttung und Verarbeitung der Erze an Land auftreten können. Wo und wie dieser Teil des Produktionsprozesses stattfinden soll, wird nicht ausgeführt. Vielmehr ist die Entwicklung wirtschaftlicher Verhüttungsverfahren eine der noch ungelösten

ten Fragen, für deren Lösung ein erheblicher Teil der anvisierten Investitionskosten eingeplant ist.

Faktisch ist das Wissen über die Ökologie der Tiefsee bis heute äußerst begrenzt. 2000 wurde des-

halb der „Census of Marine Life“ gestartet. Über 2.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus mehr als 80 Ländern zeigten 2010 mit ihrem ersten Bericht wie unbekannt die Artenvielfalt im Meer

Kommentar

TIEFSEEBERGBAU IM ZEICHEN GEOPOLITISCHER KONFLIKTE

Tiefseebergbau als Mittel zur Eindämmung des Klimawandels, als Quelle für die notwendigen Metalle für den Bau regenerativer Energieträger, diese Kommunikationsstrategie ist vorbei.

Es sind geopolitische Argumente, die man mittlerweile von der Pro-Tiefseebergbau-Seite vernimmt. Die jahrelang bei der Internationalen Meeresbodenbehörde als Vorzeigeunternehmen in Sachen Tiefseebergbau behandelte Metals Company, hat sich aus dem UN-Prozess bei der Internationalen Meeresbodenbehörde verabschiedet und das Angebot der US-Regierung unter Trump II angenommen im Rahmen deren nationaler Gesetzgebung ihre Unternehmensaktivitäten auf der Hohen See, im Gemeinsamen Erbe der Menschheit, fortzuführen.

Immer häufiger wird von der geopolitischen Notwendigkeit gesprochen, sich Zugang zu strategisch relevanten Ressourcen zu verschaffen. Ressourcen, die sicherheitspolitisch und mit Blick auf die ökonomische Konkurrenzfähigkeit relevant sind. Es geht hierbei nicht mehr um das Wohl der Menschheit, sondern schlicht um die Kontrolle von Rohstoffvorkommen im nationalen Interesse. Für eine kritisch-realistische Analyse der Interessenlagen im Feld des Tiefseebergbaus ist dies weder neu noch sonderlich überraschend. Kriegssituationen bieten zudem immer die Chance völlig überteuerte und an sich abwegige Programme umzusetzen, die weder auf soziale noch auf ökologische Fragen Rücksicht nehmen müssen.

Meeresschutz als sicherheitspolitisches Argument ist kontraproduktiv

Angeichts der Popularität des geo- und sicherheitspolitischen Diskurses wollen einige jetzt den Meeresschutz als Sicherheitspolitik interpretieren und mitschwimmen auf der diskursiven Welle. Der Meeresschutz schützt die Menschen schließlich vor Gefahren. Dies ist eine kontraproduktive Idee. Die

Meerespolitik mit konfrontativen, nationalstaatlichen Interessen aufzuladen, denn für nichts anderes stehen Geo- und Sicherheitspolitik letztlich, fügt dem Meeresschutz Schaden zu und stärkt den undifferenzierten sicherheitspolitischen Diskurs in der Öffentlichkeit. Es wird nicht im geringsten unterschieden zwischen einer verantwortungsvollen und einer aggressiven Ausrichtung oder zwischen einer strategisch sinnvollen und einer ineffektiven, wenig erfolgversprechenden Ausrichtung der Sicherheitspolitik. Sicherheitspolitik erscheint als etwas per se Gutes, dem jede ökonomische, politische oder ethische Dimension zu fehlen scheint.

Noch gravierender ist jedoch, dass Meerespolitik und speziell Meeresschutz in weiten Teilen auf kooperativem Handeln, dem Völkerrecht und multilateralen Abkommen fußen. Den Meeresschutz, zumindest diskursiv, zur Sicherheitspolitik zu machen, zu einem Feld des nationalen Interesses, der Konfrontation und der Androhung von Gewalt, stellt das grundsätzlich in Frage und spielt hier denen in die Hände, die ohnehin an einer Abwertung des Völkerrechts und des Multilateralismus arbeiten. In Hinblick auf den Tiefseebergbau stärkt dies mittelbar die Fraktion der Befürworter, die auf eine Verknüpfung mit der Sicherheitspolitik als Verkaufsargument setzen und die Umweltpolitik und andere Regulierungen in den Hintergrund drängen wollen. Wie an so vielen anderen Stellen so gilt es gerade jetzt auch beim Tiefseebergbau das Völkerrecht und die kooperative, multilaterale Zusammenarbeit in den Vordergrund zu stellen, selbst wenn dies heißt, ein wenig gegen den Strom der Zeit schwimmen zu müssen.



Kai Kaschinski

Der Autor ist Vorstandsmitglied bei fair oceans und koordiniert die AG Meere im Forum Umwelt & Entwicklung.

» Aktuell sind die Auswirkungen von Bergbauprojekten vor diesem Hintergrund auf absehbare Zeit schlicht uneinschätzbar.

bisher noch ist. Das Wissen um die Biodiversität ist eine Basis biologischen Wissens. Das Wissen um die Evolution und Ökologie der Arten und ihrer Biotope baut auf diesen Daten auf. Erst im Anschluss an eine umfassende Beschreibung der marinen Ökosysteme können überprüfbare Aussagen über mögliche Auswirkungen und die Umweltverträglichkeit von gleich welcher Form des Tiefseebergbaus getroffen werden. Davon ist die Forschung jedoch noch weit entfernt. Aktuell sind die Auswirkungen von Bergbauprojekten vor diesem Hintergrund auf absehbare Zeit schlicht uneinschätzbar. Ein Start von Förderungen würde folglich bedeuten, dass aus den Erfahrungen der Umweltpolitik nichts gelernt wurde und auf vorausschauende Ansätze und eine realistische Umweltprüfung verzichtet wird.

Rohstoffabbau vor der Küste

Schon 2011 hat die EU das Deep Sea Minerals Project als Kooperation mit dem Secretariat of the Pacific Community (SPC) initiiert. In diesem strategisch gut konzipierten Projekt unterstützte die EU mit zunächst 4,4 Millionen Euro 15 pazifische Staaten bei der Erschließung und Vermarktung ihrer Tiefseerohstoffe durch den Aufbau von Kapazitäten im Management, der Legislative und der Exekutive. Die EU beschleunigt so den Vorstoß in die Tiefe und die kommerzielle Ausbeutung der Tiefseeminerale, wobei sie sich zugleich gute Verbindungen zu den staatlichen Institutionen im Pazifik sichert, die zukünftig die Tiefseelizenzen ihrer AWZs verwalten und den Abbau der dortigen Ressourcen managen. Da es sich bei der Area und der AWZ in Bezug auf den Tiefseebergbau um zwei sehr unterschiedliche Rechtsräume handelt und die AWZs nicht den internationalen Reglementierungen der Meeresbodenbehörde unterliegen, wird allgemein davon ausgegangen, dass Förderprojekte auf absehbare Zeit wie im Fall von Nautilus Minerals in den AWZs realisiert werden.

Damit sind es die Zivilgesellschaften und Küstenkommunen der Lizenzen vergebenden Staaten, insbesondere im Pazifik, die sich zuerst den Auswirkungen stellen müssen und dies auch bereits tun. Anders als angekündigt, haben sich die NGOs des Pazifiks aber nicht in einen transparenten und inklusiven Prozess wiedergefunden. Statt positiver

sozialökonomischer Effekte für die Bevölkerungen ihrer Länder sehen sie wie ihr flüssiger Kontinent zu einem Testlabor gemacht wird und lehnen dies konsequent ab: „Indeed, seabed mining has never been undertaken anywhere in the world; if pursued now in the Pacific, our nations will once again be the ‚testing ground‘ in much the same way as they were for the nuclear industry.“ Sie fordern ein Nein zum experimentellen Tiefseebergbau im Pazifik und die deutsche Zivilgesellschaft sollte sie unterstützen ihre Forderung durchzusetzen.



Kai Kaschinski

Der Autor war (und ist) Projektleiter von fair oceans, Koordinator der AG Meere und einer der Vorsitzenden des Vereins für Internationalismus und Kommunikation.



Thomas Lohmann / unsplash

Aus Rundbrief 4/2018

STEHT DIE KOMMERZIALISIERUNG DES WASSERS BEVOR?

Tendenzen und Entwicklungen in Politik und Zivilgesellschaft

In der Wasserpolitik der Europäischen Union (EU) und damit auch der von Deutschland wirbt niemand offensiv für die „Kommerzialisierung der Nutzung von Wasserressourcen“. Tatsächlich aber „schwingt“ die Kommerzialisierung des Wassers in vielen wasserpolitischen Themen immer mit. Das wird im Folgenden in einigen aktuellen Themen aufgezeigt. Aufgezeigt wird auch, dass die Zivilgesellschaft nicht nur reagiert, sondern agiert.

Gleich im ersten Erwägungsgrund der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) steht: „Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.“ Allerdings sieht die WRRL vor, dass die darin gesteckten Ziele bis 2027 erreicht werden müssen. Ob sie bis dahin und überhaupt irgendwann erreicht werden, hängt vor allem von den betroffenen AkteurInnen ab, die sich um die wirtschaftlichen Folgen einer zu strengen Umsetzung der WRRL fürchten. Erste Wirtschaftsbereiche wie die Landwirtschaft oder aus der Industrie bringen sich bereits argumentativ in Stellung, um die WRRL grundsätzlich in Frage zu stellen, um die Ziele zu schwächen und so ihre wirtschaftlichen und industriellen Interessen zu sichern. Damit es aber gar nicht zu einer Abschwächung der WRRL kommt, haben 100 europäische Umwelt- und Naturschutzverbände die Kampagne ‚#ProtectWater‘ für den Erhalt und Umsetzung der WRRL gestartet. Dabei geht es auch um den Schutz von Wasser als Gemeingut.

Tendenzen, die dem entgegenstehen, sind bereits heute sichtbar. So ist zum Beispiel bekannt geworden, dass in dem kleinen Ort Vittel der Grundwasserspiegel dramatisch gesunken ist, weil vor allem Nestlé seit Jahren das Grundwasser entnimmt. Für die Menschen vor Ort muss zur Sicherstellung der Wasserversorgung aus der Nachbarschaft Quellwasser durch eine Pipeline angeschafft werden, während Nestlé weiter Wasser entnehmen darf. Beispiele struktureller Änderungen gibt es aber auch in der EU-Politik, im Folgenden werden einige dieser dargestellt.

Wasserwiederverwendung

Ein aktuelles Beispiel für die Kommerzialisierung von Wasser ist der Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung zur Wiederverwendung von Abwasser für landwirtschaftliche Bewässerung.¹ Der Anlass für diesen Vorschlag ist durchaus berechtigt: Dürre und Wasserknappheit in Europa schreiten voran. Die Auswirkungen des Klimawandels sind für alle spürbar. Zusätzlich zu fachlichen Fragen – vor allem der hygienischen – bleiben in dem Verordnungsvorschlag wichtige Fragen ungeklärt: Wer finanziert die Aufbereitung, wer trägt die Kosten und die Risiken? Das wiederverwendbare Abwasser reicht dafür auch mengenmäßig bei Weitem nicht aus. Dort wo solches Wasser am dringendsten benötigt wird, werden sich auch Fragen um die Erteilung von Wasserrechten zur Wiederverwendung von kostspielig aufbereitetem Abwasser stellen. In ersten Analysen des Verordnungsvorschlags wird nüchtern davon ausgegangen, dass „zumindest mittelfristig ein Markt für aufbereitetes Abwasser“² entstehen könnte, womit wir wieder bei der Kommerzialisierung des Wassers wären. Es kann auch dazu führen, dass Wassernutzungsrechte versteigerbar bzw. handelbar werden. Deshalb ist es nur konsequent,

wenn vor einer solchen Nutzung an erster Stelle die sparsame und effiziente Verwendung des Wassers in der Landwirtschaft, sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht, verbindlich wird und sie nicht nur eine unverbindliche Empfehlung der EU-Kommission in einer Mitteilung bleibt.³ Es ist richtig, wenn deshalb die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) noch stärker an Maßnahmen zum Gewässerschutz gekoppelt wird, so wie es zahlreiche Umweltorganisationen fordern.

Trinkwasser-Richtlinie

Ein weiterer Vorstoß der EU-Kommission in Richtung Kommerzialisierung zeigt sich in dem Vorschlag für eine Neufassung der EU-Trinkwasserrichtlinie.⁴ Der Entwurf enthält nicht nur Regelungen hinsichtlich der Trinkwasserqualität. In Anlehnung an die erste erfolgreiche Bürgerinitiative ‚Right2Water‘ wird die Richtlinie nun u. a. um die Verbesserung des Zugangs zu Wasser für alle erweitert. Die Zivilgesellschaft drängt darauf, dass dies in der Richtlinie möglichst verbindlich geregelt wird. Tatsächlich bedeutet das Menschenrecht auf Wasser jedoch weit mehr, nämlich vor allem Ablehnung der Kommerzialisierung der Nutzung von Wasser sowie vorsorgender Ressourcenschutz unter Einbeziehung von sozialen Aspekten. Erschreckend ist, dass dieses von „Right2Water“ geforderte Menschenrecht auf Wasser, das immerhin durch eine Resolution der Vereinten Nationen gedeckt ist und inzwischen auch in deren Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) Eingang gefunden hat, nun lediglich in einer Richtlinie als positive Reaktion auf die erfolgreiche EU-weite Bürgerinitiative gewürdigt wird. Das soll der normative Rang sein, dem das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung in der EU beigemessen wird. Wo bleibt der grundsätzliche Vorrang gegenüber rein kommerziellen Interessen?

Handelspolitik

Besonders deutlich ist die Tendenz zu einer Kommerzialisierung des Wassers in der Handelspolitik der EU. Die neue Generation an Handelsabkommen folgt der Logik, alles was nicht ausdrücklich geschützt ist, ist Gegenstand des Freihandels. Die Folge davon ist: Liberalisierung, Kommerzialisierung, Privatisierung. Im Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA), das derzeit bereits vorläufig in Kraft getreten ist, musste deshalb ausdrücklich geregelt werden, dass Wasser keine Handelsware ist. Der letzte Absatz enthält davon jedoch eine Ausnahme, wonach bei einer kommerziellen Nutzung die ursprünglich genannte Kommerzialisierungslogik doch gilt. Gleichzeitig wird „kommerzielle Nutzung“ in dem Zusammenhang nicht klar definiert. Noch gravierender ist jedoch das aktuell in Diskussion befindliche EU-Japan-Abkommen, da es überhaupt keine Regelung über die Nutzung von Wasserressourcen enthält, ergo die Nutzung der Wasserressourcen

sämtlichen Kapiteln des EU-Japan-Abkommens unterfällt und allenfalls den gleichen Schutz hat wie jede andere Naturressource. Das bedeutet auch, dass die kommerzielle Nutzung der Wasserressourcen Vorrang vor anderen Nutzungen und Bedürf-

nissen haben kann. Auf internationaler Ebene wird es darauf ankommen, welche Verantwortung wir im Hinblick auf unseren Wasserfußabdruck übernehmen. Wichtig ist, wie wir mit unseren Möglichkeiten politischen Handelns (z. B. in der Handelspolitik)

Kommentar

WASSERPOLITIK – DEN SCHLÜSSEL RICHTIG SUCHE

Ich lese diesen Artikel heute mit einer gewissen Nüchternheit. Die Leitfrage wirkt erstaunlich aktuell. Von einer offenen „Kommerzialisierung“ spricht weiterhin kaum jemand, weder auf EU-Ebene noch national. Und doch steht Wasser heute mehr denn je im Spannungsfeld zwischen Gemeinwohl, wirtschaftlichen Interessen und Klimawandel.

Ein prägnanter Fall war 2018 Vittel mit Nestlé. Er machte deutlich, wie sensibel das Gleichgewicht zwischen Nutzung und Schutz ist. Heute zeigt sich, dass es nicht um einzelne Standorte geht, sondern um strukturelle Herausforderungen: flächendeckende Belastungen mit PFAS (schwer abbaubare Industriechemikalien), hohe Nitratwerte sowie Nutzungskonkurrenzen in der Vorsorge und Knappheitssituationen. Dieser Druck entsteht vor allem durch Klimaveränderungen und steigende Ansprüche an eine begrenzte Ressource.

Gleichzeitig geraten verursachergerechte Lösungen unter Druck. In Debatten stehen sowohl die EU-Wasserrahmenrichtlinie als auch die Herstellerverantwortung in der kommunalen Abwasserrichtlinie. Die EU-Nitratrichtlinie ist weiterhin nicht wirksam umgesetzt und es wird sogar eine Aufweichung befürchtet. Bei Pflanzenschutzmitteln steht häufig die Frage der Anwendung im Vordergrund, nicht die der Begrenzung zum Schutz von Umwelt und Gesundheit. Das Vorsorgeprinzip wirkt heute fragiler als noch vor einigen Jahren.

Die Nitratdiskussion begleitet uns weiterhin. Manchmal erinnert mich das an Nasreddin Hodscha, der seinen verlorenen Schlüssel unter der Laterne sucht – nicht, weil er ihn dort verloren hat, sondern weil es dort heller ist. Oft bleibt der Fokus auf dem politisch leicht Umsetzbaren. Dabei geraten die tieferliegenden Ursachen aus dem Blick, obwohl

gerade sie ein gemeinsames gesellschaftliches Handeln erfordern.

Die Verordnung zur Wasserwiederverwendung gilt seit 2023 unmittelbar. In Deutschland fehlen jedoch noch konkrete Ausführungsregeln. Die entscheidende Frage ist heute nicht mehr, ob ein Markt entsteht, sondern ob die Nutzung gemeinwohlorientiert erfolgt. Für mich ist klar: Der Bedarf der Flüsse muss Vorrang haben.

Positiv ist, dass sich die Impulse der Bürgerinitiative Right2Water in der Praxis niederschlagen. Öffentliche Trinkwasserbrunnen werden in immer mehr Kommunen zur Selbstverständlichkeit. Das ist ein sichtbares Zeichen, dass Wasser als Menschenrecht ernst genommen wird – wenn auch eher pragmatisch.

In der Handelspolitik hat sich der Fokus hingegen verschoben: freie Welt gegen Protektionismus. Nachhaltigkeit und Wasserressourcen stehen dabei jedoch selten im Zentrum.

Der Schlüssel zur Wasserwende liegt in der Kooperation: nur wenn Kommunen, Akteur:innen und gesellschaftliche Gruppen auf Augenhöhe an ambitionierten Zielen zusammenarbeiten, kann er wirksam eingesetzt werden.

Die Grundfragen bleiben bestehen. Vielleicht ist Beharrlichkeit in der Wasserpolitik also kein Zeichen von Stillstand, sondern die Voraussetzung für Fortschritt.



Dr. Durmuş Ünlü

Der Autor ist Koordinator der AG Wasser des Forum Umwelt & Entwicklung und Geschäftsführer der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e. V. (AöW).

» Besonders deutlich ist die Tendenz zu einer Kommerzialisierung des Wassers in der Handelspolitik der EU. Die neue Generation an Handelsabkommen folgt der Logik, alles was nicht ausdrücklich geschützt ist, ist Gegenstand des Freihandels.

tatsächlich eine verbindliche nachhaltige und menschenrechtskonforme Wasserpolitik etablieren. Eine gute Grundlage dafür bilden die SDGs, die ganzheitlich betrachtet werden müssen.

Die Zivilgesellschaft handelt

Trotz dieser aktuellen Entwicklungen gibt es Gegenwehr von den zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Konkret handeln Bürgerbewegungen immer mehr mit den lokalen Kommunen und Städten zusammen, anstatt frustriert darauf zu warten, dass internationale Abkommen irgendwann verbindlich werden. So hat sich innerhalb kurzer Zeit die weltweite Initiative ‚Blue Community‘ durch lokale Bündnisse etabliert: Berlin, München, Augsburg, Marburg – und sicherlich noch weitere Städte werden folgen. Sie haben sich zu den Prinzipien der ‚Blue Community‘ bekannt. Diese beinhalten die Anerkennung des Wassers als Menschenrecht, die Zusicherung, dass Wasserdienstleistungen in öffentlicher Hand bleiben, die Aufforderung, Leitungswasser anstelle von Flaschenwasser zu trinken und den Aufbau und die Pflege von öffentlich-öffentlichen Partnerschaften mit internationalen Partnern.

Bei der Diskussion um die Auswirkungen von Landwirtschaft, Spurenstoffen und Mikroplastik steht die Forderung nach Vermeidung und Verursacherverantwortung ganz vorne. Womöglich steht ein Paradigmenwechsel in der Wasserpolitik an, an dessen Ende die Menschen, Umwelt und Natur miteinander die nachhaltige Nutzung von Wasser erreichen können.

Die Meldungen um die Nitratwerte im Grundwasser und der Nichtumsetzung der Nitratrichtlinie hat der Öffentlichkeit gezeigt, in welche Richtung es beim Zustand der Gewässer in Deutschland geht. In die Köpfe dringt immer mehr, dass Wasser in immerhin Trinkwasserqualität nicht einfach so aus

der Leitung kommt, sondern aus unseren Gewässern. Daher kann Gewässerschutz nicht punktuell, sondern nur ganzheitlich stattfinden – den Menschen kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Dass bei den zahlreichen Wasserthemen die Kommerzialisierung des Wassers zulasten des Gemeinwohls und der Menschenrechte mitschwingt, sollte nicht aus den Augen verloren gehen. Die Zivilgesellschaft ist gefordert, diesen Aspekt noch stärker zu betonen.



Dr. Durmus Ünlü

Der Autor war (und ist) Koordinator der AG Wasser des Forum Umwelt & Entwicklung und seinerzeit stellvertretender Geschäftsführer der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e. V. (AöW).

- 1 EU-Kommission (28.05.2018): Verordnungs-Vorschlag über Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung. COM(2018) 337.
- 2 Janosch Neumann (04.10.2018): EU-Verordnungsentwurf zur Wiederverwendung von kommunalem Abwasser, letzter Absatz. Juris.
- 3 Vgl. Kommissionsmitteilung (18.07.2018): Antworten auf die Herausforderung von Wasserknappheit und Dürre in der Europäischen Union. COM(2007) 414.
- 4 EU-Kommission (01.02.2018): RLVorschlag über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Neufassung). COM(2017) 753.



PHLAIR / unsplash

Aus Rundbrief 3/2004

CO₂-ABSCHEIDUNG UND -LAGERUNG

Ein Beitrag zum Klimaschutz?

Die Abscheidung und Lagerung von CO₂ (CO₂-Capture and Storage, CCS), zunehmend als Option im Rahmen einer Klimaschutzstrategie ins Spiel gebracht, wird im deutschen Sprachraum bisher noch kaum behandelt. Das Thema der CCS steht im Spannungsfeld zwischen anspruchsvollen Klimazielen, der Sicherung der Energieversorgung, der Zukunft fossiler Energieträger im Wettbewerb mit erneuerbaren Energien und einer preiswerten Energiedarbietung. Eine Diskussion in der deutschen Zivilgesellschaft darüber ist überfällig.

Längst ist sich die internationale Wissenschaftsgemeinde darüber einig, dass der weitgehend menschengemachte Klimawandel bereits im Gange ist. Kohlendioxid, das vor allem bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl oder Erdgas entsteht, stellt sich dabei anteilmäßig als das klimaschädlichste Treibhausgas dar.

Unter den Nichtregierungsorganisationen weltweit herrscht Konsens darüber, dass die Pro-

bleme der Klimaänderung bei den Ursachen aufgegriffen werden müssen. Erste Priorität hat für die Klimapolitik auf jeden Fall die Verminderung der Treibhausgasemissionen, insbesondere durch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, die verstärkte Nutzung erneuerbarer und der Einsatz kohlenstoffärmerer Energieträger. Die Wahl klimaverträglicherer Lebensstile spielt gleichfalls eine wichtige Rolle.

CO₂-Abscheidung und -Lagerung

Prinzipiell kann Kohlendioxid mittels heute verfügbarer Techniken bei der Verbrennung dieser Energieträger abgeschieden werden, was allerdings mit einem deutlich erhöhten Energieverbrauch einhergeht. Das abgeschiedene CO₂ muss dann sicher und weitgehend leakagefrei gelagert werden. In jüngster Zeit wird die Option CCS zunehmend als potentielle Methode zur Reduzierung von CO₂-Emissionen ins Spiel gebracht, um das in der Klimakonvention formulierte Ziel zu erreichen, gefährlichen Klimawandel abzuwenden. Von der Wissenschaft hören wir, dass die Schäden durch die Klimaänderung bei einer Erwärmung über 2 Grad Celsius ein Niveau erreichen, das unter keinen Umständen akzeptiert werden darf. Dazu ist eine Stabilisierung der atmosphärischen CO₂-Konzentration unterhalb 450 ppm anzustreben.

Unter den Nichtregierungsorganisationen weltweit wird diskutiert, ob Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und die verstärkte Nutzung Erneuerbarer Energien allein dieses Ziel noch sicherstellen können. Eine Begrenzung des Temperaturanstiegs unter den geforderten 2°C ist möglicherweise ohne CCS nicht mehr erreichbar. Auch wenn CCS unter Ressourcengesichtspunkten und anderen Aspekten der Nachhaltigkeit als fragwürdig erscheint, kann eine vorbehaltlose Prüfung dieser Möglichkeit nicht ausbleiben.

Die Diskussion über CCS im internationalen Rahmen wird in der Wissenschaft und in der Politik vornehmlich durch die Arbeiten des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) gebündelt, der im Jahr 2005 einen Sonderbericht zu CCS vorlegen wird. In Deutschland wurde CCS bisher meist nur am Rande behandelt. Hier mag das Gutachten des Nachhaltigkeitsrates zu „Perspektiven der Kohle in einer nachhaltigen Energiewirtschaft“ (2003) den Beginn einer Debatte zur Einschätzung von CCS bilden. Das geweckte Interesse der Politik, verbunden mit starken Interessen der Industrie, machen einen partizipatorischen Dialog aller beteiligten Akteure unabdingbar, damit nicht Entscheidungen ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft gefällt werden. Dies gilt besonders für den Gesichtspunkt der Risikobewertung und die Umsetzung anspruchsvoller Klimaziele.

CCS - eine zukünftige Brückentechnologie?

Der Nachhaltigkeitsrat sieht CCS als eine Brückentechnologie. Um CCS als Brückentechnologie akzeptieren zu können, stellen sich für die Zivilgesellschaft wie auch für die Politik mehrere Fragen:

- » Welche Risiken werden akzeptiert?
- » Welche Garantien zur Langzeitsicherheit der Speicherung existieren?
- » Welches zeitliche Ausstiegsszenario aus der CCS-Technologie ist anzuwenden, sofern diese lediglich als Brückentechnologie fungieren soll?
- » Wie ist die Wirtschaftlichkeit von CCS im

Vergleich mit den anderen Möglichkeiten der Emissionsreduktion unter Einbezug potentieller externer Kosten – auch im Hinblick auf die Gewährung der Langzeitsicherheit der Lagerung des CO₂?

Der Reiz von CCS

CCS kommt demnach vielleicht als eine Methode im Gesamtportfolio „Strategien zum Klimaschutz“ in Frage. Dabei ist festzustellen, dass CCS für praktisch alle Interessengruppen (auch) positive Aspekte bietet. Für die fossile Industrie hat CCS den Reiz, die Fortführung eines business as usual zu versprechen, wenn die Kosten von CCS hinreichend gesenkt werden können. Für einige Klimaschützer mag es den einzigen als realistisch einzuschätzenden Weg darstellen, der zur Umsetzung anspruchsvoller globaler Klimaziele führt. Die Anwendung von CCS in Verbindung mit Biomassenutzung ermöglicht sogar, der Atmosphäre Kohlendioxid zu entziehen und damit prinzipiell gesehen die CO₂-Treibhausgaskonzentration vermindern zu können. Wenn sich herausstellen sollte, dass die Klimaänderung wegen dramatischer Folgen eine drastische Emissionsminderung weltweit erfordert, wäre CCS ein denkbarer (wenn nicht sogar unverzichtbarer) Bestandteil einer Klimaschutzstrategie, die das Schlimmste abwendet.

Dabei ist festzuhalten, dass die meisten CCS-Techniken noch mit CO₂-Emissionen verbunden sind. Solange nicht das Verfahren der Verbrennung mit reinem Sauerstoff eingesetzt wird, sind die Abgase aus Kohlekraftwerken auch nach einer CO₂-Abscheidung nicht CO₂-frei, sondern enthalten 70 bis über 100 g CO₂/kWh. Auch bei Gaskraftwerken würden nach der Abscheidung noch 40 g CO₂/kWh frei werden.

Die Speicherung von Kohlendioxid in geologischen Formationen wird derzeit anhand dreier Möglichkeiten diskutiert: 1. in stillgelegten Öl- und Gasfeldern, 2. in salinen Aquiferen sowie 3. in unzugänglichen Kohleschichten. Denkbar ist auch die Injektion von CO₂ in ozeanische Gewässer, was allerdings mit so hohen ökologischen Risiken verbunden ist, dies für uns völlig unakzeptabel ist.

Die relevante Größenordnung von zu speicherndem CO₂, die einen Beitrag zur Verminderung der weltweiten CO₂-Emissionen liefert – also im Bereich vieler Milliarden Tonnen –, stellt auch bei der geologischen Lagerung ein bisher noch nicht gekanntes Großexperiment mit dem Ökosystem Erde dar. Dies gilt ebenso für bisher ungeklärte Fragen der Sicherheit des gespeicherten Kohlendioxids und die möglichen Einwirkungen auf Mensch und Umwelt im Falle von Leckagen. Der Ausgang dieses Experiments kann derzeit schließlich wissenschaftlich nicht seriös prognostiziert werden.

Erste Gesamtbewertung der CCS-Technologie

Dieser Beitrag soll unterstützen, dass über CCS auch jenseits wissenschaftlicher Fachzirkel diskutiert wird.

Denn bald sind Grundsatzentscheidungen dazu erforderlich, wozu auch die Position der Zivilgesellschaft einbezogen werden sollte. Eine Gesamtbewertung erfolgt hier anhand einiger Thesen. Diese sollen eine erste Richtungsweisung auf die Frage geben, ob die Abscheidung von CO₂ mit nachfolgender Speicherung eine ernsthafte Handlungsoption im Gesamtportfolio des Klimaschutzes darstellt.

Mit CCS kommt eine neue, noch unerprobte potentielle Klimaschutz-Technik in die Debatte. Angesichts der wachsenden Dramatik der mittel- und langfristigen Klimawandel-Szenarien scheint

es sinnvoll, jeden Vorschlag unvoreingenommen zu prüfen, der einen möglichen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann.

Prinzipiell lässt sich festhalten: CCS ist eine typische End-of-Pipe-Technologie, die die Systemkosten für Energie deutlich erhöhen würde. Aus ökologischen Gründen ist generell problematisch, dass die Abtrennung energieaufwendig ist und auf diesem Weg der Energiefluss gesteigert wird.

Schon aus diesen prinzipiellen Gründen kann diese Technologie allenfalls eine ergänzende Rolle zu einer Strategie spielen, die auf massiven Ausbau

Kommentar

CCS UND KEIN ENDE

Als Manfred Treber und Renate Duckat im Herbst 2004 den Beitrag über die sogenannte Klimaschutz-technologie CCS (Carbon Capture and Storage) verfassten, lag die CO₂-Konzentration der Atmosphäre noch bei 377 ppm. Ein wichtiger Beitrag also, um die Akteure auf die Probleme dieser Strategie aufmerksam zu machen. Zu Recht: Die jährlichen Emissionen sind seitdem sogar angestiegen. Zwar einigten sich im Dezember 2015 197 Staaten in Paris auf ein neues, globales Klimaschutzabkommen. Da lag die Konzentration schon bei 400 ppm. Heute stehen wir bereits bei 419 und man freut sich darüber, dass sich der jährliche Anstieg abschwächt.

Zwar macht die Erforschung neuer Methoden Sinn, denn manche Technik erwies sich nach anfänglichen Problemen und Zweifeln als gute Idee. Inzwischen wissen wir, dass CCS schon aus physikalischen Gründen sehr aufwendig und teuer ist. Es fehlen ausreichend große Speicher. Die Einlagerung funktioniert bisher nur in kleinem Maßstab und ist nicht sicher. So entweicht etwa bei den Projekten von Equinor in Norwegen das Treibhausgas inzwischen aus den Lagerstätten im Meeresboden.¹

Die Verpressung von Kohlendioxid wird vor allem dafür genutzt, Erdöllagerstätten noch besser auszubeuten, weil das Rohöl dadurch etwas flüssiger wird.

Das CCS eine Scheinlösung ist, wird an der Erdgasproduktion Norwegens deutlich. Zwar hat die Firma Equinor nach eigenen Angaben bisher gut 20 Millionen Tonnen CO₂ durch CCS eingelagert. 2024 stieg die Erdgas-Fördermenge Norwegens auf einen Rekordwert von 124 Milliarden Normkubikmeter Erdgas. Equinors Anteil daran liegt bei 70 Prozent und die damit verbundenen Emissionen betragen etwa 175 Millionen Tonnen CO₂. In einem Jahr.

CCS ist nicht die einzige Scheinlösung in der anrollenden Klimakatastrophe. So wird auch die Verbrennung von Biomasse damit beworben, dass man aus dem Abgasstrom die darin enthaltene hohe CO₂-Menge einfacher abscheiden und einlagern könne. Etwas irreführend ist auch die Werbung für verstärkten Holzeinschlag, der mit dem Slogan „Holz rettet Klima“ beworben wird.

Mit solchen Ideen wird stets das eigene Geschäftsmodell mit Klimaschutzeffekten beworben. Teils teuer und falsch, teils mengenmäßig irrelevant und von der wichtigsten Aufgabe ablenkend: dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Immerhin haben langlebige Holzprodukten noch nennenswerte positive Effekte.

Wie wenig all diese Maßnahmen zum Klimaschutz beitragen, wird in einer Grafik anschaulich, die das Projekt Drawdown kürzlich veröffentlichte:² Die gesamten Maßnahmen der Kohlenstoffabscheidung und Einlagerung sind mit weniger als einem Prozent der Emissionen zwar messbar, aber teuer und ineffizient.



Laszlo Maraz

Der Autor koordinierte die AG Wälder im Forum Umwelt & Entwicklung.

¹ <https://ieefa.org/articles/norways-carbon-capture-and-storage-projects-augur-geological-risks-global-aspirations-bury>

² Vgl. www.drawdown.org bzw. <https://scied.ucar.edu/activity/solving-carbon-dioxide-problem>.

» Nur als sicher geltende Lagerstätten sind generell Option für eine Lagerung.

von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energieträgern setzt.

Es ist absehbar, dass die CO₂-Abscheidung und -Speicherung eine Konkurrenz zu einer großmaßstäblichen weltweiten Nutzung Erneuerbarer Energieträger werden kann. Wenn die Kosten für CCS sinken, bevor die Kosten für Erneuerbare Energien deutlich gesunken sind, kann die neue Option den Pfad in Richtung des solaren Zeitalters verbauen. Dies wäre kontraproduktiv. Gerade soweit es um den Einsatz öffentlicher Gelder geht, plädieren wir entschieden dafür, bei dieser Abwägung der Innovation und schnellen Diffusion Erneuerbarer Energieträger eindeutig den Vorrang zu geben.

Es ist unklar, ob die Diffusion von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien schnell genug vorangehen wird, um die notwendigen Einschnitte im Ausstoß von CO₂ auf diesem Wege allein zu erreichen. Es verdichten sich außerdem die wissenschaftlichen Anzeichen dafür, dass das Klima durch die vom Mensch ausgestoßenen Treibhausgase in eine derart instabile Lage gestoßen werden könnte, dass im Rahmen eines „Notfallplans“ erhebliche Mengen CO₂ aus der Atmosphäre entfernt werden müssen (letzteres könnte durch den Einsatz von Biomasse kombiniert mit CCS erfolgen). Für diese Fälle könnte CCS als eine technische Option in Form einer „Brückentechnologie“ in Erwägung gezogen werden. Eine Entscheidung pro CCS darf allerdings nicht dazu führen, Anstrengungen der Forschung und Entwicklung zu einseitig auf diese End-of-Pipe-Technologie zu konzentrieren.

Die Kostenabschätzungen der CO₂-Abscheidung und des Transportes von CO₂ sind – im Gegensatz zur Lagerung und zu vielen anderen neuen Technologien (wie z. B. Photovoltaik) – wegen des Rückgriffs auf bekannte technische Verfahren nicht mit großen Unsicherheiten behaftet. Denn Industrieanlagen mit vergleichbaren Komponenten sind bereits marktgängig und vielfach im Einsatz.

Im strengen Sinn sind naturwissenschaftliche Aussagen über die Langzeitsicherheit der CO₂-Speicherung nicht möglich, da die diesbezüglichen Aussagen nicht falsifizierbar sind – ein hartes Kriterium für wissenschaftliche Aussagen. Die Sequestrierung von CO₂ in größerem Ausmaß ist in diesem Sinne

ein großräumiges Experiment mit ungewissem Ausgang.

Allerdings gibt es je nach Lagerort erhebliche Unterschiede in der Unsicherheit über die Langzeitsicherheit. Die Unsicherheiten und die ökologischen Risiken der marinen CO₂-Lagerung sind so groß, dass wir sie für völlig unakzeptabel halten. Falls sich CCS als notwendig erweisen sollte, käme dafür nach gegenwärtigem Kenntnisstand alleine die geologische Speicherung in Frage.

Nur als sicher geltende Lagerstätten sind generell Option für eine Lagerung. Die dennoch bestehende Unsicherheit über die Langzeitsicherheit der Lagerung kann am besten über eine von der Versicherungsbranche gewährleistete Haftungsregelung aufgefangen werden. Ohne dieses Preissignal in Richtung Verminderung der Unsicherheit können die Risiken und wahren Kosten einer Sequestrierungsstrategie leicht unübersichtbar werden. Auf diesen starken Anreiz, dass tatsächlich die sichersten Lagerstätten genutzt werden, sollte nicht verzichtet werden.



Von Manfred Treber und Renate Duckat

Manfred Treber war Koordinator der AG Klima & Energie des Forums Umwelt und Entwicklung und Klima- und Verkehrsreferent RioKonkret bei Germanwatch, Renate Duckat war Research Assistant bei Germanwatch.



Aus Rundbrief 1/2000

DAS „DIRTY DOZEN“ VOR DEM AUS

**Verhandlungen über Giftstoffe
können Fortschritte bringen**

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) will mit der POP-Konvention zwölf langlebige und fettlösliche Gifte, wie DDT, Dieldrin und Dioxine, weltweit beseitigen. Diese Stoffe wurden zum Synonym für eine jahrzehntelang verfehlte Agrar- und Chemiepolitik. Sie gelten als krebserregend, beeinflussen das Hormonsystem, unterdrücken das Immunsystem und verursachen Fehlbildungen an Gebärmutter und Eierstöcken [s. auch Kasten]. Für einige dieser Gifte ist Mutterkuchen und Nabelschnur kein Hindernis und sie schädigen daher auch das ungeborene Leben. Es gibt heute keinen POP-freien Menschen mehr, vermutet Theo Colborn vom WWF.



Jessica Johnston / unsplash

Pestizide und polychlorierte Biphenyle (PCB) wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in großem Maßstab eingesetzt. Die Agroindustrie verlangte für den groß flächigen Anbau nach immer härteren Pestiziden. Und so kamen in den 50er und 60er Jahren Insektengifte wie Endosulfan, Endrin und Toxaphen auf dem Markt. Ebenso stieg weltweit der Bedarf an Elektrizität und damit an Transformatoren. Als Kühl- und Isolierflüssigkeit wurden lange Zeit PCB eingesetzt. Und mit der Wohlstandsgesellschaft wuchs mit dem Abfall auch der Ausstoß an Dioxinen.

POPs hinterlassen ihre Spuren nicht nach dem Verursacherprinzip

Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. Bereits Ende der 50er Jahre klagten britische Jäger, dass die Zahl der Otter zurückgeht und diese putzigen Tiere aus einigen Regionen völlig verschwanden. Eine Ursache war, wie sich herausstellte, die Belastung mit dem Dieldrin. In den 60er und 70er Jahren schlugen Umweltaktivisten in den USA und Kanada Alarm, als immer wieder Küken von Seemöwen an den Großen Seen bereits vor dem Ausschlüpfen starben. Der Grund: Ein PCB-haltiger Schadstoffcocktail. Auf solche Schreckensmel-

dungen reagierten die Politiker in Industrieländern langsam, so auch in Deutschland. Heute dürfen hierzulande jedoch weder PCB noch Pestizide des ‚dirty dozen‘ eingesetzt werden. Und Deutschland hat auch die schärfsten Emissionsgrenzwerte für Dioxine und Furane aus Müllverbrennungsanlagen.

Doch POPs sind Weltenbummler. Auch wenn sie vielerorts nicht mehr eingesetzt oder hergestellt werden, verteilen sie sich – vor allem mit dem Wind – rund um den Globus. Wissenschaftler sprechen von der ‚globalen Destillation‘ dieser Stoffe. Sie verdunsten dort, wo es warm ist, und schlagen sich dort nieder, wo es kalt ist, in den schnee- und gletscherbedeckten Lagen der Hochgebirge, der Arktis und der Antarktis. Heute erreichen DDT-Moleküle, mit denen ein indischer Bauer vor zehn oder 20 Jahren seine Hütte gegen Anopheles-Mücken schützte, oder Dioxin-Moleküle, die schon vor Jahren aus deutschen Schornsteinen entwichen, Alaska, Grönland oder Spitzbergen. Sie gelangen damit in Regionen, wo sie bei extremer Kälte, geringer Sonnenaktivität und geringer mikrobieller Belastung sehr schlecht abgebaut werden. Die Folge: Diese Gifte reichern sich in der polaren Nahrungskette an, an deren Ende neben Eisbären auch Menschen stehen, insbesondere die Inuit (Eskimo), die sich traditionell von Robben und Walen ernähren. So ist die Muttermilch der Inuit in dem Dorf Qikiqtarjuaq an der Ostküste der Baffin-Insel etwa sechs- bis siebenmal höher mit PCB belastet als die Muttermilch von Frauen im Süden Kanadas. Für die Inuit geht es im Kampf gegen die POPs um nichts anderes als um das Überleben ihrer Kultur.

Zahlreiche Altlasten auf Halde

In Entwicklungsländern, den osteuropäischen Ländern und in Russland drohen alte Pestizide, zu einer Zeitbombe zu werden. Einige hunderttausend Tonnen Altlasten sollen weltweit lagern, davon nach Schätzungen der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO allein in Afrika mindestens 20.000 Tonnen. Dramatisch ist auch die Lage in Polen und der Ukraine. Dort werden die Bestände auf 65.000 Tonnen beziehungsweise 23.000 Tonnen geschätzt. Es handelt sich meist um DDT, Dieldrin und Endrin sowie um Insektengifte, die nicht auf der POP-Liste der UNEP stehen, wie Hexachlorcyclohexan – Lindan, HCH – Malathion und Parathion. Diese Chemikalien sind oft über 30 Jahre alt. Sie sollten nicht mehr benutzt werden, weil sie inzwischen verboten wurden, unwirksam geworden sind oder ihr Verfallsdatum längst überschritten sind.

Der Pestizidmüll hat sich aus mehreren Gründen in diesen Ländern angehäuft. Die Schuld liegt keineswegs nur bei den Lieferanten. Oft wurden zu große Mengen Pestizide beschafft und auch Mittel, die gar nicht geeignet waren. Sie lagern oft nicht sachgerecht im Freien und sind für jeden zugänglich, so dass Emissionen, Unfälle und Vergiftungen

gar nicht zu vermeiden sind. Das Säubern hat begonnen. Seit 1993 wurden rund 3.000 Tonnen aus 14 Ländern Afrikas und aus zwei Staaten des Nahen Ostens vernichtet. Die Kosten in Höhe von 24,4 Mio. US-Dollar wurden größtenteils aus Steuermitteln finanziert. Am umweltverträglichsten ist es, die Stoffe in Sondermüllverbrennungsanlagen zu verbrennen. Da solche in Entwicklungsländern fehlen, werden die Fässer nach Europa gebracht. Das alles geschieht aber sehr langsam. Wird das bisherige Tempo der Aufbereitung beibehalten, werden allein die afrikanischen Altlasten nicht vor dem Jahr 2030 beseitigt sein. Die POP-Verhandlungen können dazu führen, dass die Beseitigung beschleunigt wird.

Beim Insektengift DDT steckt das UNEP in einem Dilemma. Denn nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird DDT offiziell in 22 Staaten benutzt, um die Menschen vor Anopheles-Mücken zu schützen, die Überträger der Malariaerreger. Für UNEP-Chef Klaus Töpfer ist

klar, solange mit einem völligen DDT-Bann zu warten, bis das Problem gelöst ist. Die WHO glaubt inzwischen, auf DDT verzichten zu können, wenn die ‚DDT-Staaten‘ unterstützt werden. Denn es kostet Geld, Moskitonetze bereitzustellen, Erkrankte angemessen zu behandeln und die Bevölkerung angemessen zu informieren. Das ist ein langwieriger Prozess, der Zeit und Geld kostet. Der Ausstieg aus DDT ließe sich beispielsweise beschleunigen, wenn es einen wirksamen Malaria-Impfstoff gäbe. Offen ist aber, wie die Industrie animiert werden kann, intensiv an einem Impfstoff zu arbeiten. Denn zurzeit lohnt es sich nicht, für arme Asiaten, Afrikaner oder Lateinamerikaner hohe Kosten für die Impfstoffentwicklung zu investieren.

Die Liste ist noch nicht vollständig

Doch das ‚dirty dozen‘ ist nur die Spitze des Eisberges. Greenpeace und andere Umweltverbände vermissen unter anderem folgende Chemikalien auf der

Kommentar

DAS DRECKIGE DUTZEND IST GESCHICHTE, EINE GIFTFREIE ZUKUNFT LÄSST ABER NOCH AUF SICH WARTEN

Die Stockholm-Konvention ist die schärfste internationale Konvention zur Regulierung von Chemikalien. International verbindlich werden hier gelistete Stoffe verboten oder reguliert. 2001 mit dem sogenannten „dreckigen Dutzend“ gestartet, umfasst die Stockholm-Konvention mittlerweile über 30 Stoffe. Rund die Hälfte der Stoffe sind als Pestizide genutzt worden.

Und auch wenn weitere Stoffe in die Stockholm-Konvention aufgenommen wurden, auch einige der im Artikel von Ralph Ahrens genannten Stoffe, wie Lindan oder das bromierte Flammenschutzmittel Tetrabromodiphenyl Ether, ist die Liste keinesfalls vollständig. Weltweit sind Schätzungen zufolge 350.000 Chemikalien auf dem Markt. Verbindlich und weltweit verbindlich reguliert sind davon über die Stockholm-Konvention, aber auch die Rotterdam-Konvention weniger als 100 Stoffe. Alleine die Stoffgruppe der als Ewigkeitschemikalien bezeichneten PFAS umfasst über 10.000 Stoffe. Drei PFAS sind unter der Stockholm-Konvention reguliert. Nachholbedarf besteht also. Dies gilt auch für die Umsetzung des Verursacherprinzips – diese wurde auch schon im ursprünglichen Artikel als unzureichend ausgewiesen. Das ist es heute immer noch. Insbesondere, wenn wir

auf die fehlende Finanzierung für das internationale Chemikalienmanagement blicken. Die eigentlichen Produzenten und Inverkehrbringer beteiligen sich kaum an den Kosten, generieren aber riesige Mengen an Profiten.

Und es wird munter Einfluss genommen, dass die Profite nicht sinken. Erstmals 2025 wurde bei einer Konferenz der Stockholm-Konvention ein bereits aufgenommener und verbotener Stoff – die Plastik-Chemikalie UV-328, die Plastik resistenter gegen Sonnenstrahlung macht – wieder durch die Konferenz besprochen und nachträglich Ausnahmen für die Verwendung hinzugefügt. Dies ist laut zivilgesellschaftlichen Beobachtern auf die Lobbyaktivitäten der Industrie zurückzuführen. Da sich gerade Länder mit einer starken Chemieindustrie eher auf deren Wohlbefinden konzentrieren, statt auf den Schutz von Mensch und Umwelt, können wir nur hoffen, dass dieser Präzedenzfall sich nicht wiederholt.



Tom Kurz

Der Autor ist Referent für Internationale Chemikalien- und Plastikpolitik im Forum Umwelt & Entwicklung.

» In Entwicklungsländern, den osteuropäischen Ländern und in Russland drohen alte Pestizide, zu einer Zeitbombe zu werden.

POP-Liste: Phthalate, die in Plastikspielzeugen eingesetzten Weichmacher; zinnorganische Verbindungen wie TBT, die als Biozid den Schiffsanstrichen beigemischt werden; synthetische Moschusverbindungen; bromierte Flammschutzmittel oder das Insektengift Lindan (-HCH). Doch möglicherweise ist die POP-Konvention auf dem richtigen Wege. Denn es wird auch über Kriterien verhandelt, um aus der Vielzahl aller Schadstoffe diejenigen herauszufiltern, die ebenso weltweit gebannt werden müssten. Diese Kriterien betreffen die Langlebigkeit in Böden, Sedimenten oder im Wasser, die Bioakkumulierbarkeit und das Potential für den weiträumigen Transport.

Anhand dieser Kriterien sollen weitere POP-Kandidaten identifiziert werden. Es wird erwartet, dass zunächst 50 oder 100 Stoffe im Kriteriensieb hängenbleiben. Aus diesen werden dann die acht oder zehn wichtigsten Stoffe für den weltweiten Bann herausgesucht. Das wird allerdings erst in einigen Jahren geschehen – nach der Ratifizierung der POP-Konvention und während der ersten Vertragsstaatenverhandlungen. Außerdem sollen die POP-Kriterien dazu dienen, neue Chemikalien, die diese Kriterien erfüllen, nicht mehr zuzulassen. Denn, so Töpfer, es soll nicht wieder geschehen, dass die Politik erst nachträglich handelt.



Ralf Ahrends

Der Autor war (bzw. ist) freier Journalist und Mitglied der AG Umwelt, Chemikalien und Ökotoxikologie des BUND.



© UN Photo / Manuel Elías

Aus Rundbrief 3/2004

FRAUEN UND UMWELT

Was läuft derzeit in internationalen Prozessen?

„Frauen und Umwelt“ – das ist ein Themenkomplex, der in mehreren internationalen politischen Prozessen eine Rolle spielt, aber eben auch immer Gefahr läuft, unter die Räder zu kommen. Es gibt aber Anlass zu der Hoffnung, dass wir auf diesem Gebiet Fortschritte machen können, wenn wir das Jahr 2005 strategisch nutzen.

Beispielsweise im Jahr 2000, als im Beijing+5-Prozess (Fünfjahresrückblick zur Frauenkonferenz von Beijing 1995) eigentlich auch Kapitel K. der Aktionsplattform von Beijing („Frauen und Umwelt“) thematisiert werden sollte, fielen die Beiträge von Regierungs- und NRO-Seite vergleichsweise gering aus: Viele der Fortschrittsberichte von nationalen Regierungen, aber auch Berichte von Frauennetzwerken, enthielten gar keine oder sehr wenige Angaben zu Strategien und Aktivitäten in diesem Bereich. Von vielen wurden die Frauen & Umwelt-Themen schlicht auf den laufenden CSD¹ – Prozess und die beginnenden Vorbereitungen auf den Johannesburg-Gipfel (Rio plus 10, 2002) verwiesen. Dort wiederum herrschte bei

vielen der Eindruck vor, „Frauenthemen“ seien bei der CSW² und beim Beijing-Prozess aufgehoben.

Das Jahr 2005 bietet Chancen, dem Themenkomplex „Frauen und Umwelt“ in mehreren parallelen internationalen Prozessen eine breitere Plattform zu verschaffen und so Fortschritte in Politik und Umsetzung zu erzielen. Prominentes Beispiel sind die derzeitigen Aktivitäten des Umweltprogramms der Vereinten Nationen.

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

UNEP ist das führende VN Programm zu globalen Umweltfragen, und in nächster Zukunft gibt es hier mehrere relevante Konferenzen: Global Women's Assembly on Environment: Fighting Po-

verty, Nairobi, 11. – 13. Oktober 2004: UNEP hatte sich in den achtziger Jahren verstärkt bemüht, Frauen(organisationen) und Genderaspekte verstärkt in die Arbeit der Organisation einzubeziehen. Im Anschluss an die UNEP-Frauenkonferenz in Nairobi 1985 verschwand dieser Fokus aber langsam wieder. Im letzten Jahr wurde er wiederbelebt, und UNEP publizierte im Mai dieses Jahres „Women and Environment“, ein Buch, das im Hinblick auf einige zentrale Aspekte sowohl den Stand der Dinge als auch Handlungsempfehlungen erläutert. In diesem Zusammenhang entstand der Plan einer internationalen Konferenz, die das Thema ‚Frauen und Umwelt‘, insbesondere in seinen Bezügen zu Armut und Entwicklung, wieder auf die internationale Agenda bringen soll. Circa 150 internationale Vertreterinnen werden in Nairobi erwartet, um Themen wie Frieden & Sicherheit, globale Umweltveränderungen, Verbesserung von lokal-globalen Verbindungen, Umwelt & Gesundheit, multi-laterale Vereinbarungen, sowie Führungsaufgaben von Frauen zu diskutieren, sowie ein Manifest, konkrete Projektvorschläge, und weitere Empfehlungen zu erarbeiten. Diese sollen sowohl in den Review der Millenniumsziele, in den Beijing+10 Review sowie das UNEP Governing Council, 2005 eingespeist werden.

„Network of Women Ministers of the Environment“: Parallel zur und gemeinsam mit der Global Women’s Assembly wird in Nairobi auch ein Treffen des globalen Umweltministerinnen-Netzwerks stattfinden. Das während der Vorbereitungen zum Johannesburg-Gipfel gegründete Netzwerk, zunächst von Finnland, zur Zeit von Schweden betreut, war kürzlich auch beim UNEP Governing Council in Südkorea (März 2004) sichtbar aktiv und scheint an Einfluss zu gewinnen.³

UNEP Governing Council, Nairobi, Februar 2005: Beim ‘Governing Council’ treffen sich die Mitgliedsregierungen der UNEP, sowie VertreterInnen internationaler Organisationen, Zivilgesellschaft und Unternehmen, um die weitere Arbeit der UNEP und das Budget zu verabschieden. Das Thema „Frauen und Umwelt“ wird im Februar 2005 auf der Tagesordnung stehen, und es sollen diesbezüglich Beschlüsse zur Arbeit von UNEP, aber auch zum Gender Mainstreaming innerhalb der Organisation gemacht werden. Letzteres ist bei UNEP genauso notwendig wie bei anderen VN-Organisationen – es fehlen Frauen in Führungspositionen, es fehlen Gender-Kenntnisse bei MitarbeiterInnen und es fehlt an einer konsequenten Gender Mainstreaming Strategie.

All diese Aktivitäten gehen auf jahrelange harte Lobby-Arbeit von Frauenorganisationen zurück, wie zum Beispiel WEDO (Women’s Environment and Development Organisation, New York), WECF (Women in Europe for Our Common Future, Niederlande), der Frauen-AG bei der CSD, aber auch jüngeren, themenspezifischen Frauennetzwerken

wie ENERGIA (Internationales Netzwerk zu Gender & Energie, Niederlande) oder GWA (internationale Gender & Water Alliance, Niederlande).

Zehn-Jahres-Rückblick zur 4. Weltfrauenkonferenz (1995) – BEIJING+10 ‚Eigentlich‘ hätte 2005 die nächste, fünfte Weltfrauenkonferenz auf dem internationalen Kalender gestanden. Mit Blick auf die derzeitige global politische Situation, und die schmerzhaften Erfahrungen im Jahr 2000 (Weltfrauenkonferenz/ Beijing+5, Sozialgipfel/Kopenhagen+5) und anderswo waren sich die NROs allerdings schnell weitgehend einig, dass ein solcher Gipfel mehr Risiken als Chancen birgt. Die Befürchtung war (und ist), dass ein hochrangiges Treffen zum Thema Frauen(politik) und die vorlaufenden Verhandlungen dazu führen könnte, dass man(n?!) hinter die Beschlüsse von Beijing zurückfällt und die fortschrittliche Aktionsplattform von 1995 unterminiert werden könnte. Die derzeitige globale Lage ist schlichtweg zu sehr geprägt von wachsendem religiösem und politischem Fundamentalismus, wachsender Gewalt gegen Frauen in kriegesischen Auseinandersetzungen, und der Feminisierung der negativen Auswirkungen von Globalisierung, Liberalisierung und Privatisierung.

Die Meinung teilten auch zahlreiche Regierungen und internationale Organisationen, weshalb eine mögliche fünfte Weltfrauenkonferenz nun für die Jahre 2007 bis 2010 avisiert, aber nicht beschlossen ist. Trotzdem wird es einen Rückblick auf die Umsetzung der Aktionsplattform von Beijing geben. Wie in anderen Nachfolgeprozessen der großen VN-Konferenzen üblich, sind die Regierungen aufgefordert, Berichte zur Umsetzung aller Kapitel der Aktionsplattform vorzubereiten, möglichst unter Beteiligung der Zivilgesellschaft. Da letzteres den einzelnen Regierungen überlassen bleibt, planen einige Frauenorganisationen und -netzwerke sogenannte ‚Schattenberichte‘, die Fortschritte aus ihrer Sicht dokumentieren. So sind auch WEDO, WECF, und in Deutschland, LIFE e.V. mit der Erstellung solcher Berichte, oder Beiträgen dazu, befasst.

Die CSW im Februar/März 2005 fungiert als Vorbereitungstreffen für eine Sondersitzung der Generalversammlung im Herbst 2005. Die Kommission wird sich daher auf die Umsetzung seit 1995 sowie auf derzeitige und zukünftige Herausforderungen konzentrieren.

Millennium Summit +5

2005 ist auch das Jahr des ersten größeren Rückblicks auf die Umsetzung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen. Zu diesen ehrgeizigen acht Zielen hatten sich beim Gipfel im September 2000 in New York 191 Regierungen verpflichtet. Die meisten Millenniumsziele beziehen sich auf Zieldaten im Jahr 2015. Alle auf werden bei einem Gipfel der VN zu Beginn der Generalversammlung im Herbst 2005 auf Fortschritte hin überprüft. Hierzu werden nationale Regierungen Berichte vorlegen müssen; ebenso ar-

beiten alle VN-Organisationen in einer zentral koordinierten Kampagne an aktuellen Daten, sowie Informationen zu Erfolgsstrategien und Barrieren.

Zwei dieser Ziele sind unmittelbar für Frauen- und Umweltthemen relevant:

- » Ziel 3: Geschlechtergleichstellung und Frauen zu fördern (primäre und sekundäre Bildung für Mädchen und Frauen)
- » Ziel 7: Nachhaltigkeit sicherstellen (Verlust von natürlichen Ressourcen umkehren; sauberes Trinkwasser zur Verfügung stellen; Lebensbedingungen von SlumbewohnerInnen verbessern).

Der Millennium+5 Gipfel bietet also eine wichtige Gelegenheit, Frauen- und Umwelt-Themen zu forcieren.

Ein Teil dieser Themen wird auch bei der 13. Sitzung der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) im April/Mai 2005 auf der Tagesordnung stehen, wenn die Themen Wasser, Hygiene (Sanitation), und Städte verhandelt werden.

Die Mischung der oben genannten und weiterer Prozesse und Aktivitäten gibt Anlass zur Hoffnung, dass wir auf dem Gebiet 'Frauen und Umwelt' international Fortschritte machen können, wenn wir das Jahr 2005 strategisch nutzen. In diesem Zusammenhang muss es auf nationaler Ebene auch darum gehen, die verschiedenen beteiligten Ministerien (BMU, BMFSFJ, BMZ, AA) an ihre Berichtspflichten zu erinnern – d.h. die hierzulande gemachten Erfahrungen international zu teilen, sie zur Zusam-

Kommentar

DAS WARTEN AUF DEN FÜNFTEN WELTFRAUENGIPFEL

Der vierte Weltfrauengipfel von Beijing im Jahre 1995 sollte ein neues Kapitel für die geschlechtliche Gleichstellung einleiten. Zehn Jahre nach dem Ende der offiziellen Weltfrauendekade der Vereinten Nationen brachte der Weltfrauengipfel das Thema wieder auf die politische Agenda. Christa Wichterich brachte im selben Rundbrief Faktoren auf, die die Konferenz zum Erfolg werden ließen. Am Ende stand ein ambitionierter Aktionsplan mit vielen richtigen und wichtigen Forderungen für mehr Geschlechtergerechtigkeit – doch bis heute fand kein fünfter Weltfrauengipfel statt. Von weltweiter Geschlechtergerechtigkeit und vor allem einem Ende geschlechtsspezifischer Gewalt sind wir leider noch weit entfernt.

Die Aspekte, die Minu Hemmati in ihrem Artikel aus dem Jahr 2004 nennt, warum ein fünfter, ursprünglich für 2005 geplanter Weltfrauengipfel von vielen Akteur:innen als riskant gesehen wird, lassen sich auch heute anführen – und leider auch in den vielen Jahren dazwischen. Blickt man auf die heutige Zeit, können einzelne Aspekte einfach übernommen werden. Frauenrechte stehen weltweit unter Angriff. Politische und religiöse Angriffe auf Gender unter dem Verweis auf eine vermeintliche Binartität der Geschlechter und eine heteronormative Weltordnung prägen auch heute wieder Konferenzen und politische Agenden. Gewalt gegen Frauen ist weiterhin eine Kriegswaffe und Femizide steigen weltweit.

Rückblickend und aktuell wirft es die Frage auf, ob nicht ein Weltfrauengipfel gerade in Zeiten eines politischen Backlashs ein wichtiger Schritt nach vorne wäre? Und nun ist es auch nicht so, dass es keine Frauen:gipfel mehr gegeben hätte, nur weil sie nicht in das enge Gewand des Weltfrauengipfels der Vereinten Nationen gepresst waren. Alternative Gipfel, Frauen:treffen, politische Versammlungen finden weltweit statt, nicht nur an UN-Prozesse angedockt.

Mit Blick auf die nachhaltigen Entwicklungsziele, die nicht nur Geschlechtergerechtigkeit als eigenes Ziel 5 verankern, inklusive der Unterziele, geschlechtsspezifische Gewalt zu beenden und politische Teilhabe zu verbessern, sondern darüber hinaus auch in anderen Zielen Geschlechtergerechtigkeit in den Unterzielen anderer Ziele verankert, wie im Ziel 4 hochwertige Bildung oder dem Zugang zu Verhütungsmitteln für Frauen und Mädchen im Ziel 3, gibt es noch einiges zu tun. Und auch wenn Gender-Mainstreaming an vielen Stellen Erfolge erzielt hat und Frauen* und geschlechterpolitische Themen Teil offizieller Agenden sind, bleibt noch ein weiter Weg und (leider) zu viele Aspekte aus dem Rundbrief 2004 sind aktuell.



Tom Kurz

Der Autor ist Referent für Internationale Chemikalien- und Plastikpolitik im Forum Umwelt & Entwicklung.

» In diesem Zusammenhang muss es auf nationaler Ebene auch darum gehen, die verschiedenen beteiligten Ministerien an ihre Berichtspflichten zu erinnern ... und sie aufzufordern, die Beteiligung deutscher Frauenorganisationen und -netzwerke aktiv zu unterstützen.

menarbeit untereinander anzuregen, und sie aufzufordern, die Beteiligung deutscher Frauenorganisationen und -netzwerke aktiv zu unterstützen.

Es gibt aber auch Themengebiete, die von Seiten aller, die im Bereich Frauen und Umwelt aktiv sind, mehr Aufmerksamkeit verdienen. Zwei Beispiele seien abschließend genannt:

Zum einen geht es in der internationalen Nachhaltigkeitsdebatte, spätestens seit Johannesburg, vielfach um die sogenannten „Partnerschaften zur Nachhaltigen Entwicklung“. Damit sind nicht nur Public-Private-Partnerships gemeint, die von vielen NROs zu Recht sehr kritisch gesehen werden, machen viele Regierungen doch trotz gegenteiliger Beteuerungen den Eindruck, öffentliche Entwicklungsarbeit durch private Investitionen ersetzen zu wollen. „Partnerschaften“ sind auch solche zwischen NROs und Regierungen, NROs, Unternehmen, und Gewerkschaften, und viele andere Kombinationen. Davon gibt es mehr als die meist polarisierte Debatte annehmen lässt. Frauenthemen oder Genderaspekte tauchen dort, wo immerhin viele Regierungen erhebliche Fördermittel investieren, bisher kaum auf. Dabei sind Frauen häufig direkt betroffen, wenn auch seltener entscheidend beteiligt.

Zum anderen wächst die Debatte um Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility u. ä.) sowie Verantwortlichkeit und Rechenschaftsstrukturen von Unternehmen, und Nicht-Regierungsorganisationen („Accountability“). In beiden Bereichen sind Frauen direkt betroffen, aber zu wenig als Frauen und aus Gender-Perspektive aktiv beteiligt.

Zwar dürfen wir uns nicht von wechselnden Debatten und ‚modischen‘ Themenentwicklungen derart beeinflussen lassen, dass wir die zentralen und immer noch gültigen Ziele der Frauenumweltbewegung vernachlässigen. Andererseits ist es wichtig, dass die Themen dieser Bewegung, ihre Kenntnisse und Anliegen, auch in den Debatten auftauchen, die

gerade die meiste Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Mit anderen Worten: Der ‚Tropfen‘ muss ‚stet‘ sein: überall, innerhalb und außerhalb der bürokratischen Organisationen, immer wieder, immer aktuell, und konsistent. Es bleibt zu hoffen, dass wir dafür genügend Kapazität haben. Und dass in der Tat der ‚Stein gehöhlt‘ werden kann...



Minu Hemmati

Die Autorin war (und ist) Beraterin und Projekt-Koordinatorin; in Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen, Regierungen, VN-Organisationen, Unternehmen; meist auf internationaler Ebene.

- 1 CSD, United Nations Commission on Sustainable Development = Kommission zur Nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen. Diese Kommission, die unter dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der VN angesiedelt ist, ist mit jährlichen Sitzungen und einem ständigen Sekretariat mit der Begleitung der Umsetzung der Beschlüsse von Rio und Johannesburg betraut.
- 2 CSW, Commission on the Status of Women = Kommission zum Status der Frauen der Vereinten Nationen. Ebenfalls unter dem Wirtschafts- und Sozialrat angesiedelt, betreut die CSW u. a. die Umsetzung der Beijing Beschlüsse.
- 3 Die deutsche Staatssekretärin Wolf gehört auch zu den Eingeladenen des Netzwerkstreifens - wie überhaupt das BMU die Frauen-Konferenz in Nairobi unterstützt: In einer dort vorzustellenden Broschüre werden beispielsweise die deutschen Erfahrungen zum Gender Mainstreaming im Umweltbereich international bekannt gemacht.



© UN Photo

Aus Rundbrief 1/2002

DER (MINIMAL-) KONSENS VON MONTERREY

Ein Kurzbericht über die letzte Vorbereitungstagung (PrepCom 4) zur UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (New York, 14. – 27.01.2002)

In einem ungeahnten Gewaltakt haben die Regierungen bei der letzten Vorbereitungstagung zur UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (Financing for Development, FfD) Ende Januar in New York ein Kompromisspapier ausgehandelt, das bei der eigentlichen Konferenz vom 18. bis 22. März in Mexiko als „Monterrey Consensus“ verabschiedet werden soll. Der Text sollte eine „globale Antwort“ auf die entwicklungspolitischen Herausforderungen der Globalisierung geben und gewissermaßen den Washington Consensus ablösen, der über mehr als eine Dekade die neoliberale Politik von IWF und Weltbank bestimmt hat. Herausgekommen ist jedoch nicht mehr als ein Minimalkonsens, der in weiten Teilen die politischen Positionen der Bush-Administration reflektiert.

Größer könnte der Kontrast nicht sein: Während Regierungsbeamte aus aller Welt vom 14. bis 27. Januar 2002 in den unterirdischen Konferenzräumen der UNO darüber feilschten, aus welchen Töpfen und zu welchen Bedingungen Entwicklung künftig finanziert werden sollte, um

am Ende mit nicht viel mehr als der erneuten unverbindlichen Bestätigung des 0,7-Prozent-Zieles für die öffentliche Entwicklungshilfe zu enden, machte das reichste Ehepaar der Welt Nägel mit Köpfen: Bill und Melinda Gates kündigten in einer Titelseite der New Yorker Zeitschrift Newsweek am 4.

Februar 2002 an, künftig mit einem Stiftungsvolumen von 24 Mrd. US-Dollar Gesundheitsprojekte zu finanzieren, die vor allem Kindern in den ärmsten Entwicklungsländern zu Gute kommen sollen. Ganz nebenbei sponserte Bill Gates auf dem Weltwirtschaftsforum, das in diesem Jahr im New Yorker Walldorf Astoria stattfand, eine Veranstaltung zur UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung.

Die Regierungen beschränkten sich dagegen in ihrem Entwurf für den Monterrey Consensus weitgehend auf Appelle an die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer, die Betonung von Handel und Privatinvestitionen für die wirtschaftliche Entwicklung und das Versprechen, künftig international besser zusammenzuarbeiten.

Rolle heimischer Ressourcen

Schnell einig wurde man sich über die zentrale Rolle heimischer Ressourcen für die Entwicklung. Der Text betont die Bedeutung einer guten Regierungsführung („good governance“), von Demokratie und Menschenrechten, eines effizienten Steuersystems und eines funktionsfähigen heimischen Finanzsektors. Der Forderung der USA nach Verankerung ihrer drei Grundprinzipien „Frieden, Freiheit und Kapitalismus“ im Abschlusstext wurde weitgehend Rechnung getragen. Lediglich der Begriff „Kapitalismus“ wurde durch „markt-orientierte Politiken“ ersetzt.

Förderung ausländischer Direktinvestitionen

Auch über die verstärkte Förderung ausländischer Direktinvestitionen bestand zwischen Industrie- und Entwicklungsländern Einvernehmen. Forderungen aus der Wirtschaft, vor allem das Investitionsklima in den Entwicklungsländern zu verbessern, damit Unternehmen „effizient und profitabel“ operieren könnten, finden sich im Text wieder. Versuche der EU, darüber hinaus ihre Interpretation der Ergebnisse der WTO-Ministertagung von Doha im Bereich Handel und Investitionen in den Text aufzunehmen, schlugen dagegen fehl. Auf die von der EU geforderten Verhandlungen innerhalb der WTO über ein Multilaterales Investitionsabkommen („multilateral framework on FDI“) geht der Text nicht mehr ein. Gestrichen wurden auf Druck der G-77 auch Hinweise auf die OECD-Guidelines für Multinationale Unternehmen und den Global Compact. Die Unternehmen werden lediglich gedrängt, neben wirtschaftlichen und finanziellen auch ökologische, soziale, geschlechtsspezifische und entwicklungsbezogene Folgen ihrer Aktivitäten „zu berücksichtigen“. Die von NGOs geforderte weitergehende Verankerung von Pflichten und Standards für ausländische Investoren wurde von nahezu allen Regierungen abgelehnt.

Thema Handel

Unerwartet heftig verhandelt wurde über die Aussagen zum Thema Handel, nachdem die EU auch

hier Positionen einbrachte, die nach Ansicht der G-77 über die Beschlüsse von Doha hinausgingen. Letztlich blieb es bei der Aufforderung an die Staaten, die Ergebnisse von Doha umzusetzen.

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)

Bis zuletzt umstritten waren die Beschlüsse zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA). Am Ende fielen zahlreiche Vorschläge dem selbstauferlegten Konsenszwang und dem Druck der USA zum Opfer. Dies betraf auch die Verpflichtung zur umgehenden Verdoppelung der ODA um 50 Mrd. US-Dollar, um die internationalen Entwicklungsziele zu erreichen, wie sie in der Millenniumsdeklaration der Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 definiert wurden. Statt sich, wie ursprünglich diskutiert, auf einen verbindlichen Stufenplan zur Erhöhung der ODA zu einigen, enthält das Konsenspapier lediglich den Hinweis, einen „Zeitrahmen zu prüfen“. Ersatzlos gestrichen wurden alle Passagen über die Finanzierung Globaler Öffentlicher Güter – trotz aktiver Unterstützung dieses Themas u. a. durch die französische und schwedische Regierung. Tot ist dieses Thema damit noch lange nicht; im Vorfeld des Johannesburgurer Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) wird die Auseinandersetzung darüber sicherlich an Dynamik gewinnen. Neue Finanzierungsinstrumente, allen voran die Devisenumsatzsteuer („Tobin-Steuer“), wurden in vorausgehendem Gehorsam gegenüber dem Widerstand der USA erst gar nicht in den Verhandlungstext aufgenommen. Mann [sic!] einigte sich lediglich darauf, die beim UN-Generalsekretär in Auftrag gegebene Studie über neue Finanzierungsinstrumente in den „angemessenen Foren“ zu studieren. Die Fertigstellung der Studie wurde immer wieder verzögert. Sie soll nun im Frühsommer 2002 abgeschlossen sein und sicherlich ebenfalls in Johannesburg auf der Agenda stehen.

Auslandsverschuldung

Auch im Bereich der Auslandsverschuldung bringt der Monterrey-Konsens kaum Neues. Er fordert, die erweiterte HIPC-Initiative unverzüglich umzusetzen und bei der Beurteilung der Schuldentragfähigkeit auch verschlechterte Wachstumsaussichten und Terms of Trade zu berücksichtigen. Erst bei zukünftigen Untersuchungen der Schuldentragfähigkeit sollten zudem die Auswirkung von Schuldenerlassen auf die Verwirklichung der Millenniumsziele (Armutsreduzierung etc.) mit beachtet werden. Bemerkenswerte Fortschritte hatte es im Vorbereitungsprozess zur Monterrey-Konferenz bei der Diskussion über die Einführung eines fairen und transparenten Schiedsverfahrens bei der Entschuldung – analog zum nationalen Insolvenzrecht – gegeben. Letztendlich ist davon lediglich die Empfehlung übriggeblieben, in den zuständigen Foren einen internationalen „debt workout mechanism“ zu prüfen.

Systemische Fragen

Von Anfang an umstritten waren die sogenannten „systemischen Fragen“ auf der Agenda der FfD-Konferenz. USA und EU widersetzten sich bis zuletzt Forderungen nach konkreten institutionellen Refor-

men im internationalen Finanzsystem. Übrig geblieben sind Appelle, die Entwicklungsländer stärker in die Entscheidungsprozesse der Internationalen Finanzinstitutionen einzubeziehen und die Vereinten Nationen, insbesondere die Generalversammlung

Kommentar

„THE MORE THINGS CHANGE, THE MORE THEY STAY THE SAME“

Wenn man den Text von Jens Martens und Peter Eisenblätter zu dem Verhandlungsergebnis liest, der wenig später als Monterrey Consensus verabschiedet den Auftakt zu dem bis heute fortdauernden UN-Prozess zur Entwicklungsfinanzierung (Financing for Development, FfD) darstellt, dann fallen verschiedene Punkte auf.

Ganz offensichtlich ist, dass die Autoren mit den inhaltlichen Ergebnissen nicht zufrieden waren und es auch nicht sein konnten. Die Konferenz von Monterrey war angetreten, die großen strukturellen Blockaden und ungerechten Herrschaftsmechanismen anzugehen, die für die Ungleichverteilung von Wohlstand auf unserem Planeten mit verantwortlich sind. Diesen Anspruch hat der ausgehandelte Konsens – das zeigt der Rückblick deutlich – nicht eingelöst. Zwar hat sich in der internationalen Gemengelage einiges geändert (man denke nur an den Aufstieg Chinas als globale Supermacht), viele, wenn nicht alle der damals diagnostizierten Probleme bleiben aber bestehen: Steuereinnahmen bleiben ungerecht verteilt; wir erleben gegenwärtig eine weitere Welle der Staatsschuldenkrisen nicht nur im Globalen Süden; die Regeln des Welthandels benachteiligen noch immer kleinere und ärmere Länder des Globalen Südens; die reichen Länder des Nordens fallen nach einer Periode der Besserung wieder stärker hinter die eingegangenen Verpflichtungen in Sachen solidarischer Finanzierung zurück (nicht, dass sie jemals erfüllt gewesen wären); bei den diversen relevanten internationalen Organisationen – beispielsweise Internationaler Währungsfonds und Weltbank – gibt es noch immer ein erhebliches Machtgefälle zuungunsten der Länder des Globalen Südens. Daran haben auch die drei Folgekonferenzen von Monterrey in Doha, Addis Abeba und Sevilla nichts Grundlegendes geändert. Die Überschrift könnte entsprechend auch die Analysen der Ergebnisse dieser Konferenz über Entwicklungsfinanzierung zieren.

Der Text zeigt aber auch, dass der Blick aus der Entfernung zumindest mehr Differenzierung erlaubt

- was keine Kritik sein soll; die Welt ist komplex und Entwicklungen sind nicht immer absehbar. So wären viele zivilgesellschaftliche Akteure 2025 froh gewesen, wenn einfach ein Update des Monterrey Consensus statt des Compromiso de Sevilla verabschiedet worden wäre. Denn was aus Sicht der Autoren schwach begann, hat stellenweise weiter nachgelassen. In 23 Jahren sind viele grundsätzliche politische Fragen zu reinen Umsetzungsproblematiken verwässert und auf technische Umsetzungsfragen reduziert worden, beispielsweise in Sachen Staatsverschuldung. Umgekehrt hat Monterrey aber auch einiges losgetreten, was erst mit Jahren Verspätung sichtbar geworden ist. Das Paradebeispiel hierfür ist das Thema Steuergerechtigkeit. Ohne Monterrey und die Folgeprozesse wäre die Diskussion darüber, wie Besteuerungsrechte verteilt beziehungsweise wie transnational aktive Unternehmen überhaupt effektiv besteuert werden können, sicher nicht mit der Wucht in Gang gekommen, die sie mittlerweile hat, unter anderem in Form von Verhandlungen über eine UN-Steuerrahmenkonvention. Das liegt auch daran, dass im Umfeld von FfD eine Bewegung für Steuergerechtigkeit entstanden ist, die heute weit über den FfD-Prozess hinausreicht: Die Global Alliance for Tax Justice, das Netzwerk Steuergerechtigkeit in Deutschland, das Tax Justice Network, das International Tax Observatory und viele, viele mehr.

Insofern haben sich die Mühen und Arbeit gelohnt, die Jens Martens, Peter Eisenblätter und viele andere in diese Prozesse investiert haben. Den vielen aktuell frustrierten Kolleg:innen – mich eingeschlossen – kann das vielleicht ein wenig mehr Durchhaltevermögen geben und ein wenig Hoffnung, dass Fortschritte manchmal Zeit brauchen und erst mit großem Abstand sichtbar werden.



Wolfgang Obenland

Der Autor ist kommissarischer Leiter des Forum Umwelt & Entwicklung und leitet dort den Arbeitsbereich zu internationaler Finanz- und Wirtschaftspolitik.

» Alles in Allem reflektiert der Monterrey-Konsens den kleinsten gemeinsamen Nenner, der in der globalen Entwicklungspolitik derzeit offensichtlich möglich ist.

und den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), zu stärken. Im Folgeprozess von Monterrey sollen vor allem die Frühjahrstreffen von ECOSOC und Bretton-Woods-Institutionen sowie der alle zwei Jahre stattfindende Hochrangige Entwicklungsdialog der Generalversammlung eine zentrale Rolle spielen. Der Generalversammlung wird dabei ausdrücklich die Kompetenz zugewiesen, sich auch mit der entwicklungspolitischen Kohärenz und Konsistenz des internationalen Währungs-, Finanz- und Handelssystems zu befassen. Dies könnte zumindest als graduelle Aufwertung der Vereinten Nationen gegenüber IWF, Weltbank und WTO interpretiert werden.

Alles in Allem reflektiert der Monterrey-Konsens den kleinsten gemeinsamen Nenner, der in der globalen Entwicklungspolitik derzeit offensichtlich möglich ist. Der enorme Druck, der am Ende der Verhandlungen aufgebaut wurde, um bereits zu diesem Zeitpunkt ein Konsenspapier fertigzustellen, kam für viele Beteiligten überraschend. Dahinter stand offensichtlich die Bestrebung, US-Präsidenten Bush zur Teilnahme an der Konferenz zu bewegen. Sie wurde aus Kreisen der US-Delegation nach Ende der Verhandlungen bereits bestätigt. Es wird erwartet, dass im Tross von Bush nun eine Reihe weiterer Staats- und Regierungschefs nach Monterrey kommen werden – und sie werden vermutlich nicht mit leeren Händen kommen. Vor allem von den USA und von der EU wird nun erwartet, dass sie mit unilateralen Initiativen über den Minimalkonsens von Monterrey hinausgehen, um sich als entwicklungspolitische Vorreiter zu profilieren. Der Sache mag dies dienen, dem Multilateralismus wird mit dieser Doppelstrategie kein Dienst erwiesen.

Nichtregierungsorganisationen

Wie bereits bei früheren UN-Konferenzen, waren auch an dieser Vorbereitungsstagung viele Nichtregierungsorganisationen (NRO) aus dem Süden und dem Norden aktiv beteiligt, mit schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen, eigenen Veranstaltungen sowie diversen Lobbyaktivitäten. Spürbaren Einfluss auf das Abschlussdokument hatten sie am Ende allerdings kaum. Noch schlimmer: Im krassen Gegensatz zu den feierlichen Erklärungen über die

notwendige Beteiligung der Zivilgesellschaft drohte ihnen (auf Betreiben vor allem der USA) vor Beginn der entscheidenden zweiten Verhandlungswoche sogar der Rausschmiss: die Delegationen sollten nur noch „informell“, d.h. unter Ausschluss der Öffentlichkeit, weiterverhandeln. Nur auf Druck der G-77 (dem sich eher zögerlich auch die EU anschloss) konnte das schließlich verhindert werden.

Die europäischen NRO nahmen die mageren Resultate des Vorbereitungsprozesses zum Anlass, einen dringenden Appell an die Regierungen zu verfassen [...], der das mangelnde Engagement der Staaten des Nordens in scharfer Form verurteilt und sieben „Minimalforderungen“ aufstellt, deren Erfüllung aus NRO-Sicht die absolute Mindestvoraussetzung dafür darstellt, dass die Monterrey-Konferenz nicht als völlig gescheitert angesehen werden muss. Dazu zählen die Einführung eines verbindlichen Stufenplans zur Erhöhung der ODA, die explizite Erwähnung der Devisenumsatzsteuer als innovativem Finanzierungsinstrument und die Unterstützung eines fairen und transparenten Schiedsverfahrens bei der Entschuldung.

Dem schwachen Konsens der Regierungen zum Trotz sind die NRO weiter zur aktiven Beteiligung und Einmischung entschlossen. Beim „Global Forum“ der Zivilgesellschaft, das unter dem Motto „Financing the Right to Sustainable and Equitable Development“ unmittelbar vor der Konferenz vom 14. bis 16. März in Monterrey stattfindet, wollen sie ihre politischen Alternativen zum offiziellen Konsens formulieren und über die weiteren Strategien beraten.



Jens Martens und Peter Eisenblätter

Die Autoren waren Mitarbeiter bei WEED e.V., bzw. terre des hommes Deutschland.



Aus Rundbrief 1/2012

LAND GRABBING: GLOBALER WIDERSTAND FORMIERT SICH

Weltweit vernetzen sich Menschen, um gemeinsam gegen den Ausverkauf von Land zu kämpfen

203 Millionen Hektar Land wurden in den vergangenen zehn Jahren von kommerziellen Agrarinvestoren zumeist aus dem Ausland gekauft oder langfristig gepachtet. Zu diesem Ergebnis kamen Ende 2011 Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftliche Institute und staatliche Entwicklungsdienste, die sich in der so genannten Land Matrix Partnership¹ zusammengeschlossen haben. Die Größenordnung der betroffenen Ackerflächen entspricht etwa dem sechsfachen der Gesamtfläche Deutschlands. Damit ist das tatsächliche Ausmaß der Landgeschäfte etwa vier- bis fünfmal größer als bislang angenommen. Ein Großteil der Land Deals wurde erst in den vergangenen zwei Jahren abgeschlossen. Während der Ausverkauf von Ackerland rasant voranschreitet, formiert sich in immer mehr Ländern der Widerstand gegen Land Grabbing.



Mohanraja C / unsplash

11 NOVEMBER 2011 organisierte der malische Bauernverband Co-ordination nationales des organisations paysannes du Mali (CNOP) gemeinsam mit der internationalen Kleinbauernbewegung Via Campesina und dem West Africa Farmers Network (ROPPA) ein dreitägiges Treffen in Nyéléni (Mali), bei dem sich über 250 Bäuerinnen und Bauern, Vertreter nomadischer Viehalter und indigene Völker aus 30 verschiedenen Ländern über Strategien im Kampf gegen den Ausverkauf von Ackerland austauschten. Es war die erste von betroffenen Kleinbauern und -bäuerinnen selbst ausgerichtete Konferenz, um den Widerstand gegen Land Grabbing zu organisieren.²

Bei der Eröffnungsveranstaltung erklärte Ibrahima Coulibaly, Präsident der National Confederation of Peasant Organisations in Mali: „Das Land gehört den lokalen Kommunen. So war es seit Generationen. Jetzt sind es die Regierungen, die die Bauern von ihrem Land verdrängen. Das ist nicht akzeptabel. Historische Rechte werden missachtet – Rechte, die seit hunderten von Jahren existieren, sie existieren schon länger als viele Staaten. Das macht deutlich, wie wenig die Politik mit den Bedürfnissen der Menschen verbunden ist. Die Situation ist sehr ernst, und deshalb sind wir hier. Wir haben die Möglichkeit in diesen drei Tagen zusammen zu einem gemeinsamen Verständnis über die Problematik zu kommen und Lösungen dafür zu finden.“

Aus allen Teilen der Welt wurde über die verschiedenen Formen von Landaneignung aufgrund

von Bergbau-, Forstprojekten, Plantagen des Agrobusiness oder für Naturschutzparks berichtet. Die TeilnehmerInnen waren sich einig, dass der Kampf gegen Land Grabbing auch ein Kampf gegen die zunehmende Kommerzialisierung von Saatgut, Wasser und traditionellem Wissen ist und dazu beitragen muss, kleinbäuerliche Landwirtschaft zu fördern. Während viele internationale Institutionen, wie die Weltbank, aber auch Regierungsvertreter aus den Entwicklungsländern, davon ausgehen, dass die lokale Bevölkerung von den ausländischen Investitionen profitieren könne, wenn die Investoren bestimmte Regeln einhalten, glaubte in Nyéléni kaum einer an diese Win-Win-Theorie. In den geführten Diskussionen lehnten die TeilnehmerInnen Investitionen der privaten Anleger ab, die das industrialisierte, auf Export ausgerichtete, Produktionsmodell manifestieren. Stattdessen war die Forderung nach Ernährungssouveränität und einem generellen Paradigmenwechsel weg von einer industrialisierten Landwirtschaft hin zu einer nachhaltigen, lokal angepassten und bäuerlichen Landwirtschaft allgegenwärtig.

Globalisiere den Kampf! Globalisiere die Hoffnung!

Deutlich wurde auch, dass der Kampf gegen Land Grabbing nicht ungefährlich ist. Viele TeilnehmerInnen berichteten über Repressionen durch lokale Behörden, Polizei oder von den Investoren privat angeheuerten Sicherheitspersonal. Bauern, die sich gegen die Landnahmen wehren, würden zunehmend kriminalisiert. Doch unter dem Motto „Globalize the struggle! Globalize hope!“ waren die Teilnehmer entschlossen, Widerstand gegen Land Grabbing zu leisten und in ihren Ländern dafür zu mobilisieren. In einer gemeinsamen Erklärung wurden unter vier Überschriften konkrete Vorschläge für Aktionen formuliert³:

- » Kapazitäten aufbauen, um lokalen Widerstand zu organisieren (beispielsweise Aufbau einer Datenbank, um Fälle zu dokumentieren und Belege über Prozesse, Akteure und Auswirkungen zu sammeln; Schulung von Gemeinden zu Gesetzen, Rechten, Unternehmen, Verträgen).
- » Verwendung von Rechtsbeistand zur Verteidigung (beispielsweise Entwicklung eigener Rechtshilfesysteme und Zusammenarbeit mit Rechts- und Menschenrechtsexpert:innen).
- » Kampagnenarbeit und Mobilisierung (beispielsweise Institutionalisierung des 17. Aprils als Tag der globalen Mobilisierung gegen Land Grabbing; Schaffung eines „Peoples Observatory“ zum Thema Land Grabbing, um die gemeinsamen Aktivitäten zu koordinieren; Vorlage der Forderungen bei Parlamenten, Regierungen und internationalen Institutionen; Durchführen von Aktionen gegen Unternehmen, Weltbank und anderen multilateralen Entwicklungsbanken, die von Land-Grabbing profitieren; Einforderung von menschenrechtlichen Verpflichtungen

bei Regierungen).

- » Aufbau von Allianzen (beispielsweise Netzwerke und Allianzen auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene; Aufbau von Bündnissen mit Mitgliedern von Pensionsfonds, um Investitionen in Land zu verhindern; Strategische Allianzen mit Presse und Medien).

Was aus dem Aktionsplan auf nationaler Ebene in die Tat umgesetzt werden kann, bleibt abzuwarten.

Die Konferenz in Nyéléni war jedoch ein entscheidendes Momentum, um den Widerstand gegen das globale Phänomen Land Grabbing zu internationalisieren. Die betroffenen Bevölkerungsgruppen haben erkannt, dass sie den Kampf gegen den Ausverkauf von Land nicht alleine bestreiten. Auf allen Kontinenten stehen Menschen vor ähnlichen Problemen und es finden sich zunehmend Fälle, bei denen der Protest gegen Land Grabbing professionell organisiert wird, und bei denen Aktionen, die sich auch in

Kommentar

LAND 2026 – VOM WIDERSTAND ZUR GOVERNANCE-FRAGE

Als Evelyn Bahn in ihrem Artikel von 2012 über die mehr als 200 Millionen Hektar dokumentierter Landdeals berichtete, stand der Ausverkauf von Land im Zentrum der Kritik. Vierzehn Jahre später ist das Phänomen nicht verschwunden, sondern komplexer geworden. Die von der Land Matrix erfassten Aneignungen von Land summieren sich weiterhin auf enorme Flächen, doch die Motive haben sich verschoben.

Neben klassischen Agrarinvestor:innen treten heute Staatsfonds, Rohstoff- und Energieunternehmen sowie Akteure der Kohlenstoffmärkte auf. Land wird nicht nur für Nahrungsmittelproduktion gesichert, sondern auch für CO₂-Kompensation, Biodiversitätsprojekte, Solarparks oder Wasserstoffinfrastruktur. Boden ist zur strategischen Ressource im klima- und geopolitischen Spannungsfeld geworden.

Besonders deutlich zeigt sich das in pastoralistischen Regionen Afrikas und Asiens. Mobile Weidesysteme gelten als klimaresilient, geraten jedoch durch Privatisierung von Weideflächen, CO₂-Projekte und Agrarkonzessionen unter Druck.

Marktdynamik allein erklärt diese Prozesse nicht. Land Grabbing ist ohne staatliche Genehmigungen kaum möglich. Regierungen vergeben Konzessionen, ändern Landgesetze oder klassifizieren Gemeindeland als „ungenutzt“. Politische Steuerung wirkt als Türöffner – oder als Schutzmechanismus. Internationale Leitlinien existieren, bleiben jedoch meist freiwillig. Nationale Interessen wie Exportstrategien oder Energiepartnerschaften überlagern häufig menschenrechtliche Verpflichtungen.

Vor diesem Hintergrund fand im Februar 2026 die Internationale Konferenz über Agrarreform und ländliche Entwicklung (ICARRD+20) statt. Dort

wurde betont, dass gerechter Zugang zu Land Voraussetzung für Ernährungssouveränität, Klimaanpassung und soziale Stabilität ist. Land dürfe nicht auf einen handelbaren Produktionsfaktor reduziert werden, sondern sei Grundlage von Würde, Identität und Gemeingut. Gefordert wurden die Sicherung kollektiver Landrechte, transparente Governance und verbindliche Beteiligung ländlicher Gemeinschaften.

Damit hat sich die Debatte gegenüber 2012 deutlich verschoben: Nicht nur Investor:innen stehen im Fokus, sondern auch Staaten und multilaterale Institutionen. Land Grabbing ist Ausdruck politischer Entscheidungen.

Aber auch der Widerstand hat sich professionalisiert. Netzwerke dokumentieren Landkonflikte, strategische Prozessführung stärkt Rechte, internationale Allianzen erhöhen den Druck – während Repression gegen Aktivist:innen fortbesteht.

2012 lautete die Frage: Wer verkauft das Land der Kleinbauern und -bäuerinnen? 2026 lautet sie: Wie lassen sich Landrechte in einer Zeit sichern, in der Boden zugleich Nahrungs- und Rohstoffquelle, Klimaspeicher, Energiefläche und Finanzanlage ist?

Der globale Widerstand hat das Thema auf die Agenda gesetzt. Jetzt geht es um strukturelle Lösungen mit verbindlichen Regeln, die Land als Gemeingut schützen, bevor es zur reinen Spekulationsfläche verkommt.



Josephine Koch

Die Autorin ist Referentin für Rohstoff- und Ressourcenpolitik und Co-Koordinatorin der AG Landwirtschaft und Ernährung beim Forum Umwelt & Entwicklung.

» Die Organisationen und Bewegungen in den betroffenen Ländern spielen eine entscheidende Rolle, um den Ausverkauf von Land aufzuhalten.

der Nyéléni-Erklärung wiederfinden, bereits umgesetzt werden.

So zog beispielsweise zwanzig Tage lang eine Karawane von Kleinbauern durch verschiedene Regionen Bangladeschs und informierte in Vorträgen, Workshops und Seminaren über Land Grabbing und wie sich Betroffene dagegen wehren können. Organisiert wurde die Karawane von der Koalition asiatischer Kleinbauern „Asian Peasant Coalition“ (APC). Unter den TeilnehmerInnen waren Bauern aus den Philippinen, Indien, Nepal und Sri Lanka⁴. Im Südsudan konnte im letzten Jahr durch eine erfolgreiche Kampagne ein Land Deal über 600.000 Hektar aufgehalten werden. Als über Medienberichte bekannt wurde, dass das texanische Unternehmen Nile Trading & Development Inc. das Land für einen Zeitraum von 49 Jahre für gerade einmal 25.000 US-Dollar pachten wollte, schlossen sich traditionelle und offizielle Führungspersonen zusammen, um gemeinsam gegen das Abkommen zu protestieren. Mit Erfolg: Die Staatsregierung kündigte an, die Verhandlungen mit dem Unternehmen einzustellen.⁵

Die Organisationen und Bewegungen in den betroffenen Ländern spielen eine entscheidende Rolle, um den Ausverkauf von Land aufzuhalten. Sie decken Fälle von Land Grabbing auf, informieren die Bevölkerung vor Ort über ihre Rechte und helfen den Betroffenen sich zu organisieren und ihre Rechte einzufordern. Entwicklungspolitische Organisationen in Deutschland können hier ansetzen und dabei unterstützen, den Widerstand gegen Land Grabbing zu formieren.



Evelyn Bahn

Die Autorin war Referentin für Welternährung beim INKOTA-netzwerk und beschäftigt sich vor allem mit den Auswirkungen von Land Grabbing.

- 1 In der Land Matrix Partnership haben sich die International Land Coalition, Centre de coopération international en recherche agronomique pour le développement (Cirad), Centre for Development and Environment (CDE) at University of Bern, GIGA at University of Hamburg, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) seit 2009 zusammengeschlossen, um systematisch Informationen über großflächige Landnahmen zu sammeln und zu verifizieren. Die Zahl von 203 Millionen Hektar basiert auf Informationen über Landgeschäfte mit einer Größe von mehr als 200 Hektar aus verschiedenen Quellen, einschließlich Regierungsberichten, wissenschaftlicher Forschung, Medienberichten und den wenigen verfügbaren Verträgen. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Publikation wurden 35 Prozent der Berichte (70 Millionen Hektar) vor Ort verifiziert, wodurch die Autoren aus den daraus generierten Daten einen höheren Anspruch an Zuverlässigkeit ableiten. Berücksichtigt wurden Landakquisitionen für die Sektoren Nahrungsmittel, Agrarkraftstoffe, Holz, CO₂-Senken, Abbau von Bodenschätzen, Industrie, Non-Food-Crops und Tourismus.
- 2 Ausführliche Berichte zur Konferenz in Nyéléni unter: http://www.grain.org/es/bulletin_board/entries/4408-farmers-mobilise-to-find-solutions-against-land-grabbing und <http://farmlandgrab.org/post/view/19727>
- 3 An dieser Stelle werden nur Beispiele für Aktionen genannt. Die ausführliche Erklärung gibt es unter www.fian.de/online/remos_downloads/2011-11_stop_landgrab_de.466.pdf
- 4 Vgl. www.asianpeasant.org/content/advance-struggle-end-land-grabbing-declares-asian-farmers-group
- 5 Vgl. <http://media.oaklandinstitute.org/success-halting-largest-foreign-land-deal-south-sudan>



Aus Rundbrief 3/2018

EINE KONFERENZ ÜBER DIE ZUKUNFT

Warum machen wir die Schöne Neue Welt

Die Idee, unseren Blick nun einmal ganz explizit weit in die Zukunft richten, entstand aus der Beobachtung, wie sehr wir und unsere Mitglieder, aber auch der gesamte politische Sektor, vom alltäglichen Klein-Klein bestimmt sind, von Projektantrag zu Zwischenbericht zur Abrechnung und wieder zu Projektantrag taumeln – dabei möchten wir doch eigentlich „die Welt retten“... aber wie? Die Konferenz soll auf kreative Weise Gedanken anregen und den Raum für Diskussionen darüber öffnen, welche Strategien langfristig gesehen tatsächlich zum Erfolg führen.



© Stephanie von Becker

Auch wenn es verwunderlich klingt, eigentlich ist die Schöne Neue Welt gar keine Konferenz über die Zukunft, denn wir wollen mitnichten darüber spekulieren, wie die Welt wohl irgendwann aussehen könnte – fliegende Autos ganz nach dem Geschmack unserer Digitalministerin oder doch eher ganz autofrei? Luftschlösser zu bauen, überlassen wir anderen. Die Fragen, die uns bewegen, sind: Wie können wir es schaffen, die Zukunft im Interesse von Mensch und Natur aktiv und wirkungsvoll mitzugestalten? Welche Strategien sind erfolversprechend? Welche nicht? Worin sind wir gut und wie können wir das noch besser nutzen? Und auch: Mit wem können wir Allianzen schmieden?

Mitgestalten und kommunizieren können

Als Zivilgesellschaft haben wir den Anspruch, politische Prozesse im Sinne unserer Mitmenschen und der Natur mitzugestalten. Doch obwohl Umwelt- und Entwicklungsthemen mehr denn je auf der politischen Agenda, in den Medien und im Bewusstsein der Bevölkerung präsent sind, bleiben unsere poli-

tischen Erfolge nach wie vor begrenzt. Dafür mag es verschiedenste Gründe geben, aber eins ist klar: Wenn wir viel fordern – vom Verbot von Glyphosat über den Ausstieg aus der Kohle – dann sollten wir auch etwas anzubieten haben. Und damit hadern wir oft noch. Nicht nur unser Vokabular, auch die Bilder, die wir zeichnen, kommen eher der Apokalypse als einer lebenswerten Zukunft nah. Auch das muss Teil unserer Strategie sein: Wer mitgestalten und andere mitnehmen möchte, muss auch verlockende Angebote machen können. Aber wie sieht so eine Kommunikation aus? Darüber sollten wir sprechen.

Mal demonstrieren, mal kooperieren

Wenn es um politische Einwirkungen geht, lautet unser Credo: Pragmatismus vor Ideologie. Einmal kooperieren wir mit der Regierung, beispielsweise im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, ein anderes Mal mobilisieren wir gegen ihre Politik; unter anderem bei der Wir haben es statt-Demo, bei der NGOs jedes Jahr gemeinsam mit Bäuerinnen und Bauern zu tausenden für gutes Essen und nachhaltige Landwirtschaft auf die Straße gehen. So ver-

suchen wir, mit den gegebenen Umständen und Mitteln möglichst effektiv möglichst viel zu erreichen. Kooperationen, auch mit AkteurInnen, mit denen man nicht immer einer Meinung ist, können sinnvoll sein. Aber es muss auch nicht jede Entscheidung im Konsens getroffen werden – überhaupt, wann wurde die Welt schon mal im Konsens verändert? Nicht bei der Ausrufung der deutschen Republik (passenderweise am 9.11.1918, exakt 100 Jahre vor unserer Konferenz), nicht beim Atomausstieg und ganz gewiss auch nicht bei ‚Stopp TTIP‘. Wichtigstes Ziel sollte sein, sich ganz der Sache zu verpflichten und zu versuchen, mit den uns verfügbaren Mitteln, un-

serer Rolle als Vertretung der Gesellschaft und der Umwelt gerecht zu werden. Wer können hier unsere Verbündete sein? Auch darüber sollten wir sprechen.

Interessen vertreten

Den Spagat zu schaffen zwischen dem Schutz der Umwelt und der sozialen Frage ist nicht immer einfach. Wenn wir uns auf die Fahnen schreiben, dass wir die Interessen der Natur, aber auch der Menschen hier und überall auf der Welt vertreten, dann müssen wir zunächst einmal zuhören und verstehen, was die Sorgen der Menschen sind. Und dann müssen wir uns die Frage stellen, wer eigentlich noch

Kommentar

EINE ZEITREISE IN DIE ZUKUNFT

Die Ausgabe 3/2018 des Rundbriefs war eine besondere Nummer: Sie war der Konferenzreader für die außergewöhnlichste Konferenz, die das Forum je gemacht hat. Für die Science-Fiction-Konferenz „Schöne Neue Welt“ trafen wir uns im November im Berliner »Silent Green«. Um zu der Konferenz zu gelangen, wurde man ins Jahr 2048 versetzt. Die Möglichkeit der Zeitreise eröffnete auch die Möglichkeit, prominente Redner aus anderen Zeiten für die Konferenz zu gewinnen: Aldous Huxley, oder Margaret Thatcher, oder Antonio Gramsci.

Wie wird die Welt im Jahr 2048 aussehen? Gibt es sie dann überhaupt noch, oder hat der ständig prognostizierte Weltuntergang bis dahin bereits stattgefunden? Und vor allem: Warum ist sie so geworden, wie sie geworden ist? Die Zukunft präsentierte sich in zwei gegensätzlichen Varianten. Beide, Plan A und Plan B, setzen immerhin voraus, dass die Welt bis dahin nicht untergegangen ist. Nach der mit viel Kultur angereicherten Veranstaltung verstehen wir hoffentlich besser, was wir in der Gegenwart tun müssen, um die Zukunft tatsächlich zukunftsfähig zu machen und nicht nur davon zu reden. Denn: Wenn wir die Zukunft gestalten wollen, statt nur Sachzwängen hinterherzulaufen, müssen wir besser verstehen, wie die Gegenwart geändert werden kann.

Wir beleuchteten kritisch zentrale Elemente der Zukunftsdebatten, so zum Beispiel die Rolle von Szenarien und Prognosen. Schreiben sich alle die Zukunft, die sie wollen, und sobald sie als »Szenario« oder »Prognose« in einer »wissenschaftlichen Studie« erscheinen, dienen sie als sich selbst erfüllende Voraussage? Ein roter Faden war die Macht der Eliten gegen die Macht des Volkes, von dem alle Staatsgewalt ausgeht – Power to the People, Avanti

Popolo – ist Populismus Demokratie oder ihr Gegenteil?

Der Glaube an neue Technologien, die alle Probleme lösen, ist wohl so alt wie die Menschheit – auch darum geht es, wenn wir über Zukunft sprechen. Die Angst vor einer Zukunft, die alles über den Haufen wirft, vor Globalisierung, Digitalisierung – und die Rolle von Heimat als einer Konstanten im Wandel: aktueller denn je. Wie sieht der Journalismus der Zukunft aus, gibt es ihn überhaupt noch? Welche Zukunft hat die Umweltbewegung, oder soziale Bewegungen generell?

Wir wagten keine Prognosen, das wäre vermessen gewesen, sondern die Konferenz war ein Labor, bei dem jeweils zwei verschiedene Möglichkeiten zur Debatte standen, eine positive Utopie und eine negative Dystopie. Blickt man acht Jahre später zurück, muss man konstatieren: vieles ist aktueller denn je, aber in anderer Weise als erwartet. In mancherlei Weise ist so mancher Teil der Utopie zur Dystopie geworden, und Utopie und Dystopie präsentieren sich immer öfter nicht mehr als Entweder-Oder, sondern als Sowohl-Als auch.

Wir wissen auch heute nicht, wie die Welt 2048 sein wird. Bis dahin wird noch vieles passieren, was wir nicht voraussehen konnten. 2018 konnten wir weder die Künstliche Intelligenz voraussehen noch die umfassende Re-Militarisierung der Politik. Auch die Corona-Hysterie und die Renaissance des autoritären Staates hatte niemand auf dem Plan.

 **Jürgen Maier**

Der Autor ist ehemaliger Geschäftsführer des Forum Umwelt & Entwicklung.

vom bestehenden neoliberalen System profitiert und wer es aufrechterhält? Wie kann es sein, dass ein System, das so viele Verlierer und so wenige Gewinner produziert und das schon lange nicht mehr im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung ist, immer noch stetig weiter pervertiert wird? Wer sind die ProfiteurInnen, wer sind die TreiberInnen? Hierhin müssen wir schauen, wenn wir für die Menschen und ihre Umwelt eintreten sollen. Dort lauert auch die Antwort auf die Frage, wie wir den Neoliberalismus in den nächsten 30 Jahren wieder rückabzuwickeln können. Mit der Schönen Neuen Welt möchten wir den Versuch unternehmen, uns all diesen Fragen zu

nähern. Fernab des Alltags möchten wir einen Raum schaffen, wo wir uns auf eine ganz neue Weise den großen strategischen Fragen widmen können. Wo wir uns weiter organisieren und vernetzen können und dann hoffentlich mit ein bisschen mehr Weitblick zurück an den Schreibtisch gehen.



Marijana Todorovic

Die Autorin war Referentin beim Forum Umwelt & Entwicklung und Mitorganisatorin der Schönen Neuen Welt.



© Stephanie von Becker



Ricardo Marques / unsplash

KITSCH, KLISCHEES UND WELTPOLITIK

Deutsche Pazifik-Politik und mediale Berichterstattung zur Anerkennung Niues

Seit einigen Jahren rücken die pazifischen Inselstaaten stärker in das Bewusstsein der deutschen Politik und Öffentlichkeit. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass der deutsche Außenminister Johann Wadephul im Februar 2026 Tonga besuchte. Es war bereits der dritte Besuch auf Außenminister:innen-Ebene seitdem Wadephuls Vorgängerin Annalena Baerbock im Jahr 2022 als erste deutsche Ministerin überhaupt in einen der pazifischen Inselstaaten reiste. Doch immer noch ist die Sichtweise auf Ozeanien in Deutschland häufig von Unwissen sowie von Klischees, Kitsch und kolonialen Sichtweisen geprägt.

Das zeigt sich insbesondere an der medialen Berichterstattung zu der im Januar vom Bundeskabinett beschlossenen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Niue. Niue war zuvor das einzige Mitglied des Pazifischen Inselforums (Pacific Islands Forum) – der wichtigsten Regionalorganisation in Ozeanien –, mit dem Deutschland formal noch keine Beziehungen unterhielt. Besiegelt wurde die Aufnahme der Beziehungen während Wadephuls Pazifik-Besuch

durch die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung mit dem Regierungschef Dalton Tagelagi.

Zahlreiche deutsche Redaktionen überschlugen sich mit Meldungen, die viel über fortbestehende Vorurteile und Klischees über den Pazifik in Deutschland verraten. Bedenkt man, wie wenig Berichterstattung es in Deutschland üblicherweise zu den pazifischen Inseln gibt, ist die schiere Menge an Meldungen überraschend, gleichzeitig aber vielleicht auch nachvollziehbar, denn immerhin passiert

» Immer wieder wird Niue als „Südsee-Paradies“ bezeichnet. Aber natürlich ist Niue ebenso wie jeder andere Ort auf der Welt kein „Paradies“, sondern ein Ort mit realen Herausforderungen.

es nicht alle Tage, dass Deutschland diplomatische Beziehungen zu einem neuen Land aufnimmt.

Kitsch, Klischees und Fehlinformationen

Nicht nachvollziehbar ist hingegen, dass viele der Meldungen – bis hin zu eigentlich seriösen Quellen wie der Tagesschau – regelrecht von Kitsch und Klischees triefen: Immer wieder wird Niue als „Südsee-Paradies“ bezeichnet. Aber natürlich ist Niue ebenso wie jeder andere Ort auf der Welt kein „Paradies“, sondern ein Ort mit realen Herausforderungen. Dazu zählt der Klimawandel, der Niue ebenso wie andere Inselstaaten besonders stark trifft. Aber auch die große wirtschaftliche Abhängigkeit, begrenzte Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten und eine daraus resultierende hohe Abwanderungsquote prägen das nicht wirklich „paradiesische“ Leben vieler Menschen in Niue.

Das „Südsee-Paradies“-Klischee wird auch durch die Bebilderung bedient: Viele Artikel sind „geschmückt“ mit Stock-Fotos traumschöner, palmengesäumter langer Sandstrände – die es so in Niue allerdings gar nicht gibt. Niue ist nämlich eine gehobene Vulkaninsel mit Klippen und Felsen. Lange Sandstrände: Fehlanzeige. Das ist eine sich aus Unwissenheit und mangelnder Recherche speisende Fehlinformation auf der Annahme, alle pazifischen Inselstaaten müssten einem bestimmten Bild entsprechen. Das ist problematisch, denn wer in Deutschland jetzt nach Niue googelt, landet überwiegend auf diesen News-Meldungen aus dem Jahr 2026 und hat es also noch schwerer als zuvor, zutreffende Informationen zu finden.

Ebenfalls auf vielen dieser Stock-Fotos abgebildet sind dem westlichen Schönheitsideal entsprechende Tourist:innen, welche die gar nicht existierenden langen Sandstrände entlang spazieren. Nur, wie man bei manchen dieser Meldungen sogar lesen kann: Niue hat keinen nennenswerten Tourismus. Trotzdem wird in denselben Beiträgen vorzugsweise ausgerechnet die Tourismusbehörde zitiert. Es passt halt so schön ins Klischee. Hat nur nichts mit der Lebensrealität der Menschen vor Ort zu tun.

Die politische Bedeutung der Anerkennung Niues

Mit weniger als 2.000 Einwohner:innen ist Niue ein selbst für pazifische Maßstäbe kleiner Staat. Das Land hat einen Sonderstatus, gilt als weitgehend unabhängig, unterhält aber eine freie Assoziierung mit Neuseeland. Niue ist eigenständiges Mitglied von Regionalorganisationen und Abkommen wie etwa der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen und dem Pariser Klimaabkommen, nicht jedoch der Kernorganisation der Vereinten Nationen (United Nations, UN). Die Cook-Inseln, die denselben politischen Status besitzen wie Niue, hat Deutschland schon 2001 diplomatisch anerkannt. Es ist richtig und überfällig, nun mit dem kleineren Niue ebenfalls Beziehungen aufzunehmen. Aber ganz so bahnbrechend, wie einige Medien es darstellen, ist es nicht.

Viele der Nachrichtenmeldungen rücken die Anerkennung Niues in einen Zusammenhang mit dem Machtkampf zwischen China und den USA, der seit einigen Jahren im Pazifik tobt. Aber auch mit diesem Machtkampf hat die Anerkennung Niues wenig zu tun. Vor allem wird sie diesen kaum beeinflussen. Das liegt einerseits daran, dass man die derzeitige Rolle Deutschlands im Pazifik nicht überbewerten sollte. Gerade in der Zusammenarbeit zum Klimawandel ist Deutschland ein wichtiger Partner, im Machtkampf im Pazifik spielt Deutschland jedoch kaum eine Rolle. Was auch gut so ist. Andererseits liegt es daran, dass auch Niue in diesem Machtkampf keine entscheidende Rolle zukommt. Anders als die Cook-Inseln, die sich in den letzten Jahren trotz ihrer Assoziierung mit Neuseeland stark China angenähert haben, hat Niue kaum nennenswerte Beziehungen zur Volksrepublik.

Geopolitik und ihre Grenzen in Ozeanien

Das soll die Bedeutung von Geopolitik in Ozeanien nicht kleinreden. Es ist – leider – völlig richtig, dass Machtkämpfe zwischen den USA, China und weiteren Staaten sich immer weiter zuspitzen. Dies droht, die Inselstaaten in ihrer Unabhängigkeit einzuschränken und zu spalten. Und könnte auch in-

ternational negative Folgewirkungen haben. Denn die pazifischen Staaten zählen zu den wichtigsten Fürsprechern einer stärkeren Klimapolitik. Noch schweift sie die Notwendigkeit zum Handeln zusammen, doch in Folge ausländischer Machteinflüsse tun sich zwischen den Inselstaaten immer deutlichere Gräben auf.

Viele pazifische Inselstaaten haben das Gefühl, sich für eine Seite des Konflikts entscheiden zu müssen. Und damit auch gegen die andere Seite. Letztlich bedeutet das: Unabhängigkeit light. Neokolonialismus 2.0. Dennoch findet sich dieses Bild, diese Erwartungshaltung, die Inselstaaten müssten sich jeweils für eine Seite entscheiden, immer wieder in den Medien, aber auch in wissenschaftlichen Betrachtungen. Das übersieht, dass die meisten der pazifischen Staaten mit allen Seiten gleichermaßen zusammenarbeiten wollen – so wie wir es in Deutschland auch selbstverständlich für uns in Anspruch nehmen. Diese Sichtweise ist aber auch deshalb problematisch, weil die Inselstaaten trotz aller Machteinflüsse immer wieder zeigen, dass sie eigene Prioritäten wie den Klimaschutz haben, die sie auch gegen den Widerstand mächtigerer Staaten mutig vorantreiben. Sie sind eben nicht nur „Opfer“ der Politik anderer. Der Versuch, alles, was im Pazifik passiert, mit geopolitischen Interessen zu erklären, greift zu kurz. Die Inselstaaten sind nicht bloß „Objekte“ im Machtkampf anderer. Inner-pazifische Entwicklungen und Streitigkeiten sowie kulturelle Gemeinsamkeiten erhalten kaum Aufmerksamkeit, prägen das, was in der Region passiert aber ebenso wie die Großmächte.

Deutschland und die pazifischen Inselstaaten

Deshalb ist es erfreulich, dass der deutsche Außenminister während seiner Tonga-Reise nicht mit Äußerungen zur Geopolitik oder mit deutscher Selbstüberschätzung aufgefallen ist, sondern sich auf pazifische Prioritäten wie den Klimawandel konzentrierte. Unter anderem sicherte er den Inselstaaten mehr internationale Unterstützung zu.

Das hat auch strategische Gründe: Zum einen kandidiert Deutschland derzeit für einen nicht-ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Als Land, das sich in der Vergangenheit dafür starkgemacht hat, den Klimawandel auf die Agenda des UN-Gremiums zu setzen, hofft Deutschland bei der Wahl im Juni auf die Stimmen der Inselstaaten. Zum anderen strebt Deutschland an, als strategischer Partner der Pazifik-Region anerkannt zu werden. Im vergangenen Jahr haben die Mitglieder der Inselforums eine Reform ihres Partner-Systems beschlossen. Zu den Kriterien für eine strategisch Partnerschaft zählen die sektübergreifende Zusammenarbeit mit der gesamten Region, die Fokussierung auf Prioritäten wie den Klimawandel und die Unterstützung pazifischer Ansätze. Deshalb ist es sicherlich kein Zufall, dass Wadephul Tonga und damit den Standort einer neu geschaffenen regionalen Einrichtung zur Stärkung

der Klimaresilienz, die als Musterbeispiel für solche pazifischen Initiativen gilt, besucht hat.

Mangelnde Glaubwürdigkeit und Deutschlands koloniales Erbe

Genau hier kommt Niue wieder ins Spiel: wichtiger als die Beziehungen zwischen Deutschland und Niue dürfte für die Bundesrepublik nämlich das Signal an die restlichen Inselstaaten sein, dass Deutschland an einer möglichst breit angelegten Zusammenarbeit mit der Region interessiert ist. Soweit zumindest die Theorie. Denn, ob die Anerkennung Niues und die schönen Worte Wadephuls darüber hinwegtäuschen können, dass Deutschland beim Klimaschutz ein enormes Glaubwürdigkeitsproblem hat, bleibt abzuwarten. Es wäre naiv zu glauben, dass im Pazifik niemand mitbekommen hätte, dass die Bundesregierung ihre aus pazifischer Sicht ohnehin enttäuschende Klimapolitik immer weiter zurückfährt.

Dennoch: es ist gut, dass Deutschland sich dem Pazifik stärker zuwendet. Deutschland ist gut beraten, sich bei seinem Engagement nicht in geopolitische Konflikte hineinziehen zu lassen. Das hängt auch mit der kolonialen Geschichte zusammen. Kaum jemand hierzulande weiß, dass Deutschland vor dem 1. Weltkrieg eine der bedeutendsten Kolonialmächte in Ozeanien war. Papua-Neuguinea, Samoa oder Palau: viele der heute unabhängigen Inselstaaten standen unter deutscher Kolonialherrschaft. Das muss endlich aufgearbeitet werden. Aus Sicht vieler Menschen im Pazifik zählt dazu auch, sich kritisch damit auseinanderzusetzen, warum sich Deutschland bis vor wenige Jahre nahezu gar nicht mehr für Ozeanien interessiert hat. Gerade aufgrund der eigenen Vergangenheit steht Deutschland in einer besonderen Verantwortung, die Eigenständigkeit der Inselstaaten zu unterstützen und sie dabei zu stärken, sich geopolitischen Einflüssen entgegenzustellen.

Auch über die Politik hinaus ist es eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft, Vorurteile, Verallgemeinerungen und völlig aus der Zeit gefallene Vorstellungen zu Ozeanien beiseitezulegen. Niue und die pazifischen Inselstaaten sind kein Paradies. Sie sind aber auch nicht bloß Opfer von Geopolitik und Klimawandel. Und sie entsprechen nicht alle demselben Klischee-Bild, sondern sind unglaublich vielfältig.



Oliver Hasenkamp

Der Autor ist stellvertretender Vorsitzender des Vereins Pazifik-Netzwerk e.V.



Micha / unsplash

SICHERHEIT FÜR WEN?

Die Nationale Maritime Konferenz und die blinden Flecken der maritimen Politik

Die Nationale Maritime Konferenz (NMK) 2026 in Emden stand, wie erwartet, ganz im Zeichen der Stärkung der maritimen Wirtschaft. Doch während Politik und Wirtschaft über die „Sicherheit Deutschlands“ sprachen, blieb eine zentrale Frage ungestellt: Sicherheit für wen? Die Konferenz zeigte einmal mehr, dass die maritime Branche zwar ihre eigene Stabilität feiert – die Menschen, die diese Stabilität erst ermöglichen, und die Ökosysteme, die sie tragen, jedoch kaum Beachtung fanden.

Jeden Tag transportieren knapp 2 Millionen Seeleute 90 % des globalen Handels über die Ozeane. Sie arbeiten unter Bedingungen, die wir hierzulande nicht akzeptieren würden: 70 bis 90 Stunden pro Woche, sieben Tage die Woche, oft monatelang ohne Landgang, mit hoher körperlicher und seelischer Belastung. Ihr Arbeitsplatz – die internationale Handelsflotte – ist zudem Schauplatz gewaltsamer Konflikte, sei es durch Piraterie, Angriffe auf Schiffe oder die aktuellen Spannungen in der Straße von Hormus oder im Roten Meer.

Und die Arbeitsrealität vieler Crews wird zusätzlich durch Billigflaggen verschleiert: Ein System, das Reedereien ermöglicht, Steuern zu sparen und Arbeits- sowie Umweltstandards zu umgehen. Wer

schützt diese Menschen, die unsere globale Wirtschaft am Laufen halten?

Die Kosten der „Sicherheit“: Wer zahlt den Preis?

Während die NMK die maritime Wirtschaft als stabilisierenden Faktor der globalen Wirtschaft feierte, offenbarten sich die Widersprüche dieses Systems:

Für Seeleute bedeutet die „Sicherheit unserer Lieferketten“ oft Unsicherheit im eigenen Leben: prekäre Arbeitsverhältnisse, fehlende medizinische Versorgung und die Gefahr, in Krisen im Stich gelassen zu werden.

Für Küstengemeinschaften im Globalen Süden bedeutet die „Sicherheit unserer Rohstoffversorgung“ die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen:

» Die versprochene Klimafinanzierung des Globalen Nordens bleibt unzureichend – und kommt oft mit neuen Schulden daher.

steigende Meeresspiegel, verschmutzte Gewässer und leergefischte Meere. Die versprochene Klimafinanzierung des Globalen Nordens bleibt unzureichend – und kommt oft mit neuen Schulden daher.

Für das globale Klima bedeutet die „Sicherheit unserer Handelsrouten“ eine Beschleunigung der Klimakrise. Die Schifffahrt ist für fast 3 % der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich – mehr als die gesamte Luftfahrt. Doch während Flugzeuge längst reguliert werden, bleibt die Schifffahrt weitestgehend unangetastet.

Tiefseebau: Ein Symbol für kurzsichtige Politik

Ein besonders eklatantes Beispiel für die Doppelmoral der maritimen Politik ist der Tiefseebau. Die Bundesregierung betont zwar, an einer „vorsorglichen Pause“ festzuhalten – doch gleichzeitig fördert sie Projekte wie „Deep Sea Sampling“ oder Testvorhaben von Unternehmen wie „Impossible Metals“.

Die Tiefsee ist eines der letzten unberührten Ökosysteme unseres Planeten. Statt sie zu schützen, wird sie zunehmend als neue Rohstoffquelle gesehen – mit unkalkulierbaren Folgen für die marine Biodiversität und die Menschen, die von intakten Meeresökosystemen abhängen.

Echte Sicherheit: Gerechtigkeit statt Ausbeutung

Echte Sicherheit im maritimen Sektor kann nicht durch Abgrenzung oder Ausbeutung entstehen. Sie basiert auf Gerechtigkeit, Kooperation und dem verantwortungsvollen Umgang mit gemeinsamen Ressourcen:

Für Seeleute bedeutet das: faire Arbeitsbedingungen, verbindliche Standards und die Anerkennung, dass sie keine austauschbaren Räder im System sind – sondern diejenigen, die es am Laufen halten.

Für Küstengemeinschaften bedeutet das: Klimagerechtigkeit, Zugang zu Anpassungsfinanzierung und den Schutz ihrer Lebensräume – ohne neue Schulden oder Abhängigkeiten.

Für das Ökosystem bedeutet das: ein Ende der Ausbeutung der Tiefsee und die Erkenntnis, dass ein gesundes Meer die beste Lebensversicherung für uns alle ist.

Eine verpasste Chance und ein Aufruf zum Umdenken

Die NMK 2026 hat gezeigt, dass die maritime Politik weiterhin Wirtschaft und geopolitische Interessen in den Mittelpunkt stellt – während die Menschen, die diese Wirtschaft tragen, und die Umwelt, die sie ermöglicht, am Rand bleiben. Doch echte Sicherheit kann nicht auf Kosten anderer gehen. Sie entsteht nur, wenn wir alle Betroffenen einbeziehen – die Crews auf den Schiffen, die Küstengemeinschaften des Globalen Südens und die Ökosysteme, von denen wir alle abhängen.

Es braucht eine maritime Branche, die auf Partnerschaft statt auf Ausbeutung basiert, und eine Meerespolitik, die nicht nur Rohstoffe sichert, sondern die Zukunft aller schützt, die vom Meer abhängen. Wir brauchen politische Entscheidungen und Diskussionen, die die Betroffenen ins Zentrum setzen. Ein Schritt in diese Richtung wäre es, sie in Konferenzen wie die NMK einzubinden und ihre Bedarfe anzuhören.

Denn am Ende geht es nicht um Schiffe. Nicht um Rohstoffe. Es geht um Menschen. Um Gerechtigkeit. Um die Zukunft, die wir gemeinsam gestalten wollen.



Johanna Zschornack

Die Autorin ist Geschäftsführerin des Bremer entwicklungspolitischen Netzwerks e.V. (BeN). Das BeN ist Mitglied im zivilgesellschaftlichen Netzwerk ‚Fair übers Meer‘. Johanna Zschornack hat die NMK von „Außen“ betrachtet, da sie selbst nicht als Teilnehmerin zugelassen worden war.

Hinweis: In Übereinstimmung mit unserem „Verhaltenskodex für die Nutzung von KI im BeN“ (<https://ben-bremen.de/wp-content/uploads/2024/10/Positionspapier-KI-1.pdf>) weist die Autorin darauf hin, dass dieser Text unter Zuhilfenahme von künstlicher Intelligenz (LeChat) verfasst wurde.



Max Phillips (Jeremy Buckingham MLC) CC BY-NC-ND 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/>)

KOHLE IST KOHLE

Warum Australien deshalb handeln muss

Anlässlich der ‚Santa Marta-Konferenz‘ in Kolumbien, im Rahmen derer Regierungen zum ersten Mal über den Ausstieg aus fossilen Energien beraten haben, hat die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation **urgewald** ein Briefing veröffentlicht, in dem auf die zunehmende Produktion von metallurgischer Kohle (sogenannte Met-Kohle) hingewiesen wird. Viele Staaten übersehen leider weiterhin, dass Met-Kohle ein extrem klimaschädlicher fossiler Brennstoff ist, dessen Einsatz in industriellen Bereichen dringend beendet werden muss.

Unternehmen, Regierungen und Finanzinstitute unterscheiden häufig zwischen ‚Kraftwerkskohle‘ und Met-Kohle – je nach deren Verwendungszweck. Unternehmen verbrennen Kraftwerkskohle hauptsächlich zur Stromerzeugung. Met-Kohle dagegen wird verbrannt, um Eisenerz zu Eisen und anschließend zu Stahl zu verarbeiten. Met-Kohle enthält mehr Kohlenstoff und weniger Feuchtigkeit als Kraftwerkskohle, wodurch sie eine höhere Energiedichte aufweist und in der

Regel teurer ist. Aus klimatischer Perspektive kann Met-Kohle mehr als dreimal so umweltschädlich sein wie Kraftwerkskohle, da sie höhere Methanemissionen verursacht.¹

Australien: Vorsitz der COP31 & führend im Met-Kohlegeschäft

Gerade Australien trägt eine besondere Verantwortung: Nachdem der Staat den Wahlkampf um den Vorsitz der COP31 gewonnen hat, sollte Australien

» Wichtige Normungsgremien der Finanzbranche haben bereits erkannt, dass auch Met-Kohle ein Problem ist.

nun einen konkreten Termin für den Kohleausstieg benennen. Doch obwohl Australien anerkennt, dass der COP-Vorsitz die Richtung der Verhandlungen bestimmt, Debatten lenkt und politische Gräben überbrückt, gibt es leider keine Anzeichen dafür, dass Australien die Kohle aufgibt. Im Gegenteil: Australien ist der weltweit größte Exporteur von Met-Kohle und zugleich der Staat mit den weltweit größten geplanten Ausbauplänen für diesen hochgradig umweltschädlichen und oft überschenen fossilen Brennstoff.

Welche zerstörerischen Met-Kohleminen in Australien sind geplant?

Als Australien den Vorsitz der COP übertragen wurde, erklärte Premierminister Anthony Albanese: „Unsere Region steht an vorderster Front der Klimakrise, wo die Auswirkungen des Klimawandels real und unmittelbar sind. Die COP31 wird den Fokus der Welt auf die Auswirkungen, Chancen und Prioritäten in unserer Region lenken.“² Australiens Projekte zum Ausbau von Met-Kohle erzählen jedoch eine ganz andere Geschichte:

Peak Downs Mine: Das australische Unternehmen BHP und das japanische Unternehmen Mitsubishi wollen die Lebensdauer ihrer Peak-Downs-Kohlemine um 93 Jahre bis 2116 verlängern. Die 300 Meter tiefe Mine fördert ausschließlich Met-Kohle für die Stahlherstellung. Dies macht die Verlängerung der Lebensdauer bis weit ins nächste Jahrhundert hinein noch fragwürdiger.

Blackwater South: Das australische Unternehmen Whitehaven plant aktuell die Blackwater South Mine. Diese soll 2032 in Betrieb gehen und noch bis ins Jahr 2122 Met-Kohle produzieren. Sollte die Regierung die Pläne von Whitehaven genehmigen, würde dies einen Lebensraum für Koalas zerstören, der etwa 3.200 Fußballfeldern entspricht.

Winchester South: Whitehaven beabsichtigt zudem, das Tagebauprojekt ‚Winchester South‘ für Kraftwerks- und Met-Kohle zu errichten. Dieses Kohlebergwerk würde eine Menge an Emissionen verursachen, die den gesamten jährlichen Emissionen Australiens entsprechen. Das Unternehmen

plant, sein giftiges Abwasser einfach in den Isaac River zu leiten, was die Trinkwasserversorgung einer ohnehin schon wasserarmen Region in Queensland gefährdet.

Es gibt klimafreundliche Alternativen zu Met-Kohle

Heute können Unternehmen grünen Wasserstoff oder grünen Strom nutzen, um klimafreundliches Eisen und Stahl herzustellen.³ Der Think Tank Agora Industry hat berechnet, dass bereits Anfang der 2040er Jahre eine weltweite Stahlproduktion ohne Kohle möglich ist.⁴ Die Internationale Energieagentur hat zudem festgestellt, dass die bestehenden Met-Kohlebergwerke bereits genug Kohle liefern, um den Bedarf bis 2050 zu decken.⁵ Dennoch planen Unternehmen weiterhin 273 neue Met-Kohle Minen oder Erweiterungen von bestehenden Minen, die die Produktion um 52 Prozent steigern würden.⁶ Die australische Kohleindustrie ist eines der größten Hindernisse für einen ehrgeizigen Ausstieg aus der Kohle.

Wir brauchen einen konsequenten Kohleausstieg – inklusive Met-Kohle!

Wichtige Normungsgremien der Finanzbranche haben bereits erkannt, dass auch Met-Kohle ein Problem ist: Die Science Based Targets Initiative, die wissenschaftlich fundierte Emissionsreduktionsziele für Unternehmen definiert, hat zum Beispiel kürzlich einen ‚Net-Zero-Standard für Finanzinstitute‘ veröffentlicht, in dem sie den Ausschluss von Unternehmen fordert, die in Met-Kohle expandieren.⁷ Auch die von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde erlassene Verordnung über Paris-Aligned Benchmarks unterscheidet nicht zwischen Kraftwerkskohle und Met-Kohle.

Australien sowie alle anderen Regierungen müssen spätestens auf der COP31 diesem Beispiel folgen und sich zu einem gemeinsamen Ausstieg aus der Kohle insgesamt verpflichten – sowohl aus der Kraftwerkskohle als auch aus der Met-Kohle.

Für die indigenen Gemeinschaften in Australien darf ein Ausstieg aus der Met-Kohle zudem nicht erneut zu schädlichen Auswirkungen des Rohstoff-

bbaus führen. Der Kohlebergbau hatte verheerende Folgen für die Wassersysteme, die Kulturlandschaften und das die Gemeinschaften. Sogenannte ‚Just Transition‘-Rahmenwerke müssen auf der freien, vorherigen und informierten Zustimmung (FPIC) basieren, Wasser als lebendes System schützen und eine von den indigenen Gemeinschaften geführte Governance gewährleisten.



Moritz Leiner

Der Autor ist Energie- und Finanzcampaigner bei dem Umwelt- und Menschenrechtsverein Urgewald e.V.

-
- 1 Steelwatch (2025): Met coal: what it is and why it is a climate risk. SteelWatch Explainer Series – Metallurgical Coal. Den Haag. <https://steelwatch.org/steelwatch-explainers/steelwatch-explainer-met-coal-what-it-is-and-why-it-is-a-climate-risk/>
 - 2 Prime Minister of Australia (2025): COP to be hosted by Türkiye with Australia leading negotiations. Canberra. <https://www.pm.gov.au/media/cop-be-hosted-turkiye-australia-leading-negotiations>
 - 3 Steelwatch (2025)
 - 4 Agora Industrie (2023): The global steel industry can achieve net-zero emissions by the early 2040s. Berlin. <https://www.agora-industry.org/news-events/the-global-steel-industry-can-achieve-net-zero-emissions-by-the-early-2040s-1-1>
 - 5 International Energy Agency (2021): Net Zero by 2050: A Roadmap for the Global Energy Sector. Paris. https://iea.blob.core.windows.net/assets/20959e2e-7ab8-4f2a-b1c6-4e63387f03a1/NetZeroBy2050-ARoadmapfortheGlobalEnergySector_CORR.pdf, S.103
 - 6 Urgewald (2026): Met Coal Exit List 2026: Hundreds of New Metallurgical Coal Mine Projects put Communities, Ecosystems and Our Climate at Risk. Berlin. https://www.coalexit.org/sites/default/files/download_public/MCEL%20Briefing%202026.pdf
 - 7 Science Based Targets initiative (2025): Financial Institutions Net-Zero Standard: Version 1.0. London. <https://files.sciencebasedtargets.org/production/files/Financial-Institutions-Net-Zero-Standard.pdf>



VON MYTHEN UND FAKTEN

Ein Warnruf zur aktuellen Energiepolitik

Katharina Reiche verfolgt fossil-atomare Interessenspolitik und behindert die Energiewende – Eine Rezension von „Kurzschluss: Wie wir unsere Energiezukunft verspielen“ von Prof. Dr. Claudia Kemfert

Professorin **Claudia Kemfert** ist mit ihrem jüngsten Werk „Kurzschluss: Wie wir unsere Energiezukunft verspielen“ eine sehr treffende Beschreibung der Gefahren der aktuellen Energiepolitik gelungen. Seit Jahrzehnten ist sie versiert in der Energiepolitik zuhause und nimmt immer wieder fundiert zu Entwicklungen und politischen Entscheidungen Stellung. Erfreulicherweise scheut sie dabei nicht vor deutlichen Worten zurück.

Mit dem Titel ihrer Publikation bringt die Expertin es auf den Punkt. Denn derzeit ist die zuständige Wirtschaftsministerin Katharina Reiche dabei, die dringend erforderliche und in Umsetzung befindliche Energiewende auszubremsen. Doch aufhalten lässt sie sich nicht, allenfalls etwas verzögern – jedoch mit Nachteilen für die allermeisten. Denn sie wird auch von Großteilen der Wirtschaft gefordert und in vielen Teilen auch schon umgesetzt. Aber wir müssen Kurs halten und dürfen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, damit Energie- und Verkehrswenden auch wirklich gelingen. Nur so können auch dauerhaft wettbewerbsfähige Strompreise sichergestellt werden, weil eben die Erneuerbaren Energien die kostengünstigsten sind.

In 13 Kapiteln analysiert die Energieökonomin die verschiedenen Bereiche der Energiepolitik und der eingeleiteten Energiewende. Dabei entkräftet sie weit verbreitete Behauptungen mit wissenschaftlich fundierten Gegenargumenten. So führt sie die Leserschaft sehr gut durch die teils komplexe öffentliche Diskussion. Ihre prägnanten Kapitelüberschriften bringen die Kernbotschaften leicht verständlich rüber.

Angefangen bei der Verkehrspolitik zeigt die wichtigste deutsche Wissenschaftlerin für Energie- und Klimaökonomie, warum Elektroautos besser als ihr Ruf sind. Sie erinnert daran, dass deutsche Autos einmal die besten der Welt waren – was den Kontrast zur aktuellen Lage nur noch drastischer macht. Dabei räumt sie zugleich auch mit dem vermeintlichen Argument auf, man brauche auf dem Land ein Auto. Sie setzt dem die Verkehrswende mit mehr und besserem öffentlichen Verkehr entgegen, wofür es allerdings politischen Willen brauche.

Weiter geht es mit der Energiewende: Klimaschutz müsse und könne sozial und damit gerecht gestaltet werden. Damit wird die häufig kursierende These, sie sei teuer und vernichte Arbeitsplätze, überzeugend widerlegt.

Die Diskussion um den sogenannten „Heizungshammer“ wird aufgearbeitet und sehr gut eingeordnet. Das Gesetz der Ampelkoalition zur Heizungsmodernisierung wurde von einigen Interessensvertreter:innen und Medien so bezeichnet, um es politisch und fachlich abzuwerten. Doch Claudia Kemfert zeigt auf, dass große Teile der Diskussion darum inszeniert waren, denn die Argumente dafür sind wissenschaftlich gut begründet. So kann man nur die Schlussfolgerung ziehen, dass

wesentliche Teile der damaligen Debatte in die Nähe von Fake-News eingeordnet werden müssen.

Ob die Subventionen für Flüge nach Mallorca oder die ausbleibende Renaissance der Atomkraft trotz vermeintlicher Blackout-Gefahr, ob Speichermythen oder der Green Deal als Europas industriepolitische Chance – gekonnt und kompetent führt sie die Leser:innen durch die Klippen der vermeintlich richtigen Argumente und Diskussionsstränge und klärt auf.

Zu guter Letzt zeigt Kemfert auf, wie und warum echter Wandel möglich ist und dass es dafür noch lange nicht zu spät ist. Durch angemessene Bürgerinnenbeteiligung sind nicht nur Energie- und Verkehrswende möglich, sondern so kann auch unsere Demokratie weiter lebendig bleiben und weiterentwickelt werden. Ermutigend ist ihre abschließende Botschaft, dass wir alle gemeinsam uns aufmachen und entsprechende Veränderungen umsetzen können. Es gilt: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!

Die Leiterin der Abteilung „Energie, Verkehr, Umwelt“ am renommierten Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) wurde zu Recht bereits mit zahlreichen Preisen und Ehrungen bedacht. So erhielt sie zum Beispiel vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) 2016 den Adam-Smith-Preis für marktwirtschaftliche Umweltpolitik.¹ Sie ist eine mehrfach ausgezeichnete Spitzenforscherin, gefragte Expertin für Politik und Medien und Bestsellerautorin. Mit „Kurzschluss“ dürfte ihr ein weiterer Bestseller gelungen sein.



Kai Schlegelmilch

Der Autor ist Aufsichtsratsvorsitzender und Mitgründer des Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS).

¹ <https://foes.de/de-de/ueber-uns/adam-smith-preis>

Kurzschluss

Wie wir unsere Energiezukunft verspielen

Autorin: Prof. Dr. Claudia Kemfert

Erschienen im Campus-Verlag,
Frankfurt a. M./New York 2026.

Weitere Informationen/Bestellung:
<https://campus.de/wirtschaft-gesellschaft/wirtschaftssachbuch/kurzschluss/CAM52185>



VERSPRECHEN GEBROCHEN

**Wenn Geopolitik unsere Handelspolitik diktiert,
rutschen wir weiter nach rechts**

Mit atemberaubendem Tempo treibt die EU-Kommission neue Handelsabkommen voran. Fast noch schneller kommt die Kehrtwende jener, die einst zu den schärfsten Kritiker:innen der Globalisierung gehörten. Gewerkschafter:innen, grüne Politiker:innen und progressive NGOs übernehmen heute Argumente der „geopolitischen Notwendigkeit“. Dabei blenden sie aus, welche Rolle die neoliberale Globalisierung in den vergangenen 30 Jahren gespielt hat. Gerade jetzt wäre der Moment, genauer hinzusehen: Wie hat diese Form der Globalisierung Lohnarbeit prekär gemacht? Wie hat sie die Klimakrise verschärft und demokratische Strukturen ausgehöhlt? Denn genau diese Entwicklungen befeuern den globalen Rechtsruck – jenen Rechtsruck, der nun als Begründung für neue Handelsabkommen dient. Die Logik ist zirkulär – und fatal: Mehr „Frei“handel soll die Instabilität lösen, die durch eben diesen mit erzeugt wurde. So vertiefen neue Abkommen genau das Problem, das sie angeblich bekämpfen.



Wolfgang Weiser / unsplash

Die neoliberale Globalisierung hat ihr zentrales Versprechen – „Wohlstand für alle“ – nicht eingelöst. Im Gegenteil: Ihre größten Profiteur:innen sind laut Branko Milanović das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung. Gleichzeitig zählt vor allem die Mittelschicht in den OECD-Staaten zu den Verlierer:innen dieser Entwicklung. Niedrig qualifizierte Arbeit wurde zunehmend in Länder mit geringeren Löhnen und oft ausbeuterischen Arbeitsbedingungen verlagert. Ein Ausgleich im globalen Norden blieb aus. Stattdessen wuchsen dort Niedriglohnsektoren, während immer mehr atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Parallel zog sich der Staat aus der sozialen Absicherung zurück. Die Folge sind nicht nur materielle Verluste, sondern auch Unsicherheit und Abstiegsängste. Diese Stimmung spiegelt sich im Wahlverhalten wider – und stärkt rechtsextreme Parteien. Ein Blick in den sogenannten Rust Belt der USA zeigt die Dynamik besonders deutlich: In der deindustrialisierten Region prägen Arbeitsplatzverlust und Unsicherheit den Alltag vieler Menschen. Ohne ihre Stimmen wäre der politische Aufstieg von Donald Trump nicht gelungen. Auch in Deutschland zeigt sich ein ähnliches Muster. Studien, etwa vom Kiel Institut für Weltwirtschaft, kommen zu einem klaren Ergebnis: „Verlierer der Globalisierung wählen rechts“. Vergleichbare Befunde gibt es auch für andere westliche Demokratien. Rechtsextreme Parteien knüpfen genau hier an. Mit nationalistischen und protektionistischen Versprechen erzeugen sie die Illusion, Kontrolle und Wohlstand ließen sich einfach zurückholen.

Schrumpfende politische Handlungsspielräume

Dass Globalisierung auch Verlierer hervorbringt, bestreiten selbst ihre größten Fürsprecher:innen nicht. Widersprüchlich wird es, wenn sie zugleich fordern, diese Verlierer „nicht zu vernachlässigen“. Denn das setzt politische Spielräume voraus: eine aktive Industriepolitik für strukturschwache Regionen, klare Umbaupläne für betroffene Branchen oder eine soziale Grundversorgung, die sich alle leisten können. Doch genau diese Spielräume schrumpfen – mit jedem neuen Handelsabkommen ein Stück mehr. Besonders sichtbar wird das in der Debatte um „Made in Europe“. Politiker:innen von links bis rechts fordern, strategisch wichtige Güter wieder stärker in Europa zu produzieren. Gleichzeitig untersagen die Regeln der Welthandelsorganisation sowie zahlreiche Handelsabkommen genau diese Bevorzugung europäischer Unternehmen. Die Folge ist ein politischer Widerspruch: Was öffentlich gefordert wird, ist rechtlich oft gar nicht mehr möglich. Hinzu kommt ein wachsender Druck durch Investitionsschutz-Schiedsgerichte. Sowohl Deutschland als auch die EU werden derzeit von Konzernen verklagt, weil sie mit Übergewinnsteuern auf die Energiekrise reagierten und Energie für Haushalte leistbarer machen wollten. Politik gerät so in ein enges Korsett – geschnürt von Regeln, die sie selbst geschaffen hat.

Klimakrise wird angeheizt

Die Verflechtung von globalem Handel und Klimakrise ist noch gravierender als oft angenommen. Schon der weltweite Transport von Gütern verursacht rund fünf Prozent der globalen Treibhausgasemissionen. Nach Angaben des Weltklimarates hängen sogar etwa 25 Prozent der Emissionen direkt oder indirekt mit internationalem Handel zusammen. Doch es geht nicht nur um Zahlen. Der Handel treibt Entwicklungen an, die das Klima weiter destabilisieren. So befeuert die steigende Nachfrage nach Rindfleisch und Soja die Abholzung im Amazonasgebiet – jenem Ökosystem, das oft als „Lunge der Welt“ bezeichnet wird und zunehmend an den Rand des Kollapses gerät. Gleichzeitig gelangen immer mehr klimaschädliche Produkte auf den Markt: Autos mit Verbrennungsmotoren oder Pestizide, deren Folgen Umwelt und Klima belasten. Was fehlt, ist ein Gegengewicht. Die bestehenden Handelsabkommen tragen kaum zum Klimaschutz bei. Sie verschärfen das Problem, welches sie lösen sollten.

Perspektivenwechsel notwendig

Klar ist: Die Handelspolitik braucht einen Perspektivwechsel. In Zeiten multipler Krisen darf sie nicht länger an Wachstumszahlen gemessen werden. Entscheidend ist etwas anderes: Reduziert sie Abhängigkeiten – oder vertieft sie sie? Stärkt sie Versorgungssicherheit – oder macht sie erpressbar? Baut sie gesellschaftliche Resilienz auf – oder untergräbt



Maßstab muss sein, was Menschen vor Ort brauchen.

sie sie? Alternativen gibt es. Abkommen, die soziale, ökologische und demokratische Kooperation ins Zentrum stellen, können internationale Beziehungen tatsächlich verbessern.

Erstens braucht es dafür transparente und demokratische Prozesse. Heute werden über Jahre hinweg Verträge hinter verschlossenen Türen ausgehandelt – hunderte Seiten lang. Parlamente und Öffentlichkeit sehen sie oft erst, wenn alles entschieden ist. Das muss sich ändern. Nötig sind klare öffentliche Mandate, flexible sektorale Vereinbarungen und echte Mitsprache von Parlamenten und Zivilgesellschaft.

Zweitens muss Wertschöpfung wieder stärker vor Ort stattfinden. Das gilt für Landwirtschaft, Energie und Industrie gleichermaßen. Öffentliche Güter und zentrale Infrastrukturen gehören in öffentliche Hand – demokratisch organisiert und politisch steuerbar.

Drittens müssen Klimaschutz und Menschenrechte zum Maßstab aller Regeln werden. Bisher tauchen sie oft nur in eigenen Kapiteln auf – folgenlos und ohne Sanktionen. Künftig muss sich jedes Kapitel daran messen lassen. Handel sollte die Energie- und Mobilitätswende in beiden Regionen voranbringen. Er muss Ernährungssouveränität sichern und kleinbäuerliche Landwirtschaft stärken. Er soll gute Arbeit schaffen – und darf indigene Rechte nicht gefährden.

Die Grundidee globalisierungskritischer Bewegungen ist so einfach wie aktuell: Entscheidungen darüber, was und wie produziert wird, dürfen nicht transnationalen Konzernen und ihrer Profitlogik überlassen bleiben. Maßstab muss sein, was Menschen vor Ort brauchen. Nur ein solcher Perspektivwechsel – hin zu einer an Bedürfnissen orientierten Wirtschaft – kann die sozialen, ökologischen und geopolitischen Krisen unserer Zeit bewältigen.



Theresa Kofler und Ludwig Essig

Der Autor ist freiberuflicher Koordinator des Netzwerk Gerechter Welthandel in Deutschland, die Autorin ist Kampagnenkoordinatorin bei Anders Handeln in Österreich.

Der Text erschien zuerst am 19. Mai in der TAZ.



Perry Stevens / unsplash

MARKTMACHT UND IHRE FOLGEN

Neue Studie bietet Kartellrechtliche Reformperspektiven für Agrar-Lieferketten

Eine neue Studie von Rebalance Now und Misereor zeigt: Wenige Konzerne kontrollieren zunehmend die Agrar-Lieferketten. Das treibt Preise hoch, benachteiligt kleinere Betriebe in Europa und weltweit und begünstigt unfaire Handelspraktiken. Deshalb fordern die Herausgeber der Studie kartellrechtliche Reformen: Große Fusionen von Unternehmen müssen strenger geprüft und Regeln gegen unfaire Handelspraktiken aktualisiert und konsequent umgesetzt werden. Die Kartellbehörden müssen eine weitere Vermachtung der Lieferketten verhindern, gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten.

Der Lebensmittel-Sektor ist von wachsender Marktkonzentration geprägt. Auf vielen Stufen sind die Lieferketten stark konzentriert. Das fängt bereits bei den Produktionsmitteln an: Saatgut, Dünger und Landmaschinen stammen von wenigen Firmen. Auch in der Verarbeitung von Agrarprodukten geben große Unternehmen den Ton an, etwa bei Schlachthöfen (Tönnies) oder Molkereien (DMK/Arla-Fusion). Im Handel ist die Situation

besonders gravierend: in Deutschland kontrollieren die vier großen Einzelhandelsketten Edeka, Rewe, Aldi und die Schwarz Gruppe (Lidl, Kaufland) über 87 Prozent des Marktes.

Damit prägen wenige Konzerne, was auf dem Feld, im Supermarktregal und auf unserem Teller landet. Demgegenüber haben Bäuerinnen und Bauern sowie Verbraucherinnen und Verbraucher wenig Verhandlungsmacht. Sie gehören deshalb zu



In den letzten Jahrzehnten hat sich die Konzentration in den Lebensmittel-Lieferketten weiter verschärft.

den Leidtragenden der wachsenden Machtkonzentration.

Die Vermachtung nimmt zu

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Konzentration in den Lebensmittel-Lieferketten weiter verschärft. Wichtige Treiber sind Firmen-Übernahmen, mit denen die Unternehmen ihre Marktanteile ausbauen. Zuletzt gab Migros aus der Schweiz bekannt, sich aus dem Einzelhandel in Deutschland zurückzuziehen. Große Teile der Tochter tegut sollen an Edeka verkauft werden. Damit steigt die Konzentration weiter an und Lieferanten haben noch weniger Abnehmer, was ihre Verhandlungsposition weiter schwächt. Auch bei Molkereien, Lebensmittelherstellern und Getreidehändlern steigt die Dominanz weniger Konzernen durch Fusionen weiter an.

Die Studie geht auf mehrere Entwicklungen ein, die die Machtungleichgewichte in den Lieferketten zusätzlich verstärken:

Supermärkte und Discounter steigen verstärkt in die Lebensmittelproduktion ein (vertikale Integration).

Die Digitalisierung erfasst die Landwirtschaft und kann die Abhängigkeiten der Bäuerinnen und Bauern von Großkonzernen erhöhen.

Zunehmende geopolitische oder klimabedingte Schocks begünstigen Übergewinne durch marktmächtige Unternehmen und können in der Folge die Konzentration weiter antreiben.

Insgesamt geht die Studie davon aus, dass die Konzentrationstendenzen weiter zunehmen, wenn die Politik nicht gegensteuert. Dies ist angesichts der massiven negativen Folgen der Machtballung dringend erforderlich.

Gravierende Auswirkungen

Die Machtungleichgewichte führen zu höheren Preisaufschlägen für Verbraucherinnen und Verbraucher, während die Erlöse in der Landwirtschaft sinken. Dies hat zuletzt auch ein Sondergutachten der Monopolkommission gezeigt.¹ Die Landwirtschaft leidet unter hohem Preisdruck und Unsicherheit. Kleine Produzierende haben es schwer, faire Preise und existenzsichernde Einkommen zu erzielen.

Dies gilt nochmals stärker für den Globalen Süden. Schlechte Arbeitsbedingungen und unfaire Handelsbedingungen sind weit verbreitet. Der einseitige politische Einfluss der dominanten Unternehmen steigt, ebenso die ökologischen Folgekosten.

Kartellrecht: ein wichtiges Instrument mit Ausbaupotential

Um die Probleme in den Lieferketten einzudämmen, ist es zentral, eine weitere Monopolisierung zu verhindern und bestehende Konzentration wieder zu reduzieren. Die Studie untersucht dazu die Potentiale des Kartellrechts: dieses soll eine übermäßige Marktkonzentration und den Missbrauch von Marktmacht unterbinden. Das leisten das Kartellrecht und die zuständigen Kartellbehörden aktuell nicht ausreichend. Die Studie kritisiert unzureichende Analyse-Methoden, lange Verfahren und hohe Beweislasten sowie Lücken bei der internationalen Durchsetzung.

Empfehlungen für eine stärkere Machtbegrenzung

Deshalb brauche es ein stärkeres und besser durchgesetztes Kartellrecht. Zu den Empfehlungen gehören striktere Prüfungen von Fusionen, stärkere Regeln gegen unfaire Handelspraktiken, mehr strukturelle Maßnahmen wie die Aufspaltung marktbeherrschender Unternehmen und eine Stärkung der Kartellbehörden. Reformbedarf gibt es sowohl in Deutschland und der EU als auch im globalen Süden. Eine Stärkung der Fusionskontrolle in Europa und Deutschland und eine bessere Berücksichtigung der Effekte auf Bäuerinnen und Bauern sowie kleine Lebensmittelhersteller wären wesentliche Schritte. Dafür braucht es u. a. bessere Konzepte für Verhandlungsmacht und vertikale Effekte in Lieferketten.

tegut-Übernahme durch Edeka stoppen

Die geplante Übernahme von über 200 tegut-Filialen durch Edeka muss das Bundeskartellamt in diesem Zusammenhang untersagen. Der Wettbewerb im Lebensmitteleinzelhandel ist bereits erheblich gestört. Lieferanten berichten von unlauteren Handelspraktiken und einseitigem Preisdruck in den Vertragsverhandlungen. Die Schere zwischen Erzeugerpreisen und Verbraucherpreisen geht auseinander. Die



Marktanteile der vier dominanten Lebensmitteleinzelhändler Edeka, Rewe, Lidl und Aldi dürfen deshalb nicht weiter steigen.

Behörden und Politik müssen entschiedener gegen die wachsende Monopolisierung vorgehen. Die Ballung wirtschaftlicher Macht in Lieferketten für Lebensmittel ist ein grundlegendes Problem, das mehr öffentliche Aufmerksamkeit verdient. Nur eine Begrenzung der Machtfülle der großen Konzerne ermöglicht eine faire Verteilung der Wertschöpfung und ein resilientes und nachhaltiges Ernährungssystem.



Ulrich Müller

Der Autor ist Vorstand der Monopolmacht-kritischen Organisation Rebalance Now.

¹ <https://rebalance-now.de/machtkonzentration-in-lebensmittel-lieferketten-beschaenken/>

Marktmacht und ihre Folgen

Kartellrechtliche Reformperspektiven für Agrar-Lieferketten

Autor: Ulrich Müller

Herausgegeben von Rebalance Now und dem Bischöflichen Hilfswerk Misereor, Köln/Aachen, Februar 2026

Download/Bestellung usw. unter:
<https://rebalance-now.de/neue-studie-warnt-vor-machtkonzentration-in-agrar-lieferketten/>



© UN Photo / Eskinder Debebe

WEGGEGANGEN, PLATZ GEFANGEN

Eine Niederlage im UN-Sicherheitsrat und was sie über den Zustand der deutschen Außenpolitik verrät

Am 3. Juni 2026 hat die UN-Generalversammlung über die Vergabe der nicht-ständigen Sitze im mächtigsten Gremium der Weltorganisation abgestimmt. Deutschland verlor dabei gegen die Mitbewerber aus der Gruppe Westeuropa und restliche Staaten, Österreich und Portugal; ein in dieser Form bisher einmaliger Vorgang. Anders als sonst erfuhr das Abstimmungsergebnis und damit auch die UN ein gewaltiges Medienecho und wurde wahlweise als globales Misstrauensvotum gegenüber der deutschen Außenpolitik insgesamt oder als diplomatischen Missgeschick interpretiert.

Dass Deutschland diese wichtige Abstimmung verlieren würde, war auch am Tag der Abstimmung kaum abzusehen. Entsprechend überzeugt hatte sich auch Außenminister Johann Wadephul morgens noch geäußert, nachdem er mehrere Tage persönlich in New York auf

Stimmenfang gegangen war. Die Bundesrepublik hatte zudem Grund, sich auf ihr gestiegenes internationales Gewicht als Stimmenmagnet zu verlassen – ein Effekt des U.S.-amerikanischen Rückzugs aus diversen multilateralen Prozessen. Dies erwies sich als Fehleinschätzung.

Gründe für das Scheitern

In den zahlreichen Kommentaren zum Wahlausgang werden eine ganze Reihe von Gründen für die Niederlage angeführt. Schuld seien wahlweise beziehungsweise in Kombination:

- » der schlechte „Wahlkampf“: Deutschland sei zu spät ins Rennen eingestiegen und habe unterschätzt, wie wichtig auch in professionellen Umfeldern wie bei den UN Symbolpolitik sein kann. Dass beispielsweise Bundeskanzler Friedrich Merz nicht zur Generaldebatte zur Eröffnung der 80. Generalversammlung angereist ist, sei ein Fehler gewesen.¹
- » die inkonsistente Haltung gegenüber Völkerrechtsbrüchen: Während die Bundesregierung(en) nicht müde würden, im Kontext des Ukraine-Kriegs auf die gravierenden Verletzungen des Völkerrechts durch Russland hinzuweisen, habe sie sich in ihren Reaktionen auf die eindeutig illegalen Akte der USA unter anderem in Venezuela und Iran und Israels in Gaza, der Westbank, im Iran und im Libanon vornehm zurückgehalten. Das habe die Behauptung, Deutschland sei ein Champion eines rechtsbasierten Multilateralismus, unglaublich werden lassen.
- » die Haltung zum Nahostkonflikt im speziellen: „Es ist befremdlich, wie sehr diese Bundesregierung, insbesondere ihr konservativer Teil, die Freundschaft mit einer israelischen Regierung zelebriert, in der Kriegsverbrecher und Rechtsradikale den Ton angeben. Dass man sich in der globalen Wahrnehmung derart eng an eine Truppe bindet, die ihr Land sehenden Auges in einen internationalen Paria-Staat zu verwandeln droht, entzieht sich jeder rationalen Erklärung.“²
- » die Kürzungen in Sachen Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe: Dass die Bundesregierung seit einigen Jahren ihr finanzielles Engagement in Sachen internationaler und globaler Solidarität zurückfährt, sei nicht ohne Folgen geblieben. Da helfe es auch nicht, dass die Bundesrepublik durch den Rückzug der USA in vielen Bereichen zur größten Geberin geworden sei.
- » das Agieren Russlands im Hintergrund: Die kompromisslose Haltung der Bundesrepublik gegenüber Russland habe diese zum Anlass genommen, gegen den Sitz für Deutschland unter ihren Verbündeten zu mobilisieren.

Weniger breit diskutiert wurde das Auftreten des „Außenkanzlers“ bei verschiedenen internationalen Anlässen, die zu Irritationen geführt haben.³ Diese als arrogant wahrgenommenen Äußerungen waren auch noch viele Monate später bei Diplomaten:innen und Außenpolitiker:innen präsent.⁴

Zeichen für ein größeres Problem

Dass die Abstimmung aus Sicht der Bundesregierung verloren gegangen ist, kann also eine Vielzahl von

Gründen haben. Vermutlich war es die Mischung, die am Ende bei vielen Regierungen den Ausschlag dafür gegeben hat, lieber für andere europäische Kandidaten zu stimmen. Zumal das Abstimmungsergebnis kaum etwas an der inhaltlichen Arbeit des Sicherheitsrats ändern dürfte. Portugal ist NATO-Mitglied, Österreich ein enger EU-Partner.

Trotzdem sollte die Bundesregierung das Ganze nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die Abstimmung zeigt ein tiefer liegendes Problem in der deutschen Außenpolitik auf. Kaum ein anderes Land war in den vergangenen Jahrzehnten so erfolgreich darin, seine auswärtigen Beziehungen ökonomisch zu nutzen. Das ehemals gute Verhältnis zu Russland, China und den USA sorgte für billige Rohstoffe, große Absatzmärkte und wenigstens scheinbare Sicherheit. Diese Zeiten sind vorbei. Deutschland ist auf neue Partner und noch viel mehr auf neue ökonomische Strategien angewiesen. Bei beidem hapert es.

Dass sich schon verschiedene Bundesregierungen schwer damit getan haben, den eigenen Anspruch, eine gestaltende globale Größe zu sein, mit der Maxime in Einklang zu bringen, vor allem auch mit den Ländern des globalen Südens „auf Augenhöhe“ zu sprechen, dafür legt die UN-Abstimmung beredtes Zeugnis ab. Gerade die Entwicklungsländer nehmen sehr genau wahr, welche Richtung politische Pragmatik und Diskurse in Deutschland gegenwärtig nehmen. In der Entwicklungszusammenarbeit sollen zukünftig stärker „deutschen Interessen“ (welche genau, bleibt bisher unklar) im Vordergrund stehen. Wer in die Details des Reformplans des Entwicklungsministeriums von Januar 2026 schaut, erkennt schnell, worum es dabei – zumindest in der Tendenz – zukünftig stärker gehen soll: Sicherung von Rohstoffimporten; Öffnung für Exporte; das Aufhalten unliebsamer Immigrant:innen bei gleichzeitiger Lieferung ausgebildeter Fachkräfte; Unterstützung für die eigenen geopolitischen Ambitionen; Bereitstellung von Standorten für deutsche Investitionen. Dass das keine Begeisterungstürme in den Partnerländern auslöst, sollte klar sein. Was aus deutscher Perspektive noch bedenklicher ist, ist dass das deutsche Wirtschaftsmodell im Moment auf genau diesen Aspekten beruht. Statt jedoch Alternativen zum deutschen Exportfetisch zu diskutieren, wird öffentlich darüber diskutiert, wie Deutschland als Standort „wettbewerbsfähiger“ werden kann. Sprich: wie die Lohnstückkosten gesenkt werden können, was bei der aktuellen „Innovationsfreude“ deutscher Unternehmen schlicht Gehalts- und Kostensenkungen bedeutet.

Champion des regelbasierten Multilateralismus?

In jedem Fall aber wird Deutschland neue internationale Partner brauchen. Die gute Nachricht ist, dass es offensichtlich Interessenkonvergenzen mit diversen Ländern gibt, wovon die Einigungen über Handels- und Investitionsabkommen der letzten Zeit Ausdruck sind. Was in der deutschen Wahrnehmung



Eine institutionalisierte Lösung für die wiederkehrenden Staatsschuldenkrisen ... sollte von der Bundesregierung nicht primär im Kontext der G20 bearbeitet werden, sondern im Rahmen der UN.

noch zu kurz kommt, ist die Berücksichtigung der Partnerinteressen auch auf globaler Ebene. Auf Initiative der afrikanischen Länder verhandeln die UN derzeit über ein Steuerrahmenabkommen. Daran sollte sich die Bundesregierung – die eine der Arbeitsgruppen in diesem Prozess fazilitiert – noch stärker beteiligen und auf Kompromissuche gehen. Eine institutionalisierte Lösung für die wiederkehrenden Staatsschuldenkrisen – ebenfalls ein Anliegen vieler Länder im globalen Süden – sollte von der Bundesregierung nicht primär im Kontext der G20 bearbeitet werden, sondern im Rahmen der UN. Dies sind nur zwei Beispiele dafür, wie Deutschland demonstrieren könnte, dass es die Weltorganisation als Ort für echten Interessenausgleich sieht – und als Ort, an dem Regeln entstehen, an die sie sich halten wird.

Denn richtigerweise wurde die (scheinbare) Beliebtheit, mit der Deutschland auf die Einhaltung internationaler Regeln blickt, von vielen Kommentator:innen als der zentrale Grund für die Abstimmungsniederlage vom 3. Juni identifiziert. Die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze erodiert hierzulande insgesamt (Grenzkontrollen, Klimaschutz, Haltung gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof, Durchsetzung von Verfassungsgerichtsurteilen, von Steuergesetzen und menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten ...), etwas, das Bürger:innen nicht nur mit Blick auf das internationale Prestige Deutschlands Sorgen machen sollte.



Wolfgang Obenland

Der Autor ist kommissarischer Leiter des Forum Umwelt & Entwicklung und leitet dort den Arbeitsbereich zu internationaler Finanz- und Wirtschaftspolitik.

- 1 Entsprechend äußerte sich bspw. der ehem. Top-Diplomat Christoph Heusgen in diversen Interviews; bspw. in Der Spiegel vom 4. Juni: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-und-die-uno-friedrich-merz-ist-nicht-zur-letzten-uno-generalversammlung-gereist-ein-fehler-a-d392def4-b52c-43b4-9232-9aba5e04db08>
- 2 Schneider, Marcus (2026): Absturz eines Superstars – Die Niederlage im Rennen um den UN-Sicherheitsrat ist mehr als eine Blamage. Sie offenbart Deutschlands schwindende Glaubwürdigkeit. IPG-Journal. Berlin. <https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/sicherheitsrat-9103/>
- 3 „[F]roh, dass wir ... von diesem Ort ... wieder nach Deutschland zurückgekehrt sind“ (in Belém, Brasilien; vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/merz-brasilien-102.html>). – „Gestern Morgen in Luanda am Frühstücksbuffet hab’ ich gesucht – wo ist ein ordentliches Stück Brot – und keins gefunden.“ (vgl. <https://www.zeit.de/politik/2025-11/eu-afrika-gipfel-friedrich-merz-kanzler-brot-deutschland-angola>) – „Das ist die Drecksarbeit, die Israel macht für uns alle.“ (vgl. <https://www.zdfheute.de/politik/g7-gipfel-merz-100.html>) – Die Widerspruchslosigkeit gegenüber den Trumpschen Ausfällen gegenüber Spanien (vgl. <https://www.dw.com/de/trump-beschimpft-spanien-merz-h%C3%B6rt-zu/a-76209041>).
- 4 Wie ich selbst bei einem UN-Retreat zur Entwicklungsfinanzierungsagenda erfahren durfte.



DEBT, DELAYS, DEPENDENCIES: WHY PUBLIC BANKS SHOULD NOT SUPPORT NUCLEAR POWER

Urgewald und Ecodefense

Die Welt braucht keine neue Kernenergie. Dennoch steuern Institutionen wie die Weltbank, die ADB und andere Entwicklungsbanken hartnäckig auf eine wirtschaftliche Katastrophe zu, die giftige Abfälle verursacht und die Klimakrise verschärft, indem sie knappe Ressourcen von Technologien

abziehen, die sich längst als kostengünstiger, schneller, sauberer und effektiver erwiesen haben. Es gibt viele stichhaltige Argumente gegen diese Verschwendung von Steuergeldern.

Download: <https://forumue.de/schulden-verzoegerungen-abhaengigkeiten/>



KEIN EU-USA-HANDELSDEAL AUF KOSTEN VON KLIMA, DEMOKRATIE UND SOUVERÄNITÄT

Netzwerk Gerechter Welthandel

In einer gemeinsamen Erklärung fordern über 50 Organisationen der globalen Zivilgesellschaft, dass der geplante EU-USA-Deal nicht zu Lasten von Klima, Demokratie und europäischer Souveränität gehen darf.

Download: <https://forumue.de/kein-eu-usa-handelsdeal-auf-kosten-von-klima-demokratie-und-souveraenitaet/>



ZOLLBRUCHSTELLEN IM SYSTEM: FÜR EINE GERECHTE, INKLUSIVE UND NACHHALTIGE GLOBALE HANDELSPOLITIK ÜBER DIE WTO HINAUS

Forum Umwelt & Entwicklung

Die aktuelle Handelspolitik zeigt den Verfall der „regelbasierten“ Ordnung. Seit Trumps zweiter Amtszeit werden WTO-Prinzipien wie Meistbegünstigung missachtet, der Streitschlichtungsmechanismus blockiert – mit wachsendem Reformdruck zur 14. WTO-Ministerkonferenz in Yaoundé. Aber:

Bereits vor dieser Eskalation war das System weder gerecht noch inklusiv, vor allem für Länder des Globalen Südens.

Download: <https://forumue.de/zollbruchstellen-im-system/>



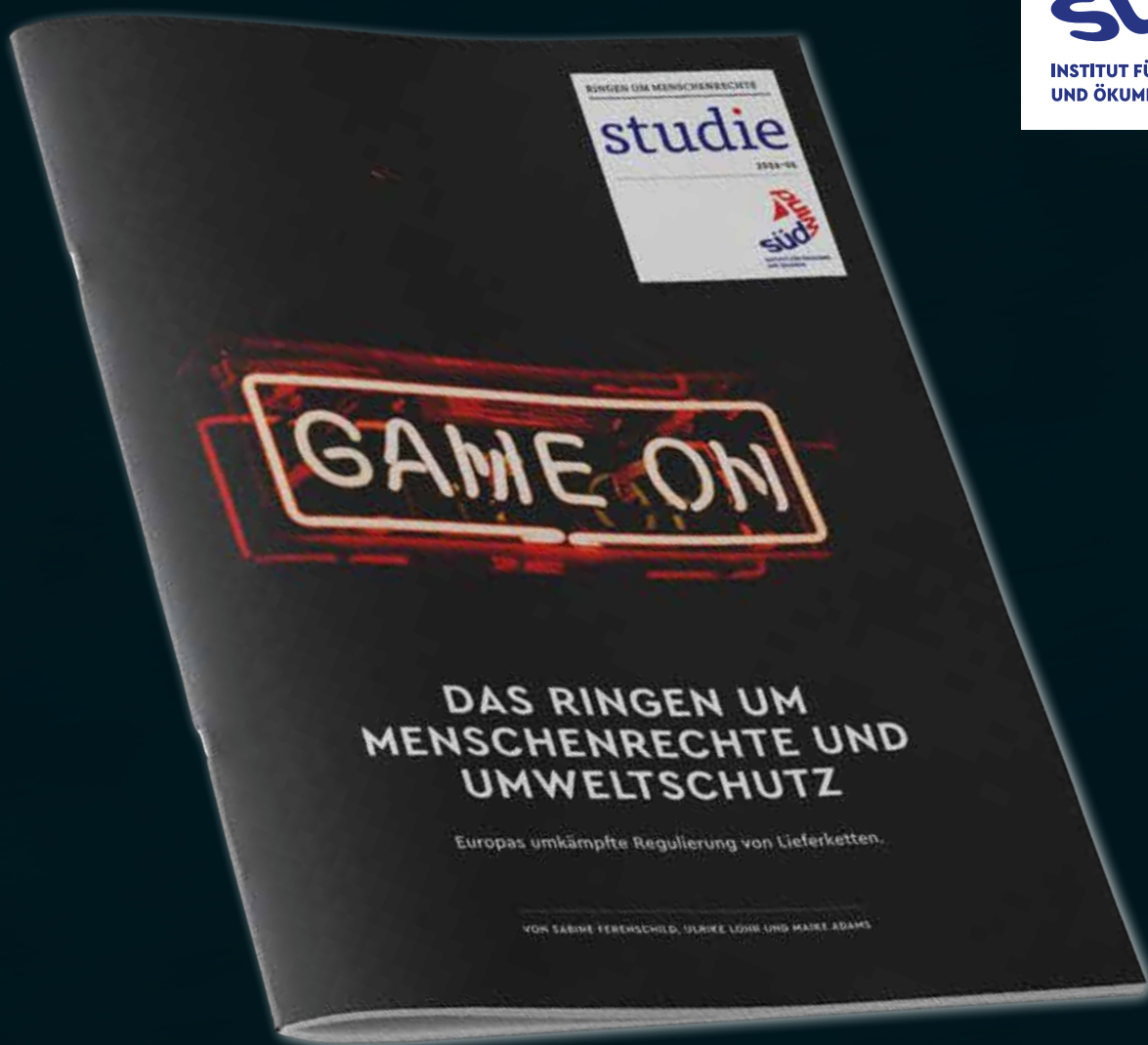
AKTUALISIERTES PFAS-POSITIONSPAPIER

BUND, ClientEarth, envmednetwork, Greenpeace, PAN Germany, ChemTrust, Deutsche Umwelthilfe, Forum Umwelt & Entwicklung, Verbraucherzentrale NRW und WECF

PFAS sind eine Stoffgruppe mit mehr als 10.000 Substanzen und sie belasten die Umwelt und gefährden unsere Gesundheit. Ihre Persistenz sorgt dafür, dass sie einmal in die Umwelt entlassen, dort nicht mehr verschwinden. Daher werden sie auch Ewigkeitschemikalien genannt. Im aktualisierten

Positionspapier von elf NGOs finden sich neue Forschungserkenntnisse und triftige Gründe für die längst überfällige Beschränkung der PFAS.

Download: <https://forumue.de/aktualisiertes-pfas-positions-papier/>



DAS RINGEN UM MENSCHENRECHTE UND UMWELTSCHUTZ

Europas umkämpfte Regulierung von Lieferketten

Gesetzliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen geraten zunehmend unter politischen und wirtschaftlichen Druck. Die Studie zeichnet die Entwicklung der Debatte nach: von freiwilliger Unternehmensverantwortung über nationale und europäische Lieferkettengesetze bis hin zu aktuellen politischen Konflikten um ihre Umsetzung.

Autorinnen: Dr. Sabine Ferenschild, Ulrike Lohr und Maike Adams

Bonn, März 2026

<https://kurzlinks.de/ringen-um-rechte>

